

11. Jahrgang
Heft 1
2022

Gesundheit ♦ Umwelt ♦ Zusammenleben ♦ Verbraucherfragen ♦ Schule ♦ Beruf

Bildung Haushalt in & Forschung

Ressourcen

*und ihre Bedeutung
für Lebensführung und Lebensqualität*



ISSN 2193-8806



Verlag Barbara Budrich

Impressum

Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)

Herausgeber:

HaBiFo Haushalt in Bildung und Forschung e.V.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kirsten Schlegel-Matthies, Universität Paderborn

Redaktion:

Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Maria Angele, Universität Wien

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Angela Häußler, PH Heidelberg

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Julia Kastrup, FH Münster

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kirsten Schlegel-Matthies, Universität Paderborn

Claudia Wespi lic. phil., PH Luzern

redaktion@hibifo.de • www.hibifo.de

Erscheinen und Bezugsbedingungen:

Die Zeitschrift erscheint 4 x jährlich mit einem Jahresumfang von rd. 400 Seiten (Print und Online).

Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr. Abonnement-Kündigungen bitte schriftlich an den Verlag. Kündigungsfrist bis drei Monate zum Jahresende.

Das digitale Angebot, alle Informationen zum Abonnement sowie zu Einzelausgaben finden Sie auf <https://hibifo.budrich-journals.de>.

Bestellungen bitte an den Buchhandel oder an:

Verlag Barbara Budrich GmbH, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel.: +49 (0) 2171.79491.50, Fax: +49 (0) 2171.79491.69, info@budrich.de

<https://shop-hibifo.budrich.de> • www.budrich-journals.de • www.budrich.de

Aktuelle Mediadaten/Anzeigenpreisliste: HiBiFo22 vom 01.01.2022

Fachliche Betreuung des Heftes: Angela Häußler & Kirsten Schlegel-Matthies

Endlayout der Druckvorlage & Titelbild: Werner Brandl; Bildnachweis © Bru_nO & quimono Pixabay

Heft 1, Jg. 11, 2022

© 2022 Verlag Barbara Budrich GmbH Opladen • Berlin • Toronto

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Druck: paper & tinta, Warschau

Printed in Europe

ISSN 2193-8806

Online-ISSN 2196-1662

<i>Angela Häußler & Kirsten Schlegel-Matthies</i>	
Editorial	2
<i>Kirsten Schlegel-Matthies</i>	
Die Bedeutung von Ressourcen für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe	3
<i>Regine Bigga</i>	
Ressourcen – Gesundheit zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Verantwortung	25
<i>Georg Raacke</i>	
Plötzlich war alles anders – Private Haushalte in der Corona-Krise	42
<i>Nina Klünder</i>	
Private Haushalte im Spannungsfeld zwischen prekärem Zeitwohlstand und Zeitarmut	55
<i>Angela Häußler</i>	
Care-Arbeit als Ressource für Lebensführung	68
<i>Kirsten Schlegel-Matthies</i>	
Zur Erinnerung: Warum Bildung für Lebensführung immer eine politische Dimension hat. Das Beispiel Nationalsozialismus	85
<i>Werner Brandl</i>	
Rezension: Hohnsträter, D. (2021). Qualität. Von der Kunst, gut gemachte Dinge zu entdecken, klug zu wählen und genussvoll zu leben.	95

Um einen komplexen Alltag zu meistern und das Leben entlang der eigenen Ziele gestalten zu können, bedarf es einiger Voraussetzungen. Dabei rücken nicht nur Bildungsstatus oder finanzielle Ressourcen in den Blick, auch gute Gesundheit, ausreichend Zeit oder ein verlässliches soziales Netzwerk erleichtern diese Herausforderungen ungemein. Das Heft widmet sich verschiedenen Ressourcen für eine gelingende Lebensführung. Es rückt den Zusammenhang von Ressourcen und sozialer Ungleichheit in den Fokus und stellt diesen in den Kontext einer Bildung für Lebensführung. Das Heft ergänzt damit das Themenheft Ressourcen der Zeitschrift Haushalt und Bildung aus dem Jahr 2009. Wo und auf welche Weise kann eine Bildung für Lebensführung dazu beitragen, Ressourcen als Potenziale für Handlungsspielräume der Lebensführung auszubauen?

Kirsten Schlegel-Matthies setzt sich in ihrem Beitrag mit der Bedeutung vor allem materieller Ressourcen für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe auseinander. Thematisiert wird der Zusammenhang von sich wandelnden Strukturen der Daseinsvorsorge, Ressourcen der privaten Haushalte und daraus sich ergebenden Handlungs- und Entscheidungsspielräumen für Lebensführung und Lebensplanung. *Regine Bigga* betrachtet die Ressource Gesundheit im Spannungsfeld von eigener und gesellschaftlicher Verantwortung. Im Mittelpunkt steht die Frage danach, inwiefern sich Lebensbedingungen auf die Bildung der Ressource Gesundheit auswirken und welche Verantwortung für die eigene Gesundheit Individuen zugesprochen werden kann. *Georg Raacke* zeigt mithilfe der Kategorien ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital auf, welche Haushalte die Folgen der COVID-19-Pandemie besonders zu tragen haben und hatten. Der Beitrag verdeutlicht, dass bereits bestehende soziale Verwerfungen sich durch die COVID-19-Pandemie noch einmal verschärfen und Lebensführungen unter Druck geraten. *Nina Klünder* widmet sich in ihrem Beitrag privaten Haushalten im Spannungsfeld zwischen prekärem Zeitwohlstand und Zeitarmut. In Abhängigkeit von Geschlecht, Haushaltskonstellation, Bildung, Beruf und Einkommen betrachtet sie die je individuelle Zeitautonomie, damit einhergehende Verwirklichungschancen und deren Einschränkung durch die COVID-19-Pandemie. Deutlich wird, dass politische Entscheidungen massive Auswirkungen auf die private Lebensführung haben können und z. B. die Zeitverwendung stark beeinflussen. Care-Arbeit als eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität und gesellschaftlichen Wohlstand betrachtet schließlich *Angela Häußler* in ihrem Beitrag. Care-Arbeit als knappe Ressource unterliegt in der Krise – dies zeigt sich während der COVID-19-Pandemie mehr als deutlich – zusätzlichen Belastungen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Organisation. Sie fordert neben gesellschaftspolitischen Veränderungen auch eine care-sensible Fachdidaktik im Rahmen einer Bildung für Lebensführung. Der abschließende Beitrag von *Kirsten Schlegel-Matthies* wirft ein Schlaglicht auf die politische Dimension einer Bildung für Lebensführung.

Angela Häußler und Kirsten Schlegel-Matthies

Kirsten Schlegel-Matthies

Die Bedeutung von Ressourcen für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe

Die Sicherung der Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabechancen sind u. a. abhängig von zur Verfügung stehenden Ressourcen und deren kompetenter Nutzung. Allerdings sind Ressourcen unterschiedlich verteilt oder nicht in jeder Lebenssituation sinnvoll nutzbar. Der Beitrag setzt sich damit auseinander, inwiefern Erschließung, Nutzung und Umwandlung von Ressourcen auch durch die jeweilige Lebenslage mitbestimmt werden. Außerdem wird versucht, daraus fachdidaktische Folgerungen für die Gestaltung von Unterricht zu ziehen.

Schlüsselwörter: Gesellschaftliche Teilhabe, Lebensbedingungen, Lebensqualität, Ressourcen, soziale Lage

The importance of resources for the quality of life and social participation

Securing the quality of life and opportunities for social participation depend, among other things, on available resources and their competent use. However, resources are distributed differently or cannot be used meaningfully in every life situation. The article deals with the extent to which the development, use, and transformation of resources are also determined by the respective life situation. In addition, an attempt is made to draw subject-didactic conclusions for the design of lessons.

Keywords: social participation, living conditions, quality of life, resources, social situation

1 Einleitung

Lebensqualität, Verwirklichungschancen und gesellschaftliche Teilhabe hängen auch von nutzbaren Ressourcen ab (Methfessel & Schlegel-Matthies, 2022). Insbesondere materielle Ressourcen, wie Erwerbs- oder Transfereinkommen sowie Sachgüter und Vermögen, sind wesentliche Grundlagen für die Realisierung eines angestrebten individuellen Lebensstandards. Erst das ausreichende Vorhandensein von Ressourcen sowie die Möglichkeit zu deren Nutzung gestatten die Verwirklichung individueller Vorstellungen für ein „gutes“ und „gelingendes“ Leben und können zur gesellschaftlichen Teilhabe beitragen (Methfessel & Schlegel-Matthies, 2022).

Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 kam mit dem ersten Lockdown im März 2020 das gesellschaftliche Leben weitgehend zum Stillstand. Für zahlreiche private Haushalte bedeutete dies, dass ein Erwerbseinkommen entweder komplett wegbrach oder durch Kurzarbeitergeld ersetzt wurde. In beiden Fällen verringern sich – neben anderen – insbesondere die materiellen Ressourcen für die betroffenen Haushalte (Raacke, 2022, i. d. Heft). Betroffen waren

und sind allerdings – je nach sozialer Lage – die Haushalte durchaus unterschiedlich. Während obere Einkommensgruppen hinsichtlich ihrer ökonomischen Ressourcen kaum eingeschränkt wurden, waren es vor allem die unteren Einkommensgruppen, die – neben anderen Problemen – unter Arbeitslosigkeit oder finanziellen Schwierigkeiten zu leiden hatten. Demnach bestimmt die jeweilige Lebenslage die individuellen Möglichkeiten der Beschaffung, Nutzung und Umwandlung von Ressourcen maßgeblich mit.

Es stellt sich deshalb die Frage, welche Vor- und Nachteile sich für private Haushalte aus unterschiedlichen Lebenslagen ergeben und inwiefern die jeweils angestrebte Lebensqualität sowie die Handlungsspielräume für gesellschaftliche Teilhabe davon beeinflusst werden.

2 Soziale Ungleichheit und Armut in Deutschland

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt mit einem hohen Lebensstandard für die meisten Bürgerinnen und Bürger. Dennoch stellt sich auch hier immer wieder die Frage danach, wie der gesellschaftlich geschaffene Reichtum verteilt ist und welche Folgen diese Verteilung für Lebensqualität und Teilhabe *aller* Bürgerinnen und Bürger hat. Auch schon vor der Covid-19-Pandemie waren z. B. die Einkommen ungleich verteilt. So verfügten 2016 die einkommensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung über einen Anteil von 23,3 Prozent am Gesamteinkommen, während den einkommenschwächsten 10 Prozent der Bevölkerung lediglich 3,2 Prozent des Gesamteinkommens zur Verfügung standen (bpb, 2020). Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren gewachsen und ca. 16 Prozent der Bevölkerung sind sogar dauerhaft von Armut bedroht (BMAS, 2021a).

Damit verbunden sind unterschiedliche Chancen für die Lebensführung und -gestaltung, die auch Möglichkeiten für den Erwerb und die Nutzung anderer Ressourcen mitbestimmen und sich wiederum auf Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe auswirken. Welche Bedeutung haben also soziale Ungleichheit und Armut für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe der betroffenen Bevölkerungsgruppen?

2.1 Soziale Ungleichheit

In den Sozialwissenschaften gibt es unterschiedliche Theorien und Ansätze zur Thematik soziale Ungleichheit (bpb, 2015; Butterwegge, 2020; Kaelble, 2017), die hier aber nicht weiter ausgeführt werden können (ausführlich dazu z. B. Burzan, 2011; Hradil, 2012; 2016; Schäfer, 2019).

Für die folgenden Überlegungen wird auf Hradils Definition von sozialer Ungleichheit zurückgegriffen. Demnach wird unter sozialer Ungleichheit verstanden, dass Ressourcenausstattung und Lebensbedingungen von Menschen, „die ihnen

aufgrund ihrer Positionen in gesellschaftlichen Beziehungsgefügen zukommen“ (Hradil, 2016, S. 248), für diese sowohl vorteilhaft als auch nachteilig sein können. Ähnlich definiert auch Schäfers den Begriff:

Der Begriff *soziale Ungleichheit* bringt zum Ausdruck, dass in der Gesellschaft wichtige Ressourcen wie Eigentum und Einkommen, Macht und Prestige ungleich verteilt sind und dies von Gesellschaftsmitgliedern vor allem dann negativ bewertet wird, wenn das Erreichen entsprechender sozialer Positionen und eines bestimmten sozialen Status nicht auf Chancengleichheit beruht. (Schäfers, 2019, S. 152; Hervorhebung im Original)

Wenn also Menschen aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen (wie Einkommenshöhe, berufliche Stellung oder Bildungsgrad) und Lebensbedingungen (wie Wohnverhältnisse) bessere oder schlechtere Lebens- und Verwirklichungschancen haben als andere (Kaelble, 2017), sind damit zugleich auch die Möglichkeiten für ein „gutes“ und „gelingendes“ Leben unterschiedlich verteilt. Eine unterschiedliche Verteilung von Ressourcen ist zunächst als Tatsache festzustellen und erklärt noch nicht soziale Ungleichheit. Erst in Kombination mit weiteren Determinanten, wie Alter, Geschlecht, Herkunft, Beruf oder Wohnort, entwickeln sich daraus – je nach Ausprägung – günstige oder weniger günstige Lebensbedingungen, welche die soziale Lage mitbestimmen und dann zu sozialer Ungleichheit führen (Hradil, 2016, S. 268). Beispielsweise haben Jugendliche aus Einwandererfamilien unterdurchschnittliche Chancen, einen höheren Bildungsgrad zu erreichen, machen Frauen seltener „Karriere“ als Männer usw. Eine ungünstige Kombination solcher Determinanten verschärft u. U. sogar die Chancenungleichheit, z. B. Mädchen (Geschlecht) aus einer Einwandererfamilie (Herkunft) vom Lande (Wohnort). Während eine günstige Kombination Teilhabemöglichkeiten erhöhen kann. Mit der zu beobachtenden Chancengleichheit wird dann die Frage der Gerechtigkeit aufgeworfen.

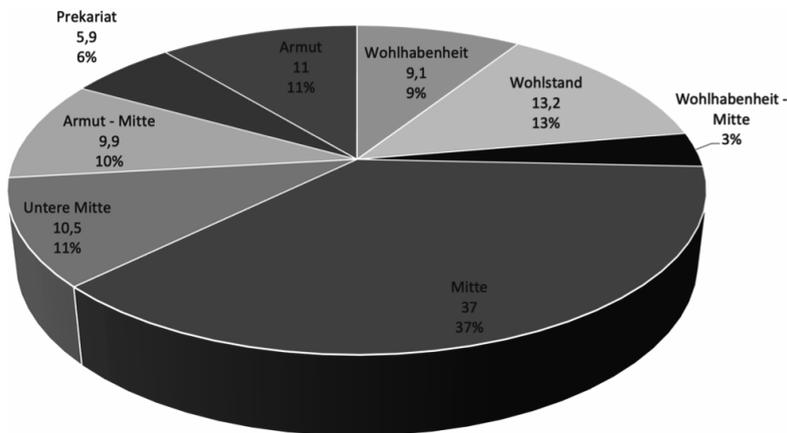


Abb. 1: Die ‚Landschaft‘ sozialer Lagen in Deutschland (2013/17) (Quelle: Eigene Abbildung nach BMAS, 2021, S. XVII)

Innerhalb der Ungleichheitsforschung werden zur Darstellung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionierung sog. Lagenmodelle¹ erstellt. Unter sozialer Lage oder Lebenslage wird dabei „die jeweilige Konstellation vorteilhafter und nachteiliger Lebensbedingungen“ verstanden (Hradil, 2016, S. 267). Arbeits-, Freizeit-, Gesundheits-, Wohn- und Umweltbedingungen sowie Ansehen und Prestige, Macht und soziale Sicherheit sind Dimensionen, in denen soziale Ungleichheit beschrieben werden kann. Zugleich ist die Qualität dieser Dimensionen, nämlich die Frage welche Determinanten hier zusammenspielen, auch Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, also einen Platz in der Gesellschaft zu besetzen und gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten zu können. Die soziale Lage innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges wurde z. B. im 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung anhand von Informationen zu Einkommen, Vermögen, Erwerbsintegration und Wohnraumversorgung zum obigen Schaubild zusammengefasst (Abb. 1).

Aus der jeweiligen Position innerhalb dieser „Landschaft“, die also ihren jeweiligen sozio-ökonomischen Status widerspiegelt, können sich für die Mitglieder der privaten Haushalte unterschiedliche Vor- und Nachteile und damit soziale Ungleichheiten ergeben. Insbesondere das untere Drittel der Bevölkerung befindet sich demnach in einer sozialen Lage, die mit Einschränkungen hinsichtlich der Verfügbarkeit und Nutzung von Ressourcen verbunden ist (Abb. 1). Diese betreffen z. B. das Vorhandensein oder die Möglichkeiten des Erwerbs von ökonomischen Ressourcen (Einkommen, Vermögen) oder den Zugang zu und die Pflege von personalen Ressourcen (Bildung, Gesundheit) (Bigga, 2022, i. d. Heft; Raacke, 2022, i. d. Heft).

2.2 Armut in Deutschland

Je nach gewähltem Zeitraum, vorhandenen Daten und genutzten Indikatoren wird Armut unterschiedlich gemessen, sodass Studien hinsichtlich der Aussage, wie viele Menschen ab wann als „arm“ angesehen werden, deutlich unterschieden werden können. So werden z. B. im aktuellen Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 16,1 Prozent der Bevölkerung (13,4 Mio. Menschen) als arm bezeichnet (Der Paritätische Gesamtverband, 2021, S. 5), während im 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung „nur“ 11 Prozent der Bevölkerung als „arm“ definiert werden (Abb. 1).

Die Lebenslage „Armut“ wird hier als eine Kombination aus Arbeitslosigkeit, geringer Erwerbsintensität (z. B. Teilzeit, Minijob) und einem Einkommen unterhalb der Armutrisikoschwelle² definiert (BMAS, 2021a, S. XVII). Private Haushalte mit unsicherer Beschäftigung (z. B. Zeitverträge, Leiharbeit), fehlenden Rücklagen und geringen Einkommen werden nicht als arm, sondern als in prekären Verhältnissen lebend (Lebenslage „Prekariat“) bezeichnet (ebd.). Dennoch befinden sie sich am Rande der Armutsschwelle. Jede unvorhergesehene Ausgabe oder der Wegfall von Teilen des Einkommens (z. B. bei Bezug von Kurzarbeitergeld) lässt sie möglicher-

weise unter die Armutsgrenze fallen (vgl. Abb. 3). Zusammenfassend wird deutlich, dass Erwerbseinkommen, Erwerbsintensität sowie die Sicherheit des Arbeitsplatzes über den Lebenslauf die soziale Position maßgeblich bestimmen.

Innerhalb der Gesellschaft Deutschlands spiegeln – verkürzt dargestellt – Einkommensunterschiede und damit die jeweils zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen den sozialen Status eines privaten Haushalts und seiner Mitglieder wider. Damit verbunden sind unterschiedliche Verwirklichungschancen bezogen auf die je individuellen Vorstellungen für ein „gutes“ und „gelingendes“ Leben und oftmals auch eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten.

Analysen zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland zeigen eine zunehmende Verteilungsschiefelage. Wachsender Wohlstand wird begleitet von sich verfestigender Armut und Überschuldung. So haben sich Einkommensunterschiede in Deutschland nach einem deutlichen Anstieg bis etwa 2005 auf relativ hohem Niveau verfestigt (BMAS, 2021a, S. 44). Auch die Armutsrisikoquote³ bleibt auf hohem Niveau. Im Jahr 2019 lag sie für die Bevölkerung insgesamt bei 15 bis 16 Prozent (BMAS, 2021a, S. 45). Im Jahr 2020 lag die Armutsquote⁴ in Deutschland zwischen 11,6 (Bayern) und 28,4 Prozent (Bremen) (Der Paritätische, 2021, S. 10). Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht in seinem aktuellen Armutsbericht sogar von einer „Zweiteilung Deutschlands“: „Wer Bayern und Baden-Württemberg [...] herausrechnet, erhält eine Armutsquote für den Rest von Deutschland, die bei 17,7Prozent liegt“ (Der Paritätische, 2021, S. 11).

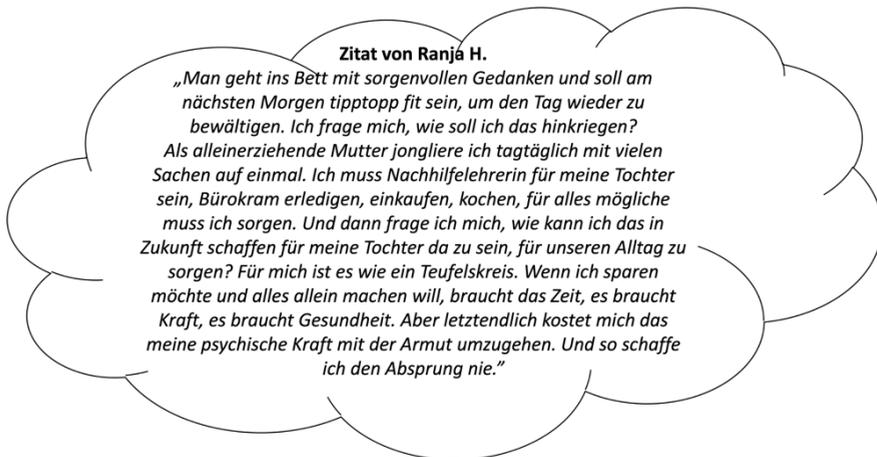


Abb. 2: Armut als Teufelskreis (Quelle: Der Paritätische Gesamtverband, 2021, S. 15)

Zugleich ist die Wahrscheinlichkeit, in Deutschland in Armut zu bleiben, seit den 1980er Jahren sogar von 40 auf 70 Prozent gestiegen (BMAS, 2021a, S. 134 f.). Wer also einmal in Armut gerät, für den ist die Gefahr groß, auch darin zu verbleiben (vgl. Abb. 2). Was unter Armut verstanden wird, soll im Folgenden kurz dargestellt werden.

2.2.1 Armutskonzepte⁵

Wenn Menschen nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, um elementare Grundbedürfnisse zu befriedigen und ein menschenwürdiges Leben zu führen, wird von absoluter oder extremer Armut gesprochen (Butterwegge, 2018). Im weltweiten Kontext wird dieser Begriff vor allem für wenig entwickelte Staaten des globalen Südens genutzt. Die UNO spricht demnach von „absoluter“ Armut, wenn ein Mensch im Haushaltskontext weniger als 1,90 US-\$ pro Tag zur Verfügung hat (Brenke, 2018, S. 260), also sein Überleben kaum sichern kann.

In den entwickelten Wohlfahrtsstaaten des globalen Nordens, zu denen auch die meisten europäischen Staaten gehören, wird im Allgemeinen die sog. „relative“ Armut betrachtet (Becker, 2017; Butterwegge, 2018), indem z. B. die oben genannten Armutsrisikoquoten berechnet werden. Relativ ist Armut in diesem Fall insofern, als sie in Relation zur Verteilung des Wohlstandes in einem Land berechnet wird: Wenn das Einkommen eines Menschen oder eines privaten Haushalts unter dem mittleren Einkommen eines Landes liegt, spricht z. B. die Europäische Union von relativer Armut. Arm wären demnach „Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist“ (Europäischer Rat, 1984, S. 1).

Von Armut spricht man, wenn Personen über ein so geringes Einkommen und so geringe Mittel verfügen, dass ihnen ein Lebensstandard verwehrt wird, der in der Gesellschaft, in der sie leben, als annehmbar gilt. Ihrer Armut wegen können sie zahlreichen Benachteiligungen ausgesetzt sein – Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, schlechten Wohnverhältnissen, unzureichender gesundheitlicher Betreuung und Hindernissen im Aus- und Weiterbildungsbereich, Kultur-, Sport- und Freizeitbereich. Sie sehen sich häufig an den Rand gedrängt und von der Teilnahme an Aktivitäten (wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art) ausgeschlossen, die für andere Menschen die Norm sind. Auch kann ihr Zugang zu Grundrechten eingeschränkt sein. (Europäische Kommission, 2004, S. 12)

Diese ausführlichere Definition der Europäischen Kommission verweist zugleich auf die Folgen von Armut und auf die damit verbundene Exklusion. Allerdings sind Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen wohl eher Ursachen und nicht Folgen von Armut. Deutlich wird in diesem Zitat aber der Zusammenhang von Armut und Teilhabemöglichkeiten am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben einer Gesellschaft.

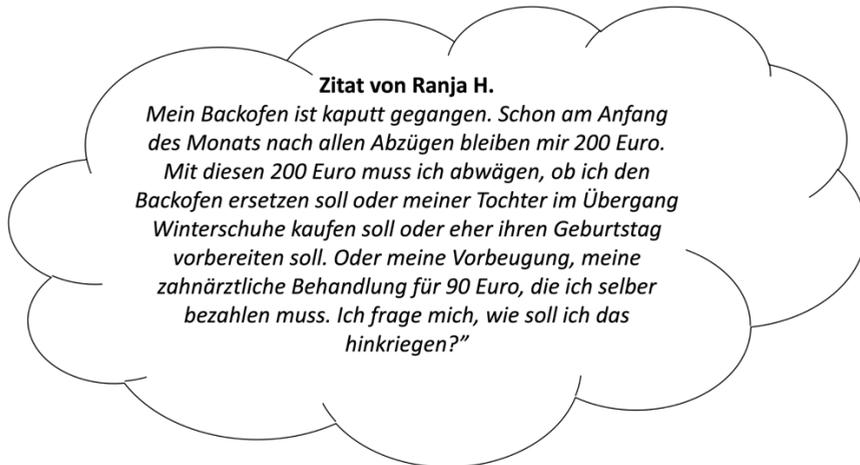


Abb. 3: Leben in prekären Verhältnissen (Quelle: Der Paritätische Gesamtverband, 2021, S. 5)

Die beiden bisher genannten Konzepte zur Messung von Armut sind vor allem auf Einkommen und Vermögen fokussiert. Daneben gibt es noch sog. „Lebenslagenansätze“, die zusätzlich weitere Faktoren einbeziehen. Lebenslagenansätze definieren Armut, indem sie eine Unterversorgung in einer Vielzahl verschiedener Lebensbereiche sichtbar machen (Keck, 2021, S. 17). Solche Lebensbereiche können Bildung, soziale Netzwerke, Gesundheit, Ernährung, Wohnung usw. sein (Voges et al., 2003, S. 44; Tophoven et al., 2018, S. 58). Insbesondere bei der Betrachtung von Kinder- und Jugendarmut werden Lebenslagenansätze genutzt, da diese Gruppen in der Regel weder über eigenes Einkommen noch über Vermögen verfügen (sie befinden sich in einer Armutslage, weil ihre Eltern einkommensarm sind), sodass Armut hier anders definiert werden muss.

Bei Kindern und Jugendlichen beeinflusst also die materielle Situation ihres Herkunftshaushalts ihre Lebenslage (z. B. Holz et al., 2012). Armut kann sich dann u. a. darin äußern, dass Kinder und Jugendliche häufiger bestimmten Freizeitaktivitäten (z. B. Sportvereine, Musikschule) nicht nachgehen können (Tophoven et al., 2018, S. 75 f.) oder es für sie schwieriger ist, Kontakte zu Gleichaltrigen aufzubauen und Freundschaften zu schließen. So verweist der 15. Kinder- und Jugendbericht darauf, dass es vor allem für Kinder und Jugendliche aus materiell benachteiligten Familien schwierig ist, Kontakte zu Gleichaltrigen aufzubauen (BMFSFJ, 2017).

Im Konzept der materiellen Deprivation als Weiterentwicklung des Lebenslagenansatzes wird danach gefragt, „ob sich eine Person bestimmte grundlegende Güter leisten kann oder ob sie aus finanziellen Gründen darauf verzichten muss“ (Spannagel, 2017, S. 80). Dieses Konzept wird von der EU genutzt, um Daten zur Messung von Armut in der gesamten EU zu erheben (Guio et al., 2009).

| Ressourcen, Lebensqualität und Teilhabe

Allen genannten Ansätzen ist gemein, dass sie Armut immer in Relation zu den Lebensbedingungen, dem Lebensstandard oder der Lebensweise der jeweiligen Bevölkerung eines Landes betrachten. Armut ist also kein feststehendes Konstrukt, sondern wandelt sich je nach gesellschaftlicher Entwicklung.

2.2.2 Armut ein Teilhaberrisiko

Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben ist in Deutschland prinzipiell insofern für alle rechtlich abgesichert, als z. B. durch das Grundgesetz – hier vor allem Artikel 3 GG – sowie durch das Verbot der religiösen Diskriminierung oder durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, die Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von Abstammung, Herkunft, Geschlecht, Alter, Glauben, Behinderung oder politischen Anschauungen usw. festgeschrieben ist. Demnach darf niemand aufgrund der genannten Kategorien benachteiligt oder bevorzugt werden (ausführlich Rudolf, 2017). Dennoch zeigt sich, dass die genannten Dimensionen in der Realität für betroffene Menschen zu Ungleichheit und eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten führen. Auch Einkommensarmut und deren Auswirkungen in den Lebensbereichen Bildung, soziale Netzwerke, Gesundheit, Ernährung, Wohnung etc. beeinträchtigen Teilhabechancen.

Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2005 heißt es zum Zusammenhang von Armut und Teilhabechancen:

Armut im Sinne sozialer Ausgrenzung und nicht mehr gewährleisteter Teilhabe liegt dann vor, wenn die Handlungsspielräume von Personen in gravierender Weise eingeschränkt und gleichberechtigte Teilhabechancen an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft ausgeschlossen sind. (BMGS, 2005, S. 9)

Damit orientiert sich der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an der Armutsdefinition des Europäischen Rates aus dem Jahr 1984 (Europäischer Rat, 1984, S. 1). Solche Handlungsspielräume sind demnach eingeschränkt oder nicht gegeben, wenn ein Haushalt sich mindestens drei der folgenden Güter oder Dienstleistungen nicht leisten kann:

Economic strain, i.e. the household cannot afford:

- to face unexpected expenses
- one week annual holiday away from home
- to pay for arrears (mortgage or rent, utility bills or hire purchase instalments)
- a meal with meat, chicken or fish every second day
- to keep home adequately warm

Enforced lack of durables, i.e. the household cannot afford (but would like to):

- to have a washing machine
- to have a colour TV
- to have a telephone

- to have a computer
- to have a personal car

Housing, i.e. the household's dwelling suffers from:

- leaking roof / damp walls/floors/foundations or rot in window frames
- accommodation too dark
- no bath or shower
- no indoor flushing toilet for sole use of the household
- lack of space, as measured by the number of rooms available for each household member in the dwelling (which can be used for measures of overcrowded households) (Guio et al., 2009, S. 4)

Die aufgezählten Items spiegeln wider, was in Europa mindestens zum „standard package“⁶ für ein „gutes“ und „gelingendes“ Leben gezählt wird (Schlegel-Matthies, 2022, S. 214 ff.). Private Haushalte, die alle genannten Items besitzen, verfügen demnach über einen Lebensstandard, der gesellschaftlich als „normal“ und dem gesellschaftlichen Anspruchsniveau entsprechend angesehen wird (Tophoven et al., 2018, S. 12).

Laut World Vision Studie 2018 beeinflusst die materielle Lage des Herkunftshaushalts auch zahlreiche Teilhabeaspekte im Leben von Kindern und Jugendlichen. So verweisen 78 Prozent der befragten Kinder mit konkretem Armutserleben auf fehlende Teilhabemöglichkeiten in der Freizeit (Kino oder Freibadbesuche, Freunde und Freundinnen nach Hause einladen, Mitgliedschaft in einem Verein oder zu Hause Geburtstag feiern). 67 Prozent geben an, dass sie im Jahr nicht mindestens eine Woche Urlaub woanders als zu Hause machen können (World Vision, 2018). 32 Prozent der Befragten fehlen finanzielle Mittel, die im Zusammenhang mit dem Schulbesuch erforderlich sind (Sachen für die Schule kaufen, Klassenfahrten). 14 Prozent erhalten Lebensmittel kostenfrei von der Tafel, 8 Prozent klagen über fehlende warme Kleidung im Winter und 3 Prozent bekommen nicht mindestens eine warme Mahlzeit pro Tag (World Vision 2018).

Gerade während der aktuellen Covid-19-Pandemie hat sich zudem bei Kindern und Jugendlichen aus armutsgefährdeten oder armen Haushalten gezeigt, wie sich u. a. Platzmangel (kein eigener Raum), kein eigener Computer oder Internetzugang nur über ein Gerät für alle Haushaltsmitglieder über das einzige Smartphone des Haushalts auf Bildungschancen auswirken können. Die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen während der diversen Lockdowns sowie das damit verbundene Distanzlernen gefährdeten insbesondere in sog. bildungsfernen Haushalten dann zusätzlich den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen (Dietrich et al., 2020). Während in Mittelschicht Haushalten häufiger mindestens ein Elternteil im Homeoffice war und auch für Fragen, seelische Nöte etc. von Kindern und Jugendlichen eher zur Verfügung stand, ist dies häufiger in prekären und armutsbetroffenen Haushalten nicht der Fall, da die ausgeübten Tätigkeiten oftmals eine Anwesenheit im Betrieb erfordern.

| Ressourcen, Lebensqualität und Teilhabe

Mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie hat sich besonders die Situation von Transferleistungsbezieher:innen, Kleinstrentner:innen oder Geflüchteten „durch die Schließung der meisten Lebensmitteltafeln, durch Hamsterkäufe geleerte Regale mit preiswerten Grundnahrungsmitteln und steigende Preise bei Frischeprodukten“ drastisch verschlechtert (Butterwegge, 2021, S. 12). Hinzu kommt, dass die Einkommen von gut 20 Prozent derjenigen, die im Jahr 2019 erwerbstätig waren, während der Pandemie gesunken sind (Schröder et al., 2020, S. 3).

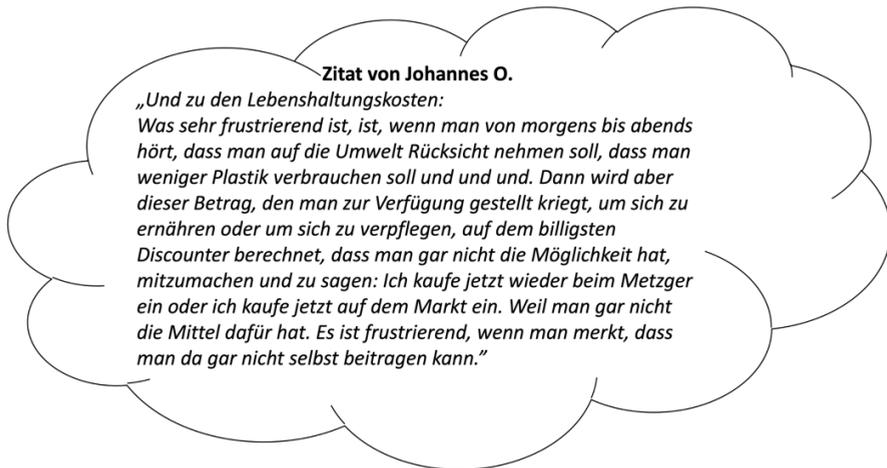


Abb. 4: Armut und Teilhabe (Quelle: Der Paritätische Gesamtverband, 2021, S. 29)

Teilhabe wird aber auch in anderen Bereichen durch eine Armutslage eingeschränkt. In gesellschaftlichen Diskursen, z. B. um Gesundheit und nachhaltige Entwicklung, wird häufig von Individuen ein an diesen Normen ausgerichtetes Verhalten gefordert und von ihnen auch angestrebt. Wer sich entsprechend gesundheitsförderlich oder nachhaltig verhalten kann, demonstriert damit zugleich auch einen bestimmten Lebensstil und die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe – gutes Gewissen inklusive (Neuhäuser, 2018; Schlegel-Matthies, 2022c). Für Menschen, die Transferleistungen beziehen oder nur ein geringes Erwerbseinkommen haben, ist diese Art der Teilhabe häufig nicht möglich, was auch als soziale Exklusion erlebt werden kann (vgl. Abb. 4). So kann z. B. ein gesundheitsförderlicher Lebensstil als wünschenswert angesehen werden, oftmals wird aber seine Umsetzung aufgrund zu geringer finanzieller Mittel eingeschränkt (vgl. Abb. 3). Knappe Mittel erfordern immer wieder die Abwägung, welcher Zielsetzung für ein individuell „gutes“ und „gelingendes“ Leben oder welcher gesellschaftlich propagierten Norm gefolgt werden kann und soll. Insbesondere in Familienhaushalten zeigt sich, dass dieses Abwägen dazu führt, dass arme Eltern lieber selbst Verzicht üben, bevor sie ihren Kindern etwas vorenthalten (vgl. Andresen & Galic, 2015) Niedriges Einkommen oder Zeiten von Arbeitslosig-

keit wirken sich demnach negativ auf tatsächliche, aber auch auf wahrgenommene Handlungs- und Entscheidungsspielräume aus:

Wer häufiger arbeitslos war, sieht sich in seinen Verwirklichungschancen für ökologisch nachhaltigen Konsum beschränkt, sodass der Kauf von Bio-Lebensmitteln auch indirekt – über den Entscheidungsspielraum – beeinträchtigt wird. (Leßmann & Masson, 2019, S. 766)

Gerade bezogen auf nachhaltigkeitsförderliche Verhaltensweisen zeigt sich, dass Verzicht aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten – anders als freiwilliger Verzicht bei ausreichenden finanziellen Ressourcen – eben nicht Ausdruck eines selbstbestimmten nachhaltigen Lebensstils und damit verbunden eines höheren sozialen Status bedeutet.

Zusätzlich wird in der Konsumgesellschaft gesellschaftliche Teilhabe über den Besitz von und den Umgang mit Konsumgütern sichergestellt (Bosch, 2010, Richter, 2000). Je geringer materielle Ressourcen, wie Einkommen, Vermögen usw., sind, desto weniger Möglichkeiten haben private Haushalte an den Verlockungen der Konsumgesellschaft und letztlich auch an der Gesellschaft teilzuhaben (BMFSFJ, 2017, S. 219). Mit „anderen Menschen als Gleiche_r“ (Rudolf, 2017, S. 13) zusammen zu sein, ist – nicht nur im Kindes- und Jugendalter – bedeutsam für das Selbstwertgefühl sowie für „Anerkennung und Respekt als gleichrangiges Gesellschaftsmitglied“ (Neuhäuser, 2018, S.97) und damit Bestandteil von Teilhabe (Schlegel-Matthies, 2022c, S. 189). Für Kinder und besonders für Jugendliche hat z. B. der symbolische Wert (Reisch, 2002) von (Marken-) Produkten (z. B. Smartphones, Sneakers oder Kleidung) enorme Bedeutung, um in Gleichaltrigengruppen mithalten zu können. Dieser Teilhabeaspekt kann jedoch vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Mittel der Eltern meist nicht oder nur selten erfüllt werden (Andresen & Galic, 2015; Tophoven et al., 2015).

3 Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe

Private Haushalte, die unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des mittleren Einkommens liegen, sind deshalb nicht zwangsläufig arm, wohl aber schneller von Armut betroffen, wenn unvorhergesehene Ereignisse, wie die Covid-19-Pandemie, der Verlust des Arbeitsplatzes oder von Teilen des Einkommens, z. B. bei Kurzarbeit, eintreten. Sie sind aber möglicherweise in ihren Handlungsspielräumen zur Verwirklichung ihrer individuellen Vorstellungen von einem „gutem“ und „gelingenden“ Leben und den Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen eingeschränkt.

Teilhabe bedeutet [...] die Möglichkeit, ein nach eigenen Vorstellungen erfülltes Leben zu leben, indem man in selbst gewählten Lebensbereichen mit anderen Menschen als Gleiche_r zusammen ist und sich an wesentlichen, das eigene Leben betreffenden Entschei-

Ressourcen, Lebensqualität und Teilhabe

dungen beteiligen und so über die eigene Zukunft mitentscheiden kann. (Rudolf, 2017, S. 13)

Solche individuellen Vorstellungen, was denn ein „gutes“ und „gelingendes“ Leben ausmacht, können je nach sozialem Milieu, kulturellen Herkunft, vorhandenen Ressourcen und gesellschaftlichen Normen unterschiedlich sein. Ihre Umsetzung hängt heute jedoch in jedem Fall in starkem Maße neben den vorhandenen und nutzbaren Ressourcen auch von den zur Verfügung stehenden Lebensbedingungen ab.

Tab. 1: HARTZ-IV-Regelsätze für Kinder 2022 Die Werte basieren auf der Ermittlung des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes – (§ 6 RBEG) und gelten seit dem 01.01.2022 (Quelle: <https://www.hartziv.org/regelbedarf.html>).

Bedarf für	Regelbedarfsstufe 4		Regelbedarfsstufe 5		Regelbedarfsstufe 6	
	14-17 Jahre in €	in %	6-13 Jahre in €	in %	0-5 Jahre in €	in %
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	176,98	47,07	125,64	40,4	99,89	35,05
Bekleidung, Schuhe	47,26	12,5	46,18	14,85	45,29	15,89
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	28,80	7,66	16,76	5,39	10,60	3,72
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	15,90	4,23	10,20	3,28	15,90	5,58
Gesundheitspflege	9,40	2,5	7,81	2,51	9,01	3,16
Verkehr	16,58	4,41	29,27	9,41	32,23	11,31
Nachrichtenübermittlung	18,46	4,91	15,02	4,83	15,79	5,54
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	39,82	10,59	44,25	14,26	41,10	14,42
Bildungswesen	0,26	0,07	0,56	0,18	0,86	0,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	7,97	2,12	5,26	1,69	2,71	0,95
Andere Waren und Dienstleistungen	14,51	3,86	9,98	3,21	11,63	4,08
Gesamt	376 €	100 %	311 €	100 %	285 €	100 %

Der Versorgungsverbund aus Staat, Wirtschaft und privaten Haushalten ergänzt um zivilgesellschaftliche Unterstützungsleistungen schafft – im Zeitverlauf sich wandelnde – Lebensbedingungen, die mehr oder weniger Teilhabe eröffnen und Lebensqualität sichern können (Schlegel-Matthies, 2022b; von Schweitzer, 1978). Verstärkt durch Entwicklungen wie Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung von bislang staatlichen Leistungen werden Lebenschancen heute zunehmend über „den Markt“, also über ökonomische Teilhabe vergeben: „Zentral steht die Eigenverantwortung, also die Beteiligung an der Erwerbsarbeit unter den vorgegebenen Bedingungen des Marktes“ (Huster, 2018, S. 112, vgl. auch Lehweiss-Litzmann & Lessmann, 2019). Andere Ressourcen, wie Bildung, Rechte oder soziale Nahbeziehungen, verlieren demgegenüber an Bedeutung für die Generierung von Teilhabe.

Strukturen der Daseinsvorsorge innerhalb des Versorgungsverbunds haben sich gewandelt und damit auch das Vorhandensein gesellschaftlicher Ressourcen (Methfessel & Schlegel-Matthies, 2022, S. 138). So hat sich z. B. der Staat aus einer Reihe von Aufgaben herausgezogen und fordert mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für die Absicherung von Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit oder Alter. Eine „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik, Kürzungen bei der gesetzlichen Alterssicherung und auf der anderen Seite staatliche Förderung privater Altersvorsorge verdeutlichen diese Entwicklung (Methfessel & Schlegel-Matthies, 2022, S. 141 f.).

Damit es nicht zu gravierenden Einbußen bei Lebensqualität und Lebensstandard, z. B. im Alter, kommt, wird eine solche private Vorsorge wichtiger, damit erhöht sich der strukturelle Zwang zur Erwerbsarbeit bei gleichzeitigem Ausbau des Niedriglohnsektors durch Deregulierung des Arbeitsmarktes. Nur Menschen in möglichst gut bezahlter und hoch qualifizierter Vollzeitbeschäftigung können demnach solche Einbußen einigermaßen auffangen. Dies bedeutet aber auch, dass zunehmend die Beteiligung am Erwerbsleben für alle als Norm angesehen wird (Lehweiss-Litzmann & Lessmann, 2019, S. 43 ff.). Eine Folge ist, dass in den privaten Haushalten weniger Zeit und Arbeitskraft für Reproduktionsarbeit – meist der Frauen – zur Verfügung stehen (Häußler, 2022, i. d. Heft; Klünder, 2022, i. d. Heft). Eine weitere Folge ist, dass Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht am Erwerbsleben teilnehmen oder so geringe Einkommen erzielen, dass sie auf Transferleistungen angewiesen sind, in vielen Lebensbereichen faktisch von der Teilhabe ausgeschlossen werden (vgl. Abb. 3).

Insbesondere mit den Hartz-IV-Reformen seit 2005 wurden Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen gleichsam als gesellschaftliche Norm gesetzt. Die Leistungen aus Hartz-IV sind so knapp bemessen, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen nicht mehr sicherstellen können (Der Paritätische, 2022). Vielmehr soll durch sie ein Anreiz geschaffen werden, diese Teilhabe und die Sicherung einer gewünschten Lebensqualität über Erwerbsarbeit zu gewährleisten. Der damit verbundene Abbau von Rechten, z. B. auf soziale Leistungen, führt aber dazu,

| Ressourcen, Lebensqualität und Teilhabe

dass auch zahlreiche nicht erwerbsfähige Personen (Kinder, Rentner:innen, Erwerbsunfähige usw.) in ihren Handlungsspielräumen stark eingeschränkt werden.

Zwar hat der Sozialstaat weiterhin die Aufgabe, z. B. durch Transferleistungen wie Hartz-IV und Kurzarbeitergeld, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, damit ist jedoch nicht zwingend auch eine gleichwertige Chance auf gesellschaftliche Teilhabe verbunden (Huster, 2018, S. 97 ff.). Beispielhaft wird dies bei genauerer Betrachtung von Tabelle 1 deutlich. Für Bildung als eine zentrale Ressource für die Sicherung von Teilhabe ist – je nach Alter minimal unterschiedlich – monatlich nur weniger als 1 Prozent des Regelsatzes vorgesehen (vgl. Tab. 1). Erst im Jahr 2011 hat der Gesetzgeber ein sog. „Bildungs- und Teilhabepaket“ eingeführt (BMAS, 2022; Henkel & Haumann, 2012) und seitdem erweitert (BMFSFJ, 2019), mit dem z. B. der persönliche Schulbedarf finanziert werden kann. Für das Jahr 2022 wird aktuell eine Pauschale in Höhe von 156 Euro gezahlt, und zwar als Geldleistung in zwei Teilen. Davon können Betroffene z. B. Schulbedarf, Klassenfahrten, Nachhilfe, Mittagessen in Schule oder KiTa oder Musikkurse, Mitgliedschaft in Sportvereinen finanzieren. Allerdings müssen für die Zahlungen Anträge gestellt werden (für jedes Kind muss ein eigener Antrag gestellt werden) und gezahlt werden für viele der genannten Aspekte nur die tatsächlichen Kosten. Das heißt auch, dass Kassenbelege aufbewahrt und ggf. vorgelegt werden müssen (ausführlich dazu: <https://www.hartziv.org/bildungspaket.html>).

Wie der Name schon sagt, war es Ziel dieses Bildungs- und Teilhabepakets, auch Kindern und Jugendlichen (bis 25 bzw. z. T. bis 18 Jahren) die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben durch zusätzliche Leistungen zu ermöglichen. Eine solche Teilnahme wird z. B. auch in Art. 27 (Angemessene Lebensbedingungen; Unterhalt) und Art. 31 (Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben, staatliche Förderung) der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben, die von der Bundesrepublik Deutschland 1992 ratifiziert worden ist (Deutsches Kinderhilfswerk, o. J.). Allerdings zeigen Ergebnisse der Studienanalyse „Inhaltliche Impulse zum Thema Kinderrechte in Deutschland aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung vulnerabler Gruppen in Vorbereitung des Staatenberichtes der Bundesrepublik Deutschland zur Vorlage vor dem Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes im April 2019“, dass Kinder und Jugendliche,

die von Armut betroffen sind, [...] sich in ihrem Leben in besonderer Weise durch Mangel und Verzicht gekennzeichnet [fühlen]. Kinder und Jugendliche berichten von Einschränkungen in Bezug auf ihre Grundversorgung, aber insbesondere auch in Bezug auf ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. (BMFSFJ, 2019, Anhang 3, S. 50)

Erschwerend für die Verwirklichung von Teilhabechancen kommt hinzu, dass die Antragshürden, z. B. bei bildungsfernen Familien oder Familien, in denen Deutsch nicht die Muttersprache ist, so hoch sein können, dass ein Antrag möglicherweise gar

nicht erst gestellt wird. Auch die Festlegung einer Pauschale wirkt sich eher negativ auf die Ermöglichung von Teilhabe aus.

Insgesamt zeigt sich, dass ein Leben in prekären Verhältnissen oder in Armut vielfältige Einschränkungen hinsichtlich der Teilhabe beinhaltet und sich auch auf weitere Ressourcen auswirkt (ausführlich Methfessel & Schlegel-Matthies, 2022, S. 144 f.; Haushalt und Bildung 2009). Soziale und kulturelle Teilhabe ist besonders für Kinder und Jugendliche in armen oder armutsgefährdeten Haushalten eingeschränkt und damit auch ihre Verwirklichungschancen für eine selbstbestimmte und -gewählte Lebensführung (Andresen & Galic, 2015; Laubstein et al., 2016).

4 Fachdidaktische Folgerungen

Die gewachsene Bedeutung materieller Ressourcen für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe sollte auch in didaktische Überlegungen für die Planung, Gestaltung und Durchführung von Unterricht für Lebensführung einfließen (siehe auch Haushalt und Bildung, 2009). Damit werden unterschiedliche Ebenen angesprochen, die hier allerdings nur exemplarisch angerissen werden.

Zuallererst gilt es, sich bewusst zu machen, dass in der jeweiligen Lerngruppe Schüler:innen mit unterschiedlichsten Erfahrungen hinsichtlich ihrer Teilhabechancen sind, die für den Unterricht zu berücksichtigen sind. Nicht alle Lernenden haben z. B. die Möglichkeit, im Urlaub neue Speisen und Gerichte aus anderen Kulturen kennenzulernen.

Einerseits ist die Ausstattung des Fachraums Lehrküche mit qualitativ hochwertigen, möglichst an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichteten Arbeitsmitteln, sowie die Verwendung von Bio-Lebensmitteln für die Praxis der Nahrungszubereitung durchaus wünschenswert und hat Vorbildcharakter. Andererseits gehört dazu auch, im Unterricht mit den Schüler:innen zu reflektieren, über welche Ressourcen Haushalte in unterschiedlichen Lebenslagen verfügen und welche Lebensplanungen damit verfolgt werden können. Folgende Fragen könnten behandelt werden: Welche Handlungsalternativen können gefunden werden? Welche Ressourcen sind dafür ggf. notwendig und wie können sie erworben und gepflegt werden?

Bei der konkreten Unterrichtsplanung zu den zehn Bildungszielen der Ernährungs- und Verbraucherbildung (Schlegel-Matthies et al., 2022, S. 112 f.) bekommt die Reflexion von Werten und Normen sowie deren Einfluss auf Vorstellungen eines „guten“ und „gelingenden“ Lebens ein besonderes Gewicht. Eine solche Reflexion erfordert immer auch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen und sozialen Milieus. Hier geht es für die Lehrperson auch darum, eigene Normen und Werte zu hinterfragen und den Schüler:innen nicht als vermeintlich „richtig“ überzustülpen.

Beispielsweise müsste beim Bildungsziel 5 „Die Bedeutung von Konsumentenscheidungen für die Lebensführung analysieren und reflektieren“ (Schlegel-Matthies

et al., 2022, S. 112) darauf geachtet werden, dass die symbolische Bedeutung des Konsums gerade für Schüler:innen aus armutsnahen oder armen Haushalten eine zentrale Rolle für soziale Teilhabe spielt. Verzicht ist dann eben keine Handlungsoption oder findet sowieso immer wieder schmerzlich statt, wird aber weder innerhalb noch außerhalb des Milieus nicht als z. B nachhaltig wahrgenommen und kann dann auch keine positiv identitätsstiftende Funktion erfüllen: „Konsum stiftet Teilhabe und subjektiven Lebenssinn und stellt für Familien und Kinder oft das zentrale Medium der Statusdemonstration und Selbstwertschöpfung dar (Richter 2000, S. 57).

Beim Bildungsziel 9 „Konzepte von Qualität in ihrer Bedeutung für Konsumentenscheidungen verstehen“ (Schlegel-Matthies et al., 2022, S. 113), geht es auch darum, „Qualität“ nicht losgelöst von den materiellen Bedingungen und Handlungsspielräumen des Haushalts zu betrachten.

Nicht zuletzt geht es darum, den Schüler:innen im Unterricht gleichermaßen mit Empathie und Respekt zu begegnen – unabhängig von der sozialen Lage ihres Herkunftshaushalts – und ihnen vielfältige Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs für die alltägliche Lebensführung sowie für die Wahrnehmung von Handlungsspielräumen für gesellschaftliche Teilhabe zu bieten.

Anmerkungen

- 1 Zu den bekanntesten Modellen zählen z. B. die „Sinus-Milieus“ (Sinus-Institut, 2021), Bourdieus Modell des sozialen Raums (Bourdieu, 2016) oder Geißlers Sozialstrukturmodell (Geißler, 2014).
- 2 Als Armutsrisikoschwelle oder Armutsgefährdungsschwelle wird derjenige Einkommenswert verstanden, unterhalb dessen von Einkommensarmut ausgegangen wird. Üblicherweise sind das bei 60 Prozent des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen (BMAS, 2021b). Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung.
- 3 Der Begriff Armutsrisikoquote stammt ursprünglich aus dem Sprachgebrauch der EU und betont, dass eine Person, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, nicht zwangsläufig arm ist, sondern nur dem Risiko, arm zu sein, ausgesetzt ist. Häufig werden die Begriffe Armutsrisikoquote und Armutsquote synonym verwendet. Im vorliegenden Beitrag werden sie jedoch entsprechend ihrer ursprünglichen Bedeutung verwendet.
- 4 Als Armutsquote wird hier der Anteil der Bevölkerung unterhalb eines bestimmten Punktes in der Einkommensverteilung unterhalb der Armutsrisikoschwelle an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe bezeichnet (BMAS, 2021b).
- 5 An dieser Stelle kann nur ein holzschnittartiger Überblick zu ausgewählten Ansätzen gegeben werden, ausführlich zu Armutskonzepten z. B. Butterwegge 2018, Dittmann & Goebel, 2018.

6 Riesman und Roseborough (1966) prägten den Begriff des „standard package“ bezogen auf die amerikanische Mittelschicht und ihr Konsumverhalten (Schlegel-Matthies, 2022a; 2018).

Literatur

- Andresen, S. & Galic, D. (2015). *Kinder. Armut. Familie – Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung*. Bertelsmann Stiftung
- Becker, I. (2017). Kritik am Konzept relativer Armut – berechtigt oder irreführend? *WSI Mitteilungen*, 2, 98-107. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2017-2-98>
- Bigga, R. (2022). Ressourcen – Gesundheit zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Verantwortung. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 25-41. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.02>
- Blom, A. G., Möhring, K. (2021). Soziale Ungleichheit in der Beschäftigungssituation während der frühen Phase der Coronakrise. In Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.), *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. (S. 476-483). bpb.
- Böhnke, P., Dittmann, J. & J. Goebel (Hrsg.) (2018). *Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen*. utb. <https://doi.org/10.36198/9783838549576>
- Bosch, A. (2010). Konsum und Exklusion. Eine Kulturosoziologie der Dinge. transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839413265>
- Bourdieu, P. (2016). *Sozialer Raum und „Klassen“* (4. Aufl.). Suhrkamp (orig. frz. 1984).
- Brenke, K. (2018). Armut: Vom Elend eines Begriffs. *Wirtschaftsdienst* 98 (4), 260-266. <http://dx.doi.org/10.1007/s10273-018-2284-9>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2022). *Die Leistungen des Bildungspakets*. https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Grundsicherung-Arbeitslosengeld-II/Bildungspaket/Leistungen/leistungen-bildungspaket_art.html
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2021a). *Lebenslagen in Deutschland. Der sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sexhster-armuts-reichtumsbericht.pdf>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2021b). *Armuts- und Reichtumsbericht*. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).(2019). *Fünfter und Sechster Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes*. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/133732/43637e35068c28ae63a0e8db30dc5cff/20190212-fuenfter-und-sechster-staatenbericht-data.pdf>

| Ressourcen, Lebensqualität und Teilhabe

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2017). *Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht* (Drucksache 18/11050). BMFSFJ. <http://bmfsfj.de/blob/jump/115438/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) (2005). *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/lebenslagen-deutschland-zweiter-armuts-reichtumsbericht.pdf>
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2020). *Einkommensverteilung*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61769/einkommensverteilung>
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2015). *Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft*. bpb.
- Burzan, N. (2011). *Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien* (4. Aufl.). Springer VS.
- Butterwegge, Ch. (2018). Armut. In J. Kopp & A. Steinbach (Hrsg.). *Grundbegriffe der Soziologie* (S. 29-31). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20978-0_7
- Butterwegge, Ch. (2020). *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. bpb.
- Butterwegge, Ch. (2021). Das neuartige Virus trifft auf die alten Verteilungsmechanismen: Warum die COVID-19-Pandemie zu mehr sozialer Ungleichheit führt. *Wirtschaftsdienst* 101(1), S.11-14. <https://doi.org/10.1007/s10273-021-2817-5>
- Der Paritätische Gesamtverband (2022). *Hartz IV Regelsatz um mehr als 50 Prozent zu niedrig: Paritätischer fordert Anhebung der Grundsicherung*. Pressemitteilung vom 20. Januar 2022. <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/hartz-iv-regelsatz-um-mehr-als-50-prozent-zu-niedrig-paritaetischer-fordert-anhebung-der-grundsicherung/>
- Der Paritätische Gesamtverband (2021). *Armut in der Pandemie. Der Paritätische Armutsbericht 2021*. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere_armutsbericht-2021_web.pdf
- Deutsches Kinderhilfswerk (o. J.). *Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes*. <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention-im-wortlaut/#c3237>
- Dietrich, H., A. Patzina & Lerche., A. (2020). Social inequality in the homeschooling efforts of German high school students during a school closing period. *European Societies* 23, 348-369. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1826556>

- Dittmann, J. & J. Goebel (2018). Armutskonzepte. In Böhnke, P., Dittmann, J. & J. Goebel (Hrsg.) (2018). *Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen* (S. 21-34). utb.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (2004). *Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung*, Brüssel.
- Europäischer Rat (Hrsg.) (1984). *Beschluß des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene*. 85/8 EWG
- Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.) (2019). *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen Dritter Bericht*. wbv Media. DOI: 10.3278/6004498w
- Geißler, R. (2014). *Die Sozialstruktur Deutschlands* (7. grundl. überarb. Aufl.). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19151-5>
- Guio A.-C., Fusco A. & Marlier E. (2009). *A European Union Approach to Material Deprivation using EU-SILC and Eurobarometer data*. IRISS Working Paper Series 2009-19, IRISS at CEPS/INSTEAD. <https://ideas.repec.org/p/irs/iriswp/2009-19.html>
- Haushalt & Bildung (2009). *Ressourcen* (Themenschwerpunkt), 86, Heft 2.
- Häußler, A. (2022). Care-Arbeit als Ressource für die Lebensführung. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 68-84. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.05>
- Henkel, M. & Haumann, W. (2012). Das Bildungs- und Teilhabepaket: Chancen für Kinder aus Familien mit Kinderzuschlag. *Monitor Familienforschung 30*, hrsg. v. BMFSFJ. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/76238/18e026b6c2843c152c69f28ec33b66dc/monitor-familienforschung-ausgabe-30-data.pdf>
- Holz, G., Laubstein, C. & E. Sthamer (2012). *Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen in Deutschland. 15 Jahre AWO-ISS-Studie*. <https://www.awo.org/sites/default/files/2017-07/AWO-ISS-Studie.pdf>
- Hradil, S. (2012). Soziale Ungleichheit. Eine Gesellschaft rückt auseinander. In Ders. (Hrsg.), *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde* (S. 155-188). bpb.
- Hradil, S. (2016). Soziale Ungleichheit, soziale Schichtung und Mobilität. In H. Korte & B. Schäfers (Hrsg.), *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie* (9. überarb. u. akt. Aufl.; S. 247-275). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13411-2_11
- Huster, E.-U. (2018). Soziale Teilhabe als sozialstaatliches Ziel. Der sozialpolitische Diskurs. In Huster, E.-U., Boeckh, J. & Mogge-Grotjahn, H. (Hrsg.), *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. 3. akt. u. erw. Aufl. (S.97-129) Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19077-4_5
- Kaelble, H. (2017). *Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. bpb.

| Ressourcen, Lebensqualität und Teilhabe

- Keck, M.(2021). *Armutgruppen. Die Ungleichheit der Armen in Deutschland*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35367-4>
- Klunder, N. (2022). Private Haushalte im Spannungsfeld zwischen prekärem Zeitwohlstand und Zeitarmut. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 55-67. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.04>
- Laubstein, C., Holz, G. & Seddig, N. (2016). *Armutfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland*. Bertelsmann Stiftung
- Lehweiß-Litzmann, R. & Leßmann, O. (2019). Wie Teilhabe produziert wird. In Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.) (2019). *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen Dritter Bericht*. (S. 39-65). wbv Media. <https://doi.org/10.3278/6004498w>
- Leßmann, O. & Masson, T. (2019). Ökologisch nachhaltiger Konsum und ungleiche Teilhabe. In Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.) (2019). *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen Dritter Bericht*. (S. 751-772). wbv Media. <https://doi.org/10.3278/6004498w>
- Methfessel, B. & Schlegel-Matthies, K. (2022). Die Bedeutung von Ressourcen für die Lebensgestaltung verstehen. In Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W. & Methfessel, B. (2022), *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung* (S. 137-156). Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838557670>
- Neuhäuser, C. (2018). *Reichtum als moralisches Problem*. Suhrkamp. <https://doi.org/10.1007/s42048-019-00046-3>
- Öchsner, T. (2021, 5. März). *Corona-Krise verschärft die Spaltung von Arm und Reich. Pandemie belastet Menschen mit niedrigen Einkommen stärker*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/corona-deutschland-armut-und-reichtumsbericht-1.5225103>
- Raacke, G. (2022). Plötzlich war alles anders – Private Haushalte in der Corona-Krise. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 42-54. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.03>
- Reisch, L. A. (2002). Symbols for Sale: Funktionen des symbolischen Konsums. In C. Deutschmann (Hrsg.), *Die gesellschaftliche Macht des Geldes* (S. 226-248). Westdeutscher Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91614-3_11
- Richter, A. (2000). *Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region*. Shaker.
- Riesman, D. & Roseborough, H. (1966). Careers and consumer behavior. In L. H. Clark (Hrsg.), *Consumer behavior, Vol. II: The life cycle and consumer behavior* (S. 1-18). New York University Press.

- Rudolf, B. (2017). Teilhabe als Menschenrecht –eine grundlegende Betrachtung. In E. Diehl (Hrsg.), *Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation* (S. 13-43). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schäfers, B. (2019). *Einführung in die Soziologie*. 3., akt. u. erg. Aufl. Springer VS https://doi.org/10.1007/978-3-658-26362-1_1
- Schlegel-Matthies, K. (2018). Konsum, Ernährung und Gesundheit als zentrale Handlungsfelder für die alltägliche Lebensführung. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 7(3) 3-17. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v7i3.01>
- Schlegel-Matthies, K. (2022a). Die Bedeutung von Konsumententscheidungen für die Lebensführung analysieren und reflektieren. In Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W. & Methfessel, B. (2022), *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung* (S. 208-230). Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838557670>
- Schlegel-Matthies, K. (2022b). Die Organisation der Daseinsvorsorge für die private Lebensführung reflektieren. In Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W. & Methfessel, B. (2022), *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung* (S. 114-136). Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838557670>
- Schlegel-Matthies, K. (2022c). Lebensweise, Lebensführung und Lebensstile reflektieren. In Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W. & Methfessel, B. (2022), *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung* (S. 180-207). Barbara Budrich.
- Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W. & Methfessel, B. (2022), *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung*. Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838557670>
- Schröder, C., T. Entringer, J. Goebel, M. M. Grabka, D. Graeber, H. Kröger, M. Kroh, S. Kühne, S. Liebig, J. Schupp, J. Seebauer und S. Zinn (2020). Vor dem Covid-19-Virus sind nicht alle Erwerbstätigen gleich, *DIW aktuell*, 41.
- Sinus-Institut (2021). *Die Sinus-Milieus® 2021*. <https://www.sinus-institut.de/media-center/presse/sinus-milieus-2021>.
- Spannagel, D. (2017). Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status – Armut und Teilhabe. In E. Diehl (Hrsg.), *Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation* (S. 77-102). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Tophoven, S., Lietzmann, T., Reiter, S., Wenzig, C. & Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2018). *Aufwachsen in Armutslagen. Zentrale Einflussfaktoren und Folgen für die soziale Teilhabe*. Bertelsmann Stiftung
- Tophoven, S., Wenzig, C., Lietzmann, T. & Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2015). *Kinder- und Familienarmut. Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung*. Bertelsmann Stiftung
- Voges, W., Jürgens, O., Mauer, A. & Meyer, E. (2003). *Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes*. Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik; Bun-

| Ressourcen, Lebensqualität und Teilhabe

desministerium für Arbeit und Sozialordnung.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-320078>

von Schweitzer, R. (1978). Der Funktionswandel des Familienhaushalts im Zuge veränderter kollektiver Leistungen für die Versorgung. *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, 26(5), 218-224

World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.) (2018). *Was ist los in unserer Welt? Kinder in Deutschland 2018* (4. World Vision Kinderstudie). Beltz

Verfasserin

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kirsten Schlegel-Matthies

Institut für Ernährung, Konsum und Gesundheit

Department Sport & Gesundheit

Fakultät für Naturwissenschaften der Universität Paderborn

Warburger Str. 100

D-33098 Paderborn

E-Mail: kirsten.schlegel-matthies@upb.de

Internet: <http://sug.uni-paderborn.de/ekg/fd/>

Regine Bigga

Ressourcen – Gesundheit zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Verantwortung

Die Herstellung und Aufrechterhaltung von Gesundheit und Wohlergehen wird in vielen Diskursen als alleinige Aufgabe des Individuums angesehen. Die Ressource Gesundheit hängt vom individuellem Verhalten ab, aber auch von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Es wird der Frage nachgegangen, welche äußeren Bedingungen sich negativ oder positiv auf die Bildung der Ressource Gesundheit auswirken.

Schlüsselwörter: Gesundheit, Arbeitsbedingungen, nachhaltige Stadtentwicklung, Migration und Digitalisierung

Resources – the health between self-reliance and social responsibility

In many discourses, the production and maintenance of health and well-being are seen as the sole responsibility of the individual. Health as a resource depends on individual behaviour, but also societal conditions. The question is examined, which external conditions have a negative or positive effect on the formation of health as a resource.

Keywords: health, working conditions, sustainable urban development, migration and digitalization

1 Gesundheit als Ressource

In der alltäglichen Lebensführung wird Gesundheit von den Menschen selbst geschaffen. Gesundheit als Ressource wird aber ebenso durch die Rahmenbedingungen einer jeweiligen Gesellschaft hergestellt, erhalten oder auch beeinträchtigt. Klaus Hurrelmann und Matthias Richter definieren Gesundheit als

den Zustand des Wohlbefindens einer Person, der gegeben ist, wenn diese Person sich psychisch und sozial in Einklang mit den Möglichkeiten und Zielvorstellungen und den jeweils gegebenen äußeren Lebensbedingungen befindet. Gesundheit ist das Stadium des Gleichgewichts von Risikofaktoren und Schutzfaktoren, das eintritt, wenn einem Menschen eine Bewältigung sowohl der inneren (körperlichen und psychischen) als auch äußeren (sozialen und materiellen) Anforderungen gelingt. Gesundheit ist ein Stadium, das einem Menschen Wohlbefinden und Lebensfreude vermittelt. (Hurrelmann & Richter, 2013, S. 147)

Das Recht auf Gesundheit, gute Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen in einer demokratischen Gesellschaft ohne sexistische oder rassistische Diskriminierung findet sich in vielen internationalen Vereinbarungen (UN Menschenrechtscharta, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland oder Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für die Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft). Deutlich wird an diesen Vereinbarungen, dass in den jeweiligen Gesellschaften viele Politikbereiche gefordert sind, um diese weitgesteckten Ziele zu erreichen, die für ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters unerlässlich sind.

Gesundheit als Ressource ist abhängig von den materiellen und immateriellen Ressourcen (Humanvermögen), über die ein Haushalt verfügt oder auch nicht. Die personalen Ressourcen (Eigenschaften und Kompetenzen einer Person, wie Bildung, Kohärenzgefühl, Arbeitsvermögen, Lebenseinstellung, Umgang mit Zeit, Haushaltsführungskompetenz, usw.) sind wiederum notwendig, um Gesundheit als Ressource auszubilden. Damit Gesundheit als Ressource ausgebildet werden kann, sind wiederum soziale Ressourcen notwendig, die von anderen Menschen und deren Unterstützung (Familie, Freunde, Netzwerke) abhängen (Schlegel-Matthies & Methfessel, 2009, S. 3 f.). Während der Covid-19-Pandemie sind dies zum Beispiel Menschen aus der Nachbarschaft, die sich verantwortlich für andere fühlen und deshalb für einen Haushalt einkaufen, der in Quarantäne ist oder dessen Mitglieder an Covid-19 erkrankt sind. Ohne Lebensmittel oder auch emotionale Unterstützung wird die Wiederherstellung der Ressource Gesundheit weniger gut gelingen.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) beabsichtigt die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung durch verschiedene Aktivitäten zu stärken, u. a. über das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention und seit 2020 mit dem „Nationalen Gesundheitsportal“. „Gesundheitskompetenz bzw. Health Literacy“ umfasst das Wissen, die Motivation und die Fähigkeiten von Menschen, relevante Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen, zu beurteilen und im Alltag anzuwenden. Gesundheitskompetenz ermöglicht es, sich im Gesundheitssystem zurechtzufinden und gesundheitsprägende soziale Lebensbedingungen (zu Hause, im Wohnumfeld, am Arbeitsplatz in der Gesellschaft) zu identifizieren. Sie spielt bei der Gesunderhaltung und Krankheitsbewältigung eine wichtige Rolle (vgl. BMG).

In der öffentlichen Diskussion wird in erster Linie den Akteurinnen und Akteuren im Haushalt häufig allein die Verantwortung für „ihre“ Gesundheit zugeschrieben. Haushalte sollen ihren Lebensstil gesundheitsförderlich(er) gestalten, um die Ressource Gesundheit zu entfalten. Was als „richtiges“ Verhalten angesehen wird, wird von den gelebten gesundheitlichen Leitbildern und Lebensstilen der gesellschaftlichen Mittel- und Oberschicht bestimmt, die in den Institutionen des Gesundheitswesens tätig sind (Häußler, 2015, S. 36 f.). Vorrangig wird an die Akteur:innen im Haushalt appelliert etwas an „ihrem“ Ernährungs- und Bewegungsverhalten und an „ihrem“ Gewicht“ zu ändern, um insbesondere ernäh-

rungsmitbedingte Erkrankungen zu verhindern oder eine Besserung herbeizuführen (Hauner 2016).

Das sog. Fehlverhalten wird zum Teil auf mangelndes Wissen oder einen unreflektierten Lebensstil der Individuen zurückgeführt. Konkrete Hinweise zur Verhältnisprävention in Betrieben, Kommunen etc. oder einer veränderten Gesetzgebung fehlen zumeist.

DGE, Krankenkassen, die BZgA, Initiativen und Projekte, versuchen daher über gedruckte Informationsmaterialien oder über Internetportale diese Wissenslücken zu füllen. Die Informationsmaterialien sind häufig jedoch nicht barrierefrei, denn die Empfehlungen und Ratschläge orientieren sich zumeist an einem „traditionell deutschen, bürgerlichen Milieu“.

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplan In FORM wurden Materialien entwickelt, um insbesondere Menschen mit Diabetes TYP II, mit Übergewicht oder mit Erkrankungen, die durch Bewegungsmangel mitverursacht wurden, zu erreichen. Damit Menschen in ihrem alltäglichen Verhalten zu Veränderungen angeregt und unterstützt werden, wurden Kurse und Informationsangebote für entsprechende Zielgruppen entwickelt. Die Förderung eines „gesunden Lebensstils“ wird dabei als wichtige Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen gesehen (u. a. In FORM). Die Informationsbroschüren und Angebote auf Internet-Portalen sprechen jedoch hauptsächlich bildungsaffine Haushalte der Mittelschicht an. Über entsprechende Projektmittel wurden auch Kurse und Programme für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene angeboten. Diese Art von Unterstützungen kann auch weiterhin über das Präventionsgesetz finanziert und angeboten werden (Bundestag, 2016).

Es geht in vielen Projekten und Aktionen im Wesentlichen um die Unterstützung des individuellen Verhaltens. „Gesundheit ist zwar vom Individuum erlebbar, sie ist aber keineswegs nur ein individuelles Phänomen; sie wird nicht nur subjektiv hergestellt, sondern auch sozial bestimmt“ (Faltermaier, 2020). In der gesundheitswissenschaftlichen Diskussion wird darauf verwiesen, dass die Ressource Gesundheit hergestellt werden kann, wenn Individuen ihr Verhalten ändern oder ihre eigenen Ressourcen besser nutzen. Aber auf der anderen Seite müssen ebenso krankmachende gesellschaftliche Verhältnisse betrachtet und verändert werden (Wilkinson und Pickett, 2009; Wippermann, 2011; Ohlbrecht, 2010; Hurrelmann, 2010; Raacke, 2014). Studien weisen darauf hin, je höher der sozioökonomische Status ist, desto höher ist die Lebenserwartung und desto geringer der Grad an Erkrankungen im Vergleich zu Menschen mit einem schlechten sozioökonomischen Status (RKI, 2015; Bartig et al., 2021, S. 58 ff.). Im Sinne der Herstellung von Gerechtigkeit sollten Maßnahmen entwickelt werden, soziale Ungleichheit zu vermindern.

Arbeitsbedingungen oder eine wenig nachhaltige Stadtentwicklung mit Lärm- und Luftverschmutzung nehmen von außen Einfluss auf die Gesundheit und sind

kaum durch individuelles Verhalten zu verändern, sondern nur durch gesetzliche Regelungen zum Umwelt- oder Arbeitsschutz (Dragano, 2016; Fehr, 2020).

Im ersten Bericht zum Gesundheitsstatus Schwarzer Menschen in Deutschland, dem sog. Afrozensus, wurde festgestellt, dass ihre medizinische Versorgung schlechter ist als die von weißen Menschen in Deutschland. Der Afrozensus kommt zum Schluss, dass bei 15 Prozent der Befragten eine Inanspruchnahme medizinischer Versorgung nicht erfolgt, aufgrund hoher struktureller Zugangsbarrieren und rassistischer Erfahrungen mit Akteurinnen und Akteuren im Gesundheitssystem (Aikins et al., 2021, S. 151 f.). Insgesamt sind Menschen mit Migrationserfahrung z. T. mit einem wenig kultursensiblen Gesundheitssystem konfrontiert (BZgA, 2016).

Viele Menschen haben zugleich aufgrund eines mangelnden kulturellen und / oder ökonomischen Kapitals einen eingeschränkten Zugang zu digitalen Angeboten, die einen Beitrag zur Aufrechterhaltung oder zur Stärkung ihrer Gesundheit liefern.

Im Folgenden soll daher aufgezeigt werden, wie sich die gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf die Gesundheit der Menschen im Haushalt auswirken und welche Konsequenzen dies für die Individuen hat, aber auch welche Anforderungen sich daraus für gesellschaftliches Handeln ergeben.

2 Arbeitsleben und Gesundheit

Ein Großteil der materiellen Ressourcen der Haushalte wird über Erwerbsarbeit generiert. Erwerbsarbeit sichert nicht nur den Lebensunterhalt und eröffnet Möglichkeiten der Lebensgestaltung und der gesellschaftlichen Teilhabe. Erwerbsarbeit gibt den Haushalten auch Zeitstrukturen vor, die sich positiv, aber auch negativ auf ihre Gesundheit auswirken können. Beschäftigungsunsicherheit, unangemessenes Einkommen, eine zu geringe Rente oder das Wissen um eine ungerechte Entlohnung, wenn an gleicher Stelle neben festangestellten Beschäftigten, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter oder Werkvertragsarbeitsnehmerinnen und -arbeitnehmer tätig sind, können krank machen und Lebenschancen schmälern.

Zeitstrukturen sind einerseits für viele Menschen zentral, um zu einer gelingenden Lebensführung zu kommen. Auf der anderen Seite können lange oder ungünstige Arbeitszeiten zu Erkrankungen führen. Zeit- und Leistungsdruck, Doppelbelastung durch Beruf und Alltag werden von Berufstätigen als Stressfaktoren genannt. Personen, die Bewältigungsstrategien entwickelt und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten haben, können mit Stress in der Regel besser umgehen. In der Arbeitsmedizin werden verhältnispräventive Maßnahmen (veränderte Arbeitsorganisation) und verhaltenspräventive Maßnahmen (Methoden der Stressbewältigung, Konfliktlösungsstrategien) empfohlen (Habermann-Horstmeier et al., 2021, S. 360 ff.). Nach einer Studie der Österreichischen Arbeiterkammer nehmen 18 Prozent

der gestressten Beschäftigten Aufputsch- oder Beruhigungsmittel, bei denjenigen ohne Zeitstress sind es neun Prozent (Arbeiterkammer Oberösterreich, 2020).

Beschäftigte mit überlangen Arbeitszeiten und Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen sehen sich in ihrem persönlichen Wohlbefinden beeinträchtigt und beschreiben ihre Work-Life-Balance als mittel bis schlecht. Diesen Beschäftigten fehlt häufig die Zeit, um soziale Netzwerke zu pflegen (z. B. die Teilnahme an einem Fest), Freizeitaktivitäten und Hobbys mit anderen zu gestalten oder an Sportangeboten teilzunehmen, die der Stärkung der Gesundheit dienen. Erwerbsarbeit wiederum ermöglicht soziale Kontakte, die sich positiv auf die Festigung der Ressource Gesundheit auswirken können.

Die Gestaltung der Arbeitswelt hat einen wesentlichen Einfluss auf die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Dragano, 2016). Nicht jede Belastung wirkt sich negativ auf Gesundheit aus. Risiken für die Gesundheit der Einzelnen entstehen dann, wenn technische oder organisatorische Maßnahmen am Arbeitsplatz nicht ausreichen und die körperlichen und psychischen Belastungsgrenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überschritten wird (RKI, 2015, S. 158; Techniker Krankenkasse, 2020, S. 72).

Ein Teil der Erkrankungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder sogar ein vorzeitiger Tod von Beschäftigten sind auf Berufskrankheiten (z. B. Lärmschwerhörigkeit, Hautkrebs berufsbedingt), arbeitsassoziierte Erkrankungen (Kopfschmerzen, Rückenprobleme, Erkrankungen am Bewegungsapparat durch die Arbeitsplatzgestaltung im Betrieb, z. B. an der Kasse oder am Computer, Überforderung und Stress mit Stressfolgeerkrankungen, psychosoziale Erkrankungen), Arbeits- und Wegeunfälle sowie auf die Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz zurückzuführen (Dragano, 2016; Habermann-Horstmeier et al., 2021).

Die Gestaltung des Arbeitslebens und die Bedingungen am Arbeitsplatz haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Im 19. und 20. Jahrhundert führten schwere körperliche Arbeit, Umgang mit Schadstoffen, Lärm, überlange Arbeitszeiten, wenig oder gar kein Arbeitsschutz zu Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten oder arbeitsassoziierten Krankheiten. Über sozialpolitische (Kompensation von Einkommensverlusten infolge von Krankheiten) und gewerkschaftliche Aktivitäten veränderten sich die Länge des Arbeitstages und die Wochenarbeitszeit sowie die Zeiten zur Erholung. Gleiches gilt für die Bedingungen am Arbeitsplatz selbst durch Einführung von mehr Arbeitsschutz (Ergonomische Gestaltung des Arbeitsplatzes, Lärmschutz).

Umweltpolitische Maßnahmen, wie Grenzwerte für die Einleitung von Schadstoffen in Wasser, Boden und Luft, führten dazu, dass Arbeitsprozesse in den Betrieben anders organisiert werden mussten. Als ein Beispiel kann der Umgang mit Azofarbstoffen angeführt werden. Azofarbstoffe wurden zum Einfärben verschiedener Bedarfsgegenstände und Textilien genutzt. Die Verwendung von Azofarbstoffen, die als toxisch bzw. krebserzeugend eingestuft werden, ist mittlerweile in Europa und in Deutschland durch die Bedarfsgegenstände-Verordnung verboten.

Trotzdem wird bei Kontrollen immer wieder festgestellt, dass Produkte Azofarbstoffe enthalten, die außerhalb Europas produziert wurden und auf den deutschen Markt kommen. An diesem Beispiel wird deutlich, dass erst die Festsetzung von Grenzwerten über Verordnungen oder Gesetze zur Entwicklung weniger gesundheitsbeeinträchtigender Verfahren in der Produktion führt, die letztendlich weniger gesundheitliche Bedrohungen für Beschäftigte sowie für Verbraucherinnen und Verbraucher mit sich bringen.

Muskel-Skeletterkrankungen werden häufig allein darauf zurückgeführt, dass sich die Menschen in unserer Gesellschaft zu wenig bewegen. Jedoch üben immer mehr Beschäftigte eine zunehmend einseitig sitzende Tätigkeit aus oder arbeiten in mechanischen Zwangshaltungen, beides ist vielfach ursächlich für Muskel-Skeletterkrankungen (Hartman 2010). Eine individuelle Verantwortung dafür tragen die Akteur:innen also nur bedingt.

In größeren Betrieben und Institutionen haben sich in den letzten Jahren ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine betriebliche Gesundheitsförderung entwickelt, um Menschen direkt am Arbeitsplatz in ihrer Gesundheit zu stärken. So können zum Beispiel Beschäftigte an Universitäten in der Mittagszeit ein Sportangebot buchen, dieses Angebot besteht jedoch nicht für das Reinigungspersonal der Universität, das über Fremdfirma beschäftigt wird, um Kosten zu sparen. Mit anderen Worten, betriebliche Angebote zur Gesundheitsförderung erreichen zumeist Menschen in unsicheren und prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht.

Bei der Befragung des DGB zur „Guten Arbeit“ geben 43 Prozent der Befragten an, dass die Arbeitsintensität sehr zugenommen hat und nur 31 Prozent sagen aus, dass es nicht zu einer Zunahme gekommen ist (DGB, 2017). Technisierung, Digitalisierung sowie gestiegene psychosozialen Arbeitsanforderungen und Belastungen (Arbeitsverdichtung und Entgrenzung von Arbeit) haben in den letzten Jahren zu Fehlzeiten aufgrund psychischer Belastungen und in manchen Fällen schlussendlich zu Erwerbsminderungsrenten geführt (RKI, 2015).

Menschen mit Gesundheitsproblemen haben größere Schwierigkeiten, an ihrem Arbeitsplatz zu verbleiben oder einen neuen zu finden. Personen, die erwerbslos oder von Erwerbslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit sind bedroht sind, fühlen sich häufig stressbelastet und weisen ein deutlich höheres Risiko für psychische Erkrankungen auf als erwerbstätige Männer und Frauen in ungefährdeten Beschäftigungsverhältnissen (RKI, 2015, S.149 ff. u. S. 166).

Um gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen auf der betrieblichen Ebene mitzugestalten, benötigen Beschäftigte Wissen über Präventionsangebote sowie Wissen über die Reduktion psychischer und körperlicher Belastungen am Arbeitsplatz. Damit sie die Ressource Gesundheit am Arbeitsplatz stärken und nicht beeinträchtigen, benötigen sie außerdem soziale und fachliche Kompetenzen, um ihre Interessen gegenüber dem Arbeitsgeber selbst zu vertreten, oder Kenntnisse über Institutionen (Betriebsrat, Gewerkschaften, Gleichstellungsbüros, Antidiskriminie-

rungsstellen etc.), die sie ggf. bei der Umsetzung ihrer Rechte unterstützen oder bei einer beruflichen Umorientierung stärken (Ohlbrecht, 2018, S. 147).

3 Luftverschmutzung

Die viertgrößte gesundheitliche Belastung sind Atemwegsbelastungen, die durch Stickoxide und Feinstäube (PM₁₀, PM_{2,5}) hervorgerufen werden. Verantwortlich für die Produktion der Belastung sind Industrie, Landwirtschaft, Straßenverkehr, Müllverbrennung und Energiegewinnung. PM_{2,5} kann zu Arteriosklerose führen, Geburten beeinträchtigen, bei Kindern Atemwegserkrankungen auslösen und letztendlich auch zu Lungenkrebs führen (WHO und Europäische Kommission, 2013). In Deutschland sterben ungefähr 70.000 Menschen jährlich vorzeitig in Folge von Luftverschmutzungen.

Luftverschmutzungen beeinflussen das vegetative Nervensystem, lösen oxidativen Stress sowie lokale Entzündungen in den Atemwegen aus und können zu Herzinfarkten und Schlaganfällen führen. Studien zeigen auch, dass die Entstehung von Krebs oder ein Diabetes mellitus durch Luftverschmutzung begünstigt wird. Kinder, die an stark befahrenen Straßen leben, erkranken häufig an Asthma bronchiale (Künzli et al., 2021, 314 f.). Alle diese Erkrankungen führen zu einer verkürzten Lebenserwartung und belasten das Gesundheitssystem (Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte) sowie die Solidargemeinschaft.

Tab. 1: Grenzwerte Luftverschmutzung (Quelle: Tagesschau vom 22.09.2021)

Neue WHO Leitlinien (Jahresmittel-Werte)			
Luftschadstoff	WHO 2005	WHO 2021	EU-Grenzwert
Stickstoffdioxid	40 µg/m ³	10 µg/m ³	40 µg/m ³
PM _{2,5} -Feinstaub	10 µg/m ³	5 µg/m ³	25 µg/m ³
PM ₁₀ -Feinstaub	20 µg/m ³	15 µg/m ³	40 µg/m ³

Die Luftqualität in Deutschland hat sich in den letzten Jahren zwar aufgrund der Grenzwertvorgaben der EU verbessert, doch die aktuell gültigen Grenzwerte sind noch zu hoch. Die WHO hat 2021 neue Grenzwerte vorgeschlagen, wie sie auch von Umweltverbänden und Gesundheitswissenschaftler:innen gefordert werden. Maximal fünf Mikrogramm PM pro Kubikmeter sind gesundheitlich vertretbar, so die WHO 2021 (vgl. Tab. 1). In Deutschland wird dieser Wert nur in wenigen Regionen (Teile von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und bundesweit in einigen Gemeinden) nicht überschritten (Messdaten zu Feinstäuben auf der Seite der Kachelmann Wetter GmbH).

Nur in engen Grenzen können die Akteur:innen im Haushalt durch ein verändertes Konsum- und Mobilitätsverhalten zur Reduktion der Luftverschmutzung beitragen. Verhaltensänderungen sind zum Teil nicht möglich, weil Mieter:innen

zum Beispiel wenig Einfluss auf die Wärmeisolierung von Wohnhäusern haben. Die Reduktion von privaten PKW-Fahrten ist in ländlichen Regionen für viele Menschen nicht realisierbar, weil es keine funktionierende Infrastruktur für einen umweltverträglichen öffentlichen Nahverkehr gibt oder Arbeitszeiten vor der Inbetriebnahme von Bussen und Bahnen liegen. Eine differenziertere Betrachtung des Themas Mobilität ist in der öffentlichen Diskussion auch darum dringend geboten. Der Bundestag sollte möglichst schnell eine bessere Luftreinhaltepolitik und neue Grenzwerte gemäß der WHO-Vorgaben beschließen. Neben einer Reduktion der Schadstoffemissionen bedarf es darüber hinaus einer veränderten Verkehrspolitik, die zu einer Reduzierung des Straßenverkehrs führt. Ein Ergebnis könnte die Steigerung der Lebensqualität durch Verbesserung der Luftqualität und Verminderung von Lärmbelästigung in vielen Wohnquartieren sein, in denen insbesondere Menschen in armutsgefährdeten oder armen Haushalten leben (Künzli et al., 2021, S. 318).

4 Lärmbelastung

Leben mit Lärm hat einen wesentlichen Einfluss auf die Gesundheit jeder einzelnen Person. Ab 40 Dezibel (dB) können Lärm- und Konzentrationsstörungen auftreten. Bei dauerhaftem Lärm von 50 dB besteht zudem das Risiko einer Herz- und Kreislauf-Erkrankung.

An Hauptverkehrsstraßen wird nachts häufig eine krankmachende Belastung von 60 dB erreicht, in ruhigen Wohnstraßen sind es nur 40 dB. Manipulierte Fahrzeuge erreichen sogar bis zu 100 dB und werden als unerträglicher Lärm wahrgenommen.

Am Arbeitsplatz findet sich Lärm sowohl an Produktionsarbeitsplätzen als auch an Dienstleistungsarbeitsplätzen. In Studien wurde festgestellt, dass z. B. in Kindertagesstätten regelmäßig eine Lärmbelästigung von über 100 dB messbar ist. In der Arbeitsschutzverordnung wird ab 85 dB von einem Schädigungsbereich gesprochen, der zur dauerhaften Gefährdung des Gehörs führt (Claßen, 2013; Rööslü et al., 2021). An Produktionsarbeitsplätzen muss daher ein Gehörschutz getragen werden. Lärm in Kindertageseinrichtungen lässt sich im Wesentlichen nur durch bau- und raumakustische Maßnahmen im Innenraum, organisatorische (Lärmpausen oder weniger Kinder pro Raum) und pädagogische Maßnahmen begegnen, die vom Arbeitgeber umzusetzen sind.

Das Umweltbundesamt stellte fest, dass der motorisierte Verkehr auf Straßen, Schienen und in der Luft neben Industrielärm und Nachbarschaftslärm die größte Lärmquelle ist. Lärm ist außerdem eine häufige Ursache von Nachbarschaftsstreitigkeiten.

Die Auswirkungen des Umgebungslärms sind zumeist Schlafstörungen. Damit sich Menschen gut regenerieren können, bedarf es ungestörten Schlafes. Umge-

bungslärm beeinflusst jedoch die Schlafqualität, d. h., die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit kann nur bedingt über Nacht wiederhergestellt werden. Kinder, die dauerhaftem Lärm ausgesetzt sind, leiden sehr häufig an Konzentrationsproblemen (Rööslı et al., 2021, S. 339). Studien zeigen einen „Zusammenhang zwischen der Lärmbelastung am Wohnort und dem Risiko, einen Diabetes mellitus zu entwickeln“ (ebd.).

Lärmbelastung muss zuallererst an den Entstehungsorten durch technische oder organisatorische Maßnahmen verhindert werden. Haushalte können dies z. B. beim Kauf von elektrischen Geräten berücksichtigen. So entsteht unnötiger Nachbarschaftslärm durch die Nutzung von Rasenmähern oder Laubbläsern (i. d. R. eine Lärmbelastung von über 100 dB), die zumeist die Lärmgrenzwerte nach der "Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung" überschreiten. Haushalte sollten beim Kauf daher auf den Schalleistungspegel (LWA) achten. Eine bessere öffentliche Information hinsichtlich der Lärmbelastung durch Konsumgüter steht noch aus.

Umgebungslärm kann in der Regel nur durch entsprechende gesetzliche Richtwerte und Lärmschutzverordnungen reduziert werden. Besonders muss die Lärmbelastung durch Verkehrslärm eingeschränkt werden.

5 Nachhaltige Stadtentwicklung und Gesundheit

Wohnen bietet den Rahmen zur Erfüllung der Haushaltsfunktionen und für die alltägliche Lebensführung (Leicht-Eckardt, 2003). Das Grundrecht auf Wohnen wird für viele Menschen jedoch immer schwerer realisierbar. Bundesweit sind insbesondere in innerstädtischen Quartieren die Mieten im letzten Jahrzehnt überproportional gestiegen, sodass viele Haushalte gezwungen sind, entweder sehr beengt zu leben oder an den Stadtrand bzw. in das ländliche Umland zu ziehen. Damit sind dann wieder Belastungen durch zusätzliche Mobilität verbunden.

Wollen Städte ein gesundheitsförderliches Leben für alle Bewohnerinnen und Bewohner schaffen, ist mehr soziale Gerechtigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie gesellschaftliche Partizipation notwendig. Diese Forderung entspricht dem 11. Ziel der Agenda 2030: „Nachhaltige Städte und Gemeinden schaffen. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher widerstandsfähig und nachhaltig machen“ (BMZ).

In der Gesundheitspolitik des Bundes sowie der Städte und Gemeinden wird bislang zu wenig der Zusammenhang zwischen Stadt- und Raumentwicklung und Gesundheit gesehen. Damit eine gesundheitsförderliche Lebensweise entwickelt werden kann, müssen Städte dem unterschiedlichen gesundheitsbezogenen Unterstützungsbedarf der dort lebenden Menschen in den verschiedenen sozialen Milieus, Altersgruppen sowie Lebensphasen und Lebenslagen gerecht werden. Es geht um die Bereitstellung von medizinischer Versorgung, Gesundheitsschutz, Prävention und Gesundheitsförderung im Gesundheitssektor sowie Steuerung der gesund-

heitsrelevanten Strukturen und Prozesse außerhalb des Gesundheitssektors. Die Ressource Gesundheit kann gestärkt werden durch (Fehr, 2020):

- städtebauliche Planungen hinsichtlich Wohnungsbau
- Verhinderung von Gentrifizierung
- raumplanerische Planung hinsichtlich öffentlicher Plätze – Grünflächen – Wasser – Treffpunkte zur Freizeitgestaltung und Erholung, Orte zum Spielen und Bewegen von Kindern und Jugendlichen in der Stadt und auf dem Land
- städtischen Umweltschutz
- Verkehrsplanung
- Aktivitäten zur Reduktion von Luftverschmutzung
- Beseitigung oder Reduktion von Lärmquellen
- Soziale Arbeit (Obdachlosen- und Flüchtlingshilfe, Frauenhäuser)

Auf der Ebene der Verhältnisprävention kommt sowohl der Kommunalpolitik als auch der Bundespolitik eine wichtige Rolle zu, da sie bei der Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten im Zuge gesundheitsfördernder Daseinsvorsorge steuernd und gestaltend in Prozesse eingreift und bestenfalls die Bürgerinnen und Bürger in Gestaltungsprozesse einbindet (AGGSE, 2020).

6 Kulturelle Diversität sehen

In der Bundesrepublik Deutschland hatten im Jahr 2020 laut Statistischem Bundesamt 21,9 Millionen Menschen und somit 26,7 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt, o. D.). Hierbei handelt es sich allerdings nicht um eine homogene Gruppe hinsichtlich sozialer Lage und Lebensstil. Vielmehr hat ein Teil der Personen direkte Migrationserfahrung und der andere Teil hat keine eigene Migrationserfahrung. In diesem Viertel der Bevölkerung finden sich außerdem unterschiedliche soziale Milieus mit unterschiedlichem ökonomischen und kulturellem Kapital.

Im Gesundheitswesen, in der medizinischen und pflegerischen Versorgung ist diese Gruppe in den letzten Jahrzehnten kaum gesehen worden (BZgA, 2016). Erst in den letzten Jahren entwickelt sich ein Problembewusstsein, dass es mögliche Zugangsbarrieren für Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zum Gesundheitssystem geben kann, weil es sprachliche Barrieren gibt oder Kenntnisse über das Gesundheitssystem fehlen. In Integrationskursen werden Informationen zum Gesundheitssystem gegeben. Das Bundesministerium für Gesundheit hat in den letzten Jahren auf den demographischen Wandel reagiert und das Internetportal „Migration und Gesundheit“ (<https://www.migration-gesundheit.bund.de>) eingerichtet. Hier finden sich mehrsprachige Informationen zur COVID-19-Pandemie, zum Gesundheitswesen in Deutschland, zu Leistungen der Kranken- und Pflege-

versicherung sowie Informationen zu Sucht und Drogen. Das Material unterstützt insbesondere die Arbeit von Multiplikator:innen in Beratungsstellen.

Eine kultursensible Aus- und Weiterbildung des medizinischen und pflegerischen Personals findet bislang aber kaum statt, wenngleich erste Ansätze zu Veränderungen zu verzeichnen sind (BZgA, 2016). Diskriminierendes und rassistisches Verhalten von Personal im Gesundheitswesen ist leider zu beklagen, es wirkt sich zusätzlich negativ auf die Gesundheit der davon betroffenen Personen aus (Aikins et al., 2021).

Besondere psychische Belastungen, denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausgesetzt sind, weil sie nicht über einen gesicherten Aufenthaltstitel verfügen oder Verwandte (Eltern, Partner oder Partnerinnen, Großeltern) keine Besuchsvisa erhalten, werden von Lehrkräften oder medizinischem Personal häufig nicht gesehen, ebenso Diskriminierungserfahrungen oder Alltagsrassismus (Mehl et al., 2021). Es ist belastend, nicht zu wissen, wie es der Schwester in Afghanistan geht, die eine talibankritische Haltung hat, oder Freund:innen, die nicht mehr die Schule oder Universität besuchen dürfen. Für Lehrkräfte heißt es deshalb, genau zu überlegen, ob Annahmen und Sätze im Unterricht wie, „wir haben keine Kriegs- und Fluchterfahrungen wie unsere Vorfahren“ von einigen Lernenden nicht als Verletzung empfunden werden. Weitere Faktoren, welche die psychische Gesundheit beeinflussen können, sind:

- Sich nicht in einem neuen Land mit einer „fremden“ Kultur auszukennen
- Traumatische Erfahrungen im Herkunftsland oder auf der Flucht
- Belastungen durch Entwurzelung
- Trennung von der Familie oder dem Partner/der Partnerin
- Konfrontation eigener kultureller Werte mit denen des Ziellandes
- Stress durch den Akkulturationsprozess
- wirtschaftliche und finanzielle Belastungen
- Unsicherheiten hinsichtlich der Lebensbedingungen, der Wohnverhältnisse
- Stigmatisierungen (Mehl et al., 2020).

Stress, der durch die Anpassung an einen neuen kulturellen Kontext entsteht, ist geringer, wenn Personen „sowohl die (eigene) Identität bewahren können als auch intensiven Kontakt zu Angehörigen anderer Kulturen pflegen (Integration)“ (Gröschke, 2020, S. 12).

Migrations- und Fluchterfahrungen haben jedoch nicht unbedingt nur negative Auswirkungen auf die Gesundheit, sie können sich auch positiv auf die Gesundheit auswirken, wenn die Erfahrung, widrige Lebensumstände mit Entschlossenheit und dem Glauben an die eigene innere Stärke und Widerstandskraft bewältigt zu haben, als Ausdruck von Resilienz wahrgenommen wird (Gröschke, 2020; Mehl et al., 2020). Mehl et al. (2020, S. 12) sprechen sich dafür aus, „migrierten und geflüchte-

ten Personen gegenüber eine ressourcen- statt defizitorientierte Haltung einzunehmen“.

7 Digitalisierung als Chance und als Barriere

Immer mehr Gesundheitsdienstleistungen werden über Angebote im Internet geregelt, sei es die Corona-Warnapp, der Nachweis über den Impfstatus, die Buchung eines Termins bei einem Impfzentrum oder einer Praxis sowie die elektronische Patientenakte. Damit dies für die betroffenen Personen überhaupt bzw. gut gelingen kann, sind materielle Ressourcen notwendig, um entsprechende elektronischen Endgeräte zu erwerben und zu unterhalten. Darüber hinaus ist Wissen erforderlich, um diese Geräte zu bedienen, Informationen zu bewerten und letztendlich Entscheidungen bezüglich der eigenen Gesundheit zu treffen.

Gruppen, die nicht über die dafür notwendigen Ressourcen verfügen, werden zunehmend hinsichtlich ihrer Gesundheit benachteiligt. Auf der Verhältnisebene ist hier zu überlegen, wie dem Ausschluss dieser Menschen begegnet werden kann, sei es über materielle Angebote oder über entsprechende Bildung.

Personen, die über die dafür erforderlichen Kenntnisse verfügen, können sich über Internetportale, z. B. BMG, Krankenkassen oder Selbsthilfegruppen, informieren und somit Entscheidungen bezüglich ihrer Gesundheit reflektierter treffen. Da viele Angebote nicht barrierefrei sind und eine Grundvoraussetzung die Beherrschung der deutschen Schriftsprache ist, sind jedoch viele Menschen in der Gesellschaft von diesen Informationsangeboten abgekoppelt. Auf den Seiten des BMG finden sich mittlerweile auch Informationen in leichter Sprache oder in Fremdsprachen, die Beratungsstellen in ihrer Arbeit unterstützen können. Nur informierte Personen können sicher Entscheidungen hinsichtlich ihrer Gesundheit treffen. Das BMG hat bei einer Befragung festgestellt, dass sich 76 Prozent der Befragten über Broschüren von Krankenkassen informieren und rund 69 Prozent der Befragten im Internet nach Informationen suchen. Je jünger die Altersgruppe, desto mehr Informationen werden im Internet gesucht (RKI, 2019).

Ein reflektierter Umgang mit Informationen zu Gesundheit ist daher unabdingbar für eine gerechte Gesellschaft. Wohin Desinformation über unreflektierte Mediennutzung führt, lässt sich in der aktuellen COVID-19-Pandemie beobachten.

8 Fazit

Haushaltsbezogene Bildung ist geeignet, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit sowie Eigenverantwortlichkeit der Einzelnen zu stärken (Thiele-Wittig 2003). Dies bedeutet jedoch nicht, dass Gesundheit als Ressource in der alleinigen Verantwortung der Individuen liegt. Die KMK-Empfehlung zur Gesundheitsförderung greift zu kurz, da hier eher die individuelle Verantwortlichkeit in der Herausbil-

derung von Gesundheit gesehen wird, indem gesundheitsbewusste Menschen Verantwortung für ihre eigene physische, psychische und mentale Gesundheit übernehmen sollen (KMK, 2012, S. 2). Die Befähigung zur Verantwortungsübernahme für die eigene Gesundheit ist zwar Bestandteil der Allgemeinbildung, die auf Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidaritätsfähigkeit abzielt (Klafki, 1985). Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Stärkung, Verhinderung oder Herausbildung der Ressource Gesundheit müssen aber ebenso Gegenstand der schulischen Gesundheitsbildung sein. Eine Thematisierung der Verhältnisdimension von Gesundheit kann gut über Nachhaltigkeitsthemen erreicht werden.

Schule hat den Auftrag dazu beizutragen, dass Lernende die notwendigen Kenntnisse und Kompetenzen erlangen, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft mitzugestalten, dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den sogenannten 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals) in einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (Deutsche UNESCO Kommission und BMBF, 2021).

Im Kontext schulischer haushaltsbezogener Bildung sind Kompetenzen anzubahnen, die mit dazu beitragen, dass Lernende Gesundheitsnormen und ihre soziale Verortung erkennen und reflektieren können (Häußler, 2015, S. 39). Damit Schülerinnen und Schüler gesundheitsförderliche Handlungsoptionen herausbilden können, muss Unterricht dazu beitragen, dass die Bedeutung des individuellen Handelns in der Herausbildung und Aufrechterhaltung von Gesundheit erkannt wird. Dabei ist es wichtig zu erkennen, dass Werte über Gesundheit gesellschaftlich konstruiert werden. Um selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können, ist die Befähigung zur Hinterfragung von Werten und Empfehlungen ein zentrales Ziel (Schlegel-Matthies 2015, S. 26).

Die Wiederbelebung des Themas „Wohnen“ bietet für die haushaltsbezogene Bildung eine interessante Chance, um den Zusammenhang von individuellem Haushaltshandeln, materiellen Bedingungen der Haushalte (Erwerbsarbeit: Arbeitsbedingungen und Entlohnung), Gesundheit, gelingende Work-Life-Balance, Freizeitverhalten, Infrastrukturen (Gesundheitsversorgung, Naherholung, Mobilität, städtebauliche und verkehrspolitische Bedingungen, etc.) im Unterricht zu erarbeiten (Leicht-Eckardt 2003).

Wenn die Einflüsse von Arbeitsbedingungen, Diskriminierungen, Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik auf Gesundheit im Unterricht thematisiert werden, können gesellschaftliche Verhältnisse erkennbar und verstehbar werden, kann Empowerment entwickelt und Ohnmachtsgefühlen entgegengewirkt werden. Hierzu gehört, eine gewalt- und diskriminierungsfreie Kommunikation führen zu können, vermeintliche Autoritäten zu hinterfragen, die Bedeutung sozialer Netzwerke zu erkennen, Probleme als Herausforderung zu begreifen und Handlungsfähigkeit über den Umgang mit Problemen zu gewinnen. Ein Beitrag zur Entwicklung von Resilienz kann das problemorientierte Lernen (poL oder problem based learning) bieten. Ausgehend von einer definierten Problemstellung werden

dahinterstehende Probleme identifiziert, Wissen angeeignet und letztendlich Problemlösungen entwickelt.

Literatur

- Aikins, M. A.; Bremberger, T.; Aikins, J. K.; Gyamerah, D. & Yildirim-Caliman, D. (2021). *Afrozensus 2021. Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland*. www.afrozensus.de.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2020). *Der Österreichische Arbeitsklima Index. Viele Beschäftigte greifen wegen zu hoher Arbeitsbelastungen zu Medikamenten*.
https://www.gesundearbeit.at/cms/V02/V02_0.a/1342636326679/home/viele-beschaeftigte-greifen-wegen-zu-hoher-arbeitsbelastungen-zu-medikamenten.
- Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung (AGGSE) (2020). *Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Stadtentwicklung – Fünf Thesen der Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung*. Berlin. <https://difu.de/arbeitsgruppe-gesundheitsfoerdernde-gemeinde-und-stadtentwicklung>.
- Bartig, S., Kalkum, D., Le, H. M. & Lewicki, A. (2021). *Diskriminierungsrisiken und Diskriminierungsschutz im Gesundheitswesen*.
<https://www.antidiskriminierungsstelle.de>.
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG). *Nationaler Aktionsplan Gesundheitskompetenz*.
<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/meldungen/2020/fachtagung-gesundheitskompetenz.html>
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). *SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden*. <https://www.bmz.de/de/agenda-2030/sdg-11>
- Bundestag (2016). *Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention* (Präventionsgesetz – PräVG). www.bundestag.de
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). (Hrsg.) (2016). *Kultursensibilität in der gesundheitlichen Aufklärung – Kulturelle Unterschiede in der Kommunikation: Barrieren, Chancen, Lösungswege. Gesundheitsförderung konkret 23*. BZgA.
- Claßen, T. (2013). *Lärm macht krank – Gesundheitliche Wirkungen von Lärmbelastungen in Städten. Informationen zur Raumentwicklung*, (3), 223-234.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/izr/2013/3/Inhalt/DL_Classen.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Deutsche UNESCO Kommission und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2021). *Berliner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung*.

- <https://www.unesco.de/sites/default/files/2021-05/Berliner%20Erkl%C3%A4rung%20f%C3%BCr%20BNE.pdf>.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2017). *DGB-Index Gute Arbeit. Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland beurteilen*. http://index-gute-arbeit.dgb.de/dgb-index-gute-arbeit/was-ist-der-index_
- Dragano, N. (2016). Arbeit und Gesundheit. In M. Richter & K. Hurrelmann (Hrsg.), *Soziologie von Gesundheit und Krankheit* (S. 167-182). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11010-9_11
- Faltermaier, T. (2020). *Subjektive Gesundheit: Alltagskonzepte von Gesundheit*. BZgA Leitbegriffe. <https://dx.doi.org/10.17623/BZGA:224-i119-2.0>
- Fehr, R. (2020). *Urban health / StadtGesundheit*. BZgA. <https://dx.doi.org/10.17623/BZGA:224-i124-1.0>
- Gröschke, D. 2020. Fähigkeiten und Kompetenzen im Umgang mit Stress in interkulturellen und globalen Settings. In T. Ringeisen, P. Genkova, F. T. L. Leong (Hrsg.), *Handbuch Stress und Kultur* (S. 473-488). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-27825-0_27-1.
- Habermann-Horstmeier, L., Schmid K., Pletscher C. & Klien, C. (2021). Arbeit und Gesundheit. In M. Egger, O. Razum & A. Rieder (Hrsg.), *Public Health Kompakt* (4. Aufl.; S. 343-386). De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110673708-007>
- Hartmann, B. (2010). Arbeitsbezogene Muskel-Skelett-Erkrankungen – eine Herausforderung für die Arbeitsmedizin und Arbeitswissenschaften. *Zbl Arbeitsmed* 60. 366–373. <https://doi.org/10.1007/BF03344315>
- Hauer, H. (2016). S3-Leitlinie: Prävention und Therapie der Adipositas. *Bayerisches Ärzteblatt* 7-8/.344-350. https://www.bayerisches-aerzteblatt.de/fileadmin/aerzteblatt/ausgaben/2016/07/einzelpdf/BAB_7-8_344_350.pdf.
- Häußler, A. (2015). Lässt sich Gesundheit lehren? In *Haushalt in Bildung & Forschung*. 4 (2), 31-42. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v4i2.19495>
- Hurrelmann, K. & Richter, M. (2013). *Gesundheits- und Medizinsoziologie. Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Gesundheitsforschung*. Beltz Juventa.
- Hurrelmann, K. (2010). *Gesundheitssoziologie. Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Theorien von Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung*. Juventa.
- Klafki, W. (1985). *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Beiträge zur kritisch-konstruktiven Didaktik*. Beltz
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2012). *KMK-Empfehlung zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Schule*. https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_11_15-Gesundheitsempfehlung.pdf
- Künzli, N., Hoffmann, B. & Habermann-Horstmeier, L. (2021). Materielle Umwelt und Gesundheit. Luft. In M. Egger, O. Razum & A. Rieder (Hrsg.),

- Public Health Kompakt*. (4. Aufl.; S. 310-320). De Gruyter.
<https://doi.org/10.1515/9783110673708>.
- Leicht-Eckardt, E. (2003). Wohnen – (k)ein Thema in Hauswirtschaft und Haushaltswissenschaft. In Methfessel, B. & Schlegel-Matthies, K. (Hrsg.), *Fokus Haushalt. Beiträge zur Sozioökonomie des Haushalts* (S. 153-162). Schneider.
- Mehl, S.; Gilodi, A. & Albert, I. (2021). Resilienz im Kontext von Migration und Flucht. In T. Ringeisen, P. Genkova, F. T. L. Leong. (Hrsg.), *Handbuch Stress und Kultur* (S.795-809). Springer.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-27825-0_39-1.
- Ohlbrecht, H. (2018): Arbeitswelt und Gesundheit: Ein gesundheitssoziologischer Blick auf die Herausforderungen der Arbeitswelt 4.0. In H. Ohlbrecht, A. & Seltrecht (Hrsg.). *Medizinische Soziologie trifft medizinische Pädagogik* (S. 117-137). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-18816-0_6
- Ohlbrecht, H. (2010): Soziale Exklusionsbedrohung, Armut und Gesundheit in Familien. Zu den veränderten Lebensbedingungen alltäglicher Lebensführung. In H. Ohlbrecht & H. Schönberger (Hrsg.), *Gesundheit als Familienaufgabe. Zum Verhältnis von Autonomie und staatlicher Intervention* (S. 47-67). Juventa.
- Raacke, G. (2014). „Wer früher stirbt, ist selbst schuld!“ – Ein kritischer Blick auf das aktuelle Gesundheitsregime. *Haushalt in Bildung & Forschung*, 3(4), 69-80. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v3i4.17334>
- Robert Koch Institut (RKI) (Hrsg.) (2019). *Sachbericht. Kommunikation und Information im Gesundheitswesen aus Sicht der Bevölkerung. Patientensicherheit und informierte Entscheidung (KomPaS)*. RKI.
https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Praevention/abschlussbericht/2019-08-01_Sachbericht_KomPaS.pdf.
- Robert Koch-Institut (RKI) (Hrsg.) (2015) *Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes*. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis. RKI. <https://www.gbe-bund.de/pdf/gesber2015.pdf>.
- Rööfli, M. Seider, A. & Hutter, H.-P. (2021). Materielle Umwelt und Gesundheit. Lärm. In M. Egger, O. Razum, & A. Rieder (Hrsg.), *Public Health Kompakt* (4. Aufl.; S. 334-342). De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110673708>.
- Schlegel-Matthies, K. (2015). Gesundheit und Selbstverantwortung – Was kann und was sollte gelehrt werden? *Haushalt in Bildung & Forschung*, 4(2), 18-30. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v4i2.19494>
- Schlegel-Matthies, K. & Methfessel, B. (2009). Ressourcen – Vielfalt. Zusammenwirken und Lebensqualität. *Haushalt & Bildung*, 86(2), 21-24.
- Statistisches Bundesamt (destatis) (o. D.). *Migration und Integration*. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html

- Tagesschau (2021). *Grenzwerte für Luftverschmutzung WHO verschärft Empfehlungen massiv*. 22.09.2021. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/who-luftverschmutzung-111.html>.
- Thiele-Wittig, M. (2003). Kompetent im Alltag: Bildung für Haushalt und Familie. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Politik und Zeitgeschichte. Bd. 9 Aktivierende Gesellschaftspolitik*. 3-6. www.bpb.de/apuz/27765/aktivierende-gesellschaftspolitik.
- World Health Organisation (WHO) und EUROPÄISCHE KOMMISSION (2013). *Umwelt: Unlängst nachgewiesene Gesundheitsrisiken der Luftverschmutzung erfordern energischere EU-Politik für Luftqualität*. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_13_72.
- Wilkinson, R. G. & Pickett, K. (2009). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Tolkemitt.
- Wippermann, C. & Möller-Slawinski, H. (2011). Die Studie: Gesundheit und Krankheit im Alltag sozialer Milieus. In Wippermann, C., Arnold, N. Möller-Slawinski, H., Borchard, M. & Marx, P. *Chancengerechtigkeit im Gesundheitssystem*. (S. 25-116). VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92871-5_2

Verfasserin

Regine Bigga

Institut für Ernährung, Konsum und Gesundheit
Department Sport & Gesundheit
Fakultät für Naturwissenschaften der Universität Paderborn
Warburger Str. 100
D-33098 Paderborn
E-Mail: bigga@mail.upb.de

Georg Raacke

Plötzlich war alles anders – Private Haushalte in der Corona-Krise

Die COVID-19-Pandemie hat gesellschaftliches und privates Leben fundamental verändert. Welche Folgen hatte dies für private Haushalte? Mit Hilfe der Kategorien ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital wird aufgezeigt, wer besonders die Folgen zu tragen hat(te), welche mit der Pandemie-Bekämpfung einhergingen.

Schlüsselwörter: Corona-Krise, ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital

Suddenly everything was different—private households in the Corona crisis

The COVID 19 pandemic fundamentally changed social and private life. What consequences did this have for private households? With the help of the categories economic, cultural, and social capital, it is shown who had to bear the consequences of the pandemic.

Keywords: Corona crisis, economic capital, cultural capital, social capital

Ihr Herrn, urteilt jetzt selbst: ist das ein Leben?
Ich finde nicht Geschmack an alledem
Als kleines Kind schon hörte ich mit Beben:
Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm.
Bertolt Brecht

1 Einleitung

Ende des Jahres 2019 meldete die Volksrepublik China das Auftreten einer bislang unbekanntes Lungenkrankheit an die Weltgesundheitsorganisation. Die WHO rief in Folge der sich ausbreitenden Krankheit am 30. Januar 2020 eine internationale Notlage aus, was wiederum auch Folgen hatte für die der WHO zugehörigen Staaten (Fangerau & Labisch, 2020, S. 21f). Schließlich wurde am 11. März 2020 seitens der WHO eine Pandemie festgestellt.

Nur wenig später, am 27. März 2020, beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Mit diesem Gesetz änderte sich das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik fundamental (Fangerau & Labisch, 2020, S. 29). Zuvor war bereits am

22. März 2020 der sogenannte erste Lockdown in Kraft getreten. Das öffentliche Leben kam danach zum größten Teil zum Erliegen.

Dies bedeutete auch für die privaten Haushalte einen tiefen Einschnitt. Der folgende Artikel befasst sich mit der Situation privater Haushalte während der Corona-Pandemie. Die Frage lautet: Welche Folgen hatte die Krise für private Haushalte und welche Rolle spielte dabei in Anlehnung an die Kapitaltheorie von Bourdieu der unterschiedliche Besitz ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals?

Zunächst jedoch erfolgt eine kurze subjektive Beschreibung der Erfahrungen des ersten Lockdowns, um die Besonderheit der Situation aus der Sicht von Betroffenen zu verdeutlichen.

2 „Weder gehört, noch beachtet“ – Ein Erfahrungsbericht*

Y. S., 42 Jahre, ist alleinerziehende Mutter und Studentin. Bereits vor Corona bedeutete ihre private Lebensführung für sie häufig eine Herausforderung. Doch die Pandemie hat die Situation noch einmal verschärft. Y. S. hat im Rahmen einer Lehrveranstaltung auf Bitte des Autors hin einen Erfahrungsbericht verfasst:

Zu der bereits vorhandenen Vierfachbelastung aus Studium, Haus- und Erwerbsarbeit sowie der Kindeserziehung, kamen nun weitere Belastungen wie das Homeschooling und die Übermittagsbetreuung hinzu. Die Schließung aller öffentlichen Einrichtungen hatte zur Folge, dass die Unterstützungsangebote für alleinerziehende Mütter von einem auf den anderen Tag weggefallen sind. Da ich einer systemrelevanten Erwerbstätigkeit nachgehe, konnte ich zwar weiterhin arbeiten gehen, jedoch musste ich die Betreuung meiner Tochter organisieren. Der Spagat zwischen Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung stellte mich vor eine große Herausforderung. Um dies realisieren zu können, musste ich logistische Hürden auf mich nehmen, in meinem Fall vor der Arbeit meine Tochter zu ihrem ca. 10 Kilometer entfernt lebenden Vater fahren und nach der Arbeit wieder abholen. Das digitale Studium erforderte das selbständige Vor- und Nacharbeiten von Vorlesungen und Seminaren im häuslichen Setting. Der Alltag sah nun so aus, dass gleich morgens die digitale Schule meiner Tochter stattfand, während ich gleichzeitig Online-Veranstaltungen zu belegen hatte. Die Schulstunden fanden jedoch selten parallel zu den von mir belegten Veranstaltungen statt. Nicht selten stand meine Tochter eine halbe Stunde später neben mir, da sie bereits „Schluss“ hatte, während ich mitten in der Veranstaltung war. Allerdings musste meine Tochter täglich Hausaufgaben bearbeiten und diese bis spätestens 14 Uhr der Lehrkraft zuleiten. Lehrinhalte wurden nicht mehr durch Lehrkräfte vermittelt, dies war fortan Aufgabe der Eltern. Die Vermittlung der Lehrinhalte erfolgte einzig und allein durch mich und musste auch umgehend erfolgen, damit meine Tochter ihre Hausaufgaben bearbeiten und fristgerecht der Lehrkraft via E-Mail zusenden konnte. Die Schulmensa fiel mit Schließung der Schule natürlich auch aus, was zur Folge hatte, dass ich die Mittagverpflegung meiner Tochter ebenfalls in den Vormittag mit einplanen musste. Den Luxus,

| Lebensführung unter Druck

jeden Tag abwechslungsreiche und gesunde Mahlzeiten von Dienstleistern zu bestellen, kann und konnte ich mir nicht leisten. Also musste ich meine Verpflichtungen beiseitelegen, um für meine Tochter das Mittagessen vorzubereiten. Die Kontaktbeschränkungen führten dazu, dass ich die bei meiner Tochter aufkommende Langeweile durch Spaziergänge, Fahrradtouren und gemeinsames Backen entgegenwirken musste. Tagsüber blieb kaum noch Zeit für mich, um meinen Verpflichtungen und Bedürfnissen nachzugehen. Diese verlagerte ich überwiegend auf die Abendstunden nach 20 Uhr. Wir haben das Privileg, in einer 3-Zimmer-Wohnung mit Garten zu leben, sodass wir genügend Freiräume und Rückzugsorte in der Wohnung haben. Die Vorstellung, zu Zeiten des Lockdowns in einer 2-Zimmer-Wohnung zu leben, vielleicht sogar ohne Balkon und Garten, stelle ich mir als sehr belastend vor. Während des Lockdowns wurden bestimmte Personengruppen, zu denen Kinder und Jugendliche sowie auch alleinerziehende Eltern gehören, weder gehört, noch beachtet. Die Eindämmung des Virus war höchste Priorität, um die Gesellschaft vor schweren Folgen zu schützen. Unbeachtet blieben jedoch häufig die Folgen des Lockdowns auf die psychische und physische Gesundheit und auf das Zusammenleben.“

An diesem Beispiel wird bereits deutlich, dass es vor allem vulnerable Gruppen der Gesellschaft waren und auch noch sind, die unter den Folgen der Pandemie und den damit verbundenen Beschränkungen zu leiden hatten und noch haben. So führten die weitreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 nicht selten zu Einbußen in finanzieller Hinsicht. Die Studentin Y. S. konnte ihrer Tätigkeit während des Lockdowns weiter nachgehen, weil sie in einem so genannten systemrelevanten Bereich tätig ist. Für viele weitere Erwerbstätige bedeutete der Lockdown aber einen gravierenden Einschnitt mit weitreichenden Beeinträchtigungen, wie im Folgenden deutlich gemacht wird.

3 Die Pandemie und ihre Folgen

Der Dichter Heinrich Heine schrieb angesichts der Cholera, die 1832 in der französischen Hauptstadt Paris wütete:

Das Volk murrte bitter, als es sah, wie die Reichen flohen, und bepackt mit Ärzten und Apotheken sich nach gesünderen Gegenden retteten. Mit Unmut sah der Arme, dass das Geld auch ein Schutzmittel gegen den Tod geworden. (Heine, 2020, S. 40).

Mit seinem untrüglichen Gespür verdeutlichte Heine die Verwerfungen sozialer Natur, welche die Seuche mit sich gebracht hatte. Doch wie ist es eigentlich aktuell während der Corona-Krise? Welche Bedeutung hat ökonomisches Kapital in der aktuellen Situation?

3.1 Wenn plötzlich das Geld fehlt – Über die Bedeutung des ökonomischen Kapitals in der Corona-Krise

Materielle Ressourcen bilden eine entscheidende Grundlage für die Lebensgestaltung. Ein wichtiger Teil der materiellen Ressourcen wird in den meisten privaten Haushalten über das Erwerbseinkommen generiert. Während der Bekämpfung der Pandemie änderte sich für viele jedoch die berufliche Situation:

So konnten bestimmte Berufsgruppen zwar nach wie vor ihrer Tätigkeit in den angestammten Arbeitsorten nachgehen, für andere Bereiche trat jedoch die Homeoffice-Pflicht in Kraft. Vor der Coronakrise war Homeoffice eher noch ein „Randphänomen“ (Laß, 2021, S. 484), das änderte sich aber. Letztlich waren es vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit höheren Einkommen und einer entsprechend höheren Qualifikation, welche im Homeoffice arbeiten konnten (Bonzin et al., 2021, S. 11). So waren es Ende März 2020 41 Prozent der Personen mit höherer Schulbildung, welche ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen konnten, bei den Personen mit niedriger Bildung waren es lediglich 13 Prozent (Blom & Möhring, 2021, S. 479). Die Homeoffice-Pflicht wurde zwischenzeitlich aufgehoben (1. Juli 2021), doch seit dem 24. November 2021 ist sie bundesweit wieder in Kraft und gilt vorerst bis zum 19. März 2022.

In vielen anderen Bereichen, so in den Care-Berufen, war eine Erwerbstätigkeit von zu Hause aus nicht möglich. Gleiches galt für Tätigkeiten in Supermärkten und Discountern. Sowohl in den Care-Berufen als auch in Supermärkten und Discountern sind vorwiegend Frauen tätig. Weitergearbeitet wurde aber auch in Industriebetrieben oder Schlachthöfen usw. In all diesen Bereichen setzten sich die Beschäftigten einer großen gesundheitlichen Gefährdung aus, hier war das Risiko einer Ansteckung um ein Vielfaches höher als im Homeoffice, dies wird weiter unten noch einmal thematisiert. Zumindest aber bezogen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin ihr Einkommen.

Erhebliche Folgen hatten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie schließlich für den Arbeitsmarkt. Innerhalb eines Vierteljahres erhöhte sich im Frühjahr 2020 die Zahl der Arbeitslosen um 500.000 Personen (Dohmen & Hurrelmann, 2021, S. 11). Damit brach für viele Menschen eine entscheidende materielle Ressource weg, es fehlte das geregelte Einkommen. Die anfallenden Kosten in den Haushalten liefen jedoch weiter. Mieten mussten weiterhin gezahlt werden, ebenso Strom- und Energiekosten, Versicherungen usw. Dies bedeutete für viele Haushalte, dass sie ihren Lebensstandard nicht mehr halten konnten. Hinzu kam, dass es vor allem sozioökonomisch schlechter gestellte Personen waren, die arbeitslos wurden:

Während in der oberen Einkommensgruppe Übergänge in die Arbeitslosigkeit praktisch keine Rolle spielten und in der mittleren Einkommensgruppe nur gut 1 % im Verlauf arbeitslos wurden, betraf Arbeitslosigkeit gut 3 % der Personen in der unteren Einkommensgruppe. (Blom und Möhring, 2021, S. 482)

Diese Unterschiede zeigten sich auch, wenn es um die Einschätzung von finanziellen Schwierigkeiten zwischen Ende März und Anfang Juli 2020 ging: Bei den ungelerten Arbeiterinnen und Arbeitern sowie einfachen Angestellten betrug der Anteil 17 Prozent, bei Beamtinnen und Beamten lediglich 2,2 bis 2,5 Prozent (Göbel & Krause, 2021, S. 499). Zeitweilig waren 25 Prozent der Alleinerziehenden von finanziellen Schwierigkeiten und Risiken betroffen, im Gegensatz zu 6 Prozent bei Partnerhaushalten (ebd.).

Die Bundesregierung versuchte, sozialen Verwerfungen entgegen zu wirken. So wurden neben bereits bestehenden Absicherungen kurzfristige Maßnahmen ergriffen, um die Folgen der Pandemie-Bekämpfung abzufedern. Dazu gehörte zum Beispiel die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. Vor der Corona-Krise wurde das Kurzarbeitergeld von wenigen Beschäftigten genutzt, in der Hauptsache von Männern. Dies änderte sich jedoch in Zeiten der Pandemie drastisch, mehr und mehr wurde Kurzarbeitergeld auch von Frauen beansprucht (Frey, 2021, S. 28).

Die kurzfristigen Änderungen der Regelungen für die Kurzarbeit retteten Betriebe vor Schließungen, damit konnten auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeit behalten, sie bedeuteten aber auch für einen Teil der Haushalte erhebliche finanzielle Einbußen (ebd.).

Bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Situation folgte auf die Corona-Pandemie und die dagegen eingesetzten Maßnahmen „die stärkste Rezession in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Bonzin et al., 2021, S. 13). Dabei hatte die ökonomische Krise in bestimmten Bereichen der Wirtschaft gravierendere Folgen als in anderen Sektoren:

So haben das Gastgewerbe und die sonstigen (einfachen und haushaltsnahen) Dienstleistungen kurzfristig die stärksten Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Dies betrifft aufgrund überproportionaler Beschäftigungsanteile in diesen Bereichen insbesondere Frauen, ausländische Beschäftigte, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte sowie Geringqualifizierte. Mittelfristig entwickeln sich substanzielle Beschäftigungs- und Einkommensrisiken auch für männliche Fachkräfte, die im von der Corona-bedingten zu erwartenden längeren Exportkrise betroffenen Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich vertreten sind. (Bonzin et al., 2021, S. 19).

Bei vielen Betroffenen werden gleich mehrere der genannten Faktoren zusammentreffen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Corona-Pandemie wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten noch einmal verstärkt hat (Bonzin et al., 2021, S. 22 und Butterwegge, 2020, S. 141). So ging der Großteil der Anfang Juni 2020 von der Bundesregierung unter dem Motto „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sicher, Zukunftsfähigkeit stärken“ versprochenen Gelder in Wirtschaft, Unternehmen und an Besserverdienende (100 Milliarden), „während sich Arbeitnehmer/innen, Rentner/innen, Studierende, Transferleistungsbezieher/innen und ihre Familien die restlichen 30 Milliarden Euro teilen müssen“. (Butterwegge, 2020, S. 152).

Sozioökonomisch benachteiligt zu sein, bedeutete während der Pandemie auch, dass die Menschen einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt waren. Das zeigten zum Beispiel die Vorkommnisse in Schlachtbetrieben. Beim westfälischen Großbetrieb Tönnies breitete sich das Virus im Juni 2020 rasend schnell aus. Rund 20.000 Menschen mussten seinerzeit in Quarantäne, ganze Wohnblocks wurden eingezäunt (WDR, 2021). Es waren vor allem schlecht entlohnte Mitarbeiter, vorrangig aus Osteuropa, des Tönnies-Produktionsbereichs, die dort wohnten. Erst nachdem die Bilder in den Medien der Republik veröffentlicht wurden und Tönnies in ein immer schlechteres Bild geriet, wurden die Bedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert, u. a. wurden Werkverträge gesetzlich verboten (ebd.).

Doch nicht nur in diesem Bereich bedeutete ein niedriger sozioökonomischer Status ein höheres Gefährdungspotenzial: Die Ergebnisse einer Corona-Kita-Studie zeigten, dass Kinder sowie Erzieherinnen und Erzieher ein erhöhtes Infektionsrisiko aufweisen, „wenn viele sozioökonomisch benachteiligte Kinder in der Einrichtung betreut werden“ (Horn, 2021, S. 74). Anstecken konnte sich mit dem Virus jeder und jede, das Risiko war jedoch ungleich höher bei denjenigen, die bereits durch andere Faktoren benachteiligt waren.

Die Geschehnisse bei Tönnies verdeutlichten, inwieweit auch die unmittelbare Wohnumgebung Einfluss auf die Lebensumstände und das Wohlbefinden der Menschen hat. Wer in mehrstöckigen Häusern mit Kindern wohnt, ohne Balkon und ohne Garten, weil es möglicherweise die finanziellen Ressourcen anders nicht hergeben, der wird zum Beispiel während der Kontaktbeschränkungen deutlich größere Probleme gehabt haben als Menschen in Haushalten, die über ein Einfamilienhaus mit Garten verfügen.

Es waren aber nicht nur Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status, die während der Krise besonders benachteiligt waren, hinzukommt, dass sich auch die Geschlechterverhältnisse verschoben und dies zum Negativen hin. Die Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der Corona-Maßnahmen verhinderten dies nicht, eher im Gegenteil:

Die Corona-Hilfsmaßnahmen verstärken damit vorhandene und durch die Pandemie weiter verschärfte Geschlechterdisparitäten – auch wenn dies nicht beabsichtigt war. Durch eine Folgeabschätzung – wie sie im Grunde auch verbindlich vorgesehen ist – hätte dies vermieden werden können. (Frey, 2021, S. 30)

Frauen wurden aber nicht nur im Hinblick auf die finanziellen Ressourcen benachteiligt, ihnen fiel auch ein erhöhter Anteil der Sorgearbeit zu. Bereits vor der Corona-Krise war diese ungleich zu Lasten von Frauen verteilt, während der Pandemie hat sich dieses Ungleichgewicht noch weiter verschärft (Frey, 2021, S. 12). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass durch Schul- und Kita-Schließungen Betreuungsangebote wegfielen. Es zeigte sich, dass auch im Bereich der Bildung Ungleichheiten eher größer wurden.

3.2 Unterricht aus der Distanz – Über die Bedeutung des kulturellen Kapitals in der Corona-Krise

Am 13. März 2020 hatten nahezu alle Bundesländer Schulschließungen beschlossen, diese traten in den meisten Bundesländern ab dem 16. März, in Baden-Württemberg und Thüringen ab dem 17. März in Kraft. Berlin und Brandenburg folgten am 18. März, in Hamburg waren die Schulen wegen Ferien bereits seit dem 2. März geschlossen. Das bedeutete, dass in Familien ein erhöhter Bedarf an Sorgearbeit entstand.

Wie die alleinerziehende Mutter Y.S. in ihrem Erfahrungsbericht beschreibt, lastete während der Schulschließungen ein großer Teil an Bildungsarbeit auf den Schultern der Eltern. Schülerinnen und Schüler waren während des Homeschooling in verstärktem Maße auf die Unterstützung durch ihre Eltern angewiesen, nicht zuletzt dadurch wurden „bestehende Bildungsdisparitäten zusätzlich verschärft“ (Walper, 2021, S. 15). Viele Eltern konnten ihre Kinder häufig nicht oder nur unzureichend unterstützen, weil es schlichtweg an den Ressourcen Zeit oder der entsprechenden Bildung mangelte. Dies war oftmals schon vor der Pandemie der Fall, als aber die Schulen schlossen, wirkte es sich in weit größerem Maße aus (Kuger und Rauschenbach, 2020, S. 7). Die unzureichende Vorbereitung einiger Schulen auf den Distanzunterricht machte die Situation nicht besser (Walper, 2021, S. 15), außerdem gab es Unterschiede bei den Haushalten in Sachen digitaler Ausstattung. Die staatlicherseits eingerichtete Notbetreuung oder das Entgegenkommen eines Teils der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bedeutete dabei meist nur eine bedingte Entlastung (Kuger & Rauschenbach, 2020, S. 6).

Die Schließungen von Schulen und Kita brachten folglich eine weitere Verschärfung von Bildungsungleichheit, es ging „nicht mehr nur um die feinen Unterschiede, sondern um wirklich massive ungleiche Familien- und Lebensverhältnisse“ (El-Mafaalani, 2020, S. 30). Insgesamt zeigte es sich, dass die Lernzeit während der Schließungen der Schulen zurückging (Wößmann et al., 2021, S. 146). Dies dürfte erneut zu Lasten der Kinder und Jugendlichen gegangen sein, deren Eltern über geringere Bildung verfügten. Nicht zuletzt auch deshalb gingen viele Eltern davon aus, dass ihre Kinder während dieser Zeit weniger gelernt hatten (ebd.). Kinder und Jugendliche hingegen, die in Familien mit entsprechend kulturellem Kapital aufwachsen, fiel es leichter, sich mit den veränderten Umständen zu arrangieren (Dohmen & Hurrelmann, 2021, S. 282).

Dass Kinder zu Hause bleiben mussten, bedeutete in vielen Fällen, wie bereits beschrieben, eine Erhöhung der Sorgearbeit, diese wurde überwiegend von Frauen geleistet. Das führte letztlich dazu, dass der Gender-Care-Gap sich vergrößerte (Kohlrausch, 2021, S. 766). So fühlten sich besonders Frauen sowohl bezogen auf die Familiensituation als auch auf die Finanz- und Arbeitssituation stärker belastet als Männer, am häufigsten äußerten dieses Belastungsgefühl Alleinerziehende (Kohlrausch, 2021, S. 767). Dies wird nicht zuletzt auch deutlich am Erfahrungsbericht der

Studentin Y.S. So berichtet sie davon, dass vor allem die Koordination der unterschiedlichen Bereiche eine besondere Herausforderung darstellten: Online-Unterricht und Uni-Veranstaltungen fanden zu unterschiedlichen Zeiten statt, „nicht selten stand meine Tochter eine halbe Stunde später neben mir, da sie bereits ‚Schluss‘ hatte, während ich mitten in der Veranstaltung war“. Der Distanzunterricht jedenfalls, so wohl der bisherige Befund, hat „die bereits bestehende Spaltung in der Schülerschaft verstärkt“ (Dohmen & Hurrelmann, 2021, S. 278).

An dem Beispiel der Studentin wird eindrücklich verdeutlicht, welche Bedeutung die Ressource Zeit in Beziehung auf Bildung besitzt. Lernen mit den Kindern „kostet“ Zeit und nicht jeder oder jede besitzt die dafür notwendige Zeit. Dies lässt sich aber möglicherweise mit finanziellen Mitteln ausgleichen (Methfessel & Schlegel-Matthies, 2022, S. 141), aber eben auch nur, wenn man über das entsprechende ökonomische Kapital verfügt.

Festzuhalten bleibt: Bereits bestehende Ungleichheiten in Bezug auf Bildung wurden während der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie noch weiter verschärft. Bestimmte Gruppen innerhalb der Bevölkerung, die bereits vorher Benachteiligungen ausgesetzt waren, mussten mit weiteren Erschwernissen fertig werden. Dazu gehörte letztlich auch, dass durch die Beschränkungen privater Kontakte die sozialen Netzwerke zeitweilig stark reduziert waren.

3.3 Wenn die Kontakte beschränkt werden – Über die Bedeutung des sozialen Kapitals in der Krise

Familie, Freundinnen und Freunde oder anderweitige Netzwerke gehören zu den sozialen Ressourcen, die wiederum einen Teil des Humanvermögens bilden (Schlegel-Matthies, 2009, S. 3). Es handelt sich um immaterielle Ressourcen, die möglicherweise dazu beitragen können, fehlende materielle Ressourcen auszugleichen oder abzufedern (Schlegel-Matthies, 2009, S. 4). So erscheint es umso bedenklicher, wenn in einer Phase, in der finanzielle Ressourcen zum Teil wegfallen (vgl. Kap. 3.1) oder die Aneignung kulturellen Kapitals durch Schulschließungen immens erschwert wird (vgl. Kap. 3.2), auch noch mögliche soziale Netzwerke stark eingeschränkt werden, wie dies zum Beispiel im Frühjahr 2020 der Fall war. Hier fiel ein Teil der kindlichen und jugendlichen Lebenswelt weg, das Leben der Kinder und Jugendlichen wurde in erheblichem Maße eingeschränkt. Dies galt natürlich auch für andere Altersgruppen, allerdings haben soziale Beziehungen in dieser Lebensphase eine hohe Bedeutung (Lips et al., 2021, S. 122). Dennoch versuchten die Kinder trotz der bestehenden Einschränkungen den Kontakt mit ihren Freundinnen und Freunden aufrecht zu erhalten, genutzt wurden hierfür zum Beispiel soziale Medien, Telefon etc. (Langmeyer et al., 2020, S. 38). Dabei hilfreich scheinen Medienbildung sowie eine entsprechende Lese- und Schreibkompetenz (Langmeyer et al., 2020, S. 40). Auch hier ist folglich der Besitz kulturellen Kapitals von Vorteil.

Kinder und Jugendliche gehören sicherlich zu den Gruppen, welche durch die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie am stärksten betroffen waren. So haben Befragungen gezeigt, dass sich zum Beispiel Jugendliche während Corona stärker belastet fühlten als zuvor (Kern, 2021, S. 72). Dies ist nicht zuletzt auch der Tatsache geschuldet, dass während der Bekämpfung der Pandemie Kontaktbeschränkungen in Kraft traten. Hinzukommt, dass zum Beispiel Jugendliche kaum gehört wurden, wie dies in einer Äußerung deutlich wird:

„Danke, dass ihr fragt. Ich hab’s Gefühl, wir Jugendliche und auch die Kinder, habe eine kleine Schwester in der 1. Klasse, sind allen egal. Es geht um Homeoffice, Wirtschaft, Einkaufen und Noten. Aber unsere Gefühle und was es für uns bedeutet. Pfff.“ (Befragte*r JuCo 1) (Lips et al., 2021, S. 126).

Für Jugendliche nehmen soziale Netzwerke während der „Abkopplung“ von den Eltern und der Herausbildung von Autonomie einen wichtigen Stellenwert ein. Das Treffen mit Freundinnen und Freunden bildet für viele Heranwachsende einen neuen Lebensmittelpunkt. Durch die Kontaktbeschränkungen wurde dieser jedoch zeitweilig unterbunden, die AID:A-Studie des Deutschen Jugendinstitutes (dji) kam zu dem Schluss, „dass junge Menschen durch die Coronaabstandsregeln das Bedürfnis nach sozialer Eingebundenheit und Autonomie nicht in der gewünschten Weise ausleben konnten“ (Kern, 2021, S. 72). Ganz im Gegenteil stehen dazu die oftmals in den Medien kolportierten Ansichten, dass Jugendliche in der Hauptsache nur „weiterhin Party machen und sich kaum an die gesetzten (Kontakt-)Regeln halten“ (Lips et al., 2021, S. 121).

Die Kontaktbeschränkungen trafen in erster Linie häufig die, die ehemals schon in bestimmten Bereichen benachteiligt waren, Vereinsamung und Isolation drohte dann häufig für „Arme, Alte und Menschen in beengten Wohnverhältnissen“ (Butterwegge, 2021, S. 84). Zeitweilige Einschränkung sozialer Netzwerke, das war die eine Seite der Medaille, die andere bedeutete: während im privaten Bereich Kontakte möglichst eingeschränkt werden sollten, galt dies jedoch im beruflichen Bereich nur zum Teil: Wer im Homeoffice arbeiten konnte, hatte die Möglichkeit, seine / ihre Kontakte entsprechend zu reduzieren. Dies galt aber eben nicht für die Berufszweige, in denen Homeoffice nicht möglich war. Wie oben beschrieben, blieb Homeoffice häufig eine Angelegenheit von Menschen mit höherem Einkommen und / oder höherer Bildung, jedoch:

Gerade die Coronaheldinnen und -helden können ihre Kontakte nicht einschränken: Pflegende müssen explizit auch mit Kranken in Kontakt treten. Solche Menschen, die Pakete ausliefern, wenn die Geschäfte geschlossen sind oder VerkäuferInnen, die immer im Laden sind, und dort den Kunden begegnen, die aus Sicherheitsgründen am besten nur alle vierzehn Tage einkaufen gehen sollten. Systemrelevant bedeutet unterprivilegiert zu sein, den anderen nicht aus dem Weg gehen können. Oft bedeutet das aber auch, dass dies mit geringen Verdiensten einhergeht. (Stegbauer, 2020, S. 24).

„Klatschen reicht nicht!“ – so hieß es seinerzeit, als vor allem Pflegekräfte, aber auch MitarbeiterInnen in Supermärkten oder Discountern bejubelt wurden. „Vielmehr muss sich die Systemrelevanz dieser Berufe in einer entsprechenden Bezahlung und in einer selbstverständlichen Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand niederschlagen“ (Meier-Gräwe, 2021, S. 333). Und dies sollte nicht nur in Krisenzeiten der Fall sein.

4 Fazit

Die COVID-19-Pandemie hat das gesellschaftliche und private Leben einschneidend verändert. Viele private Haushalte mussten aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit mit erheblichen finanziellen Einbußen leben. Soziale Verwerfungen, die bereits vorher schon existierten, wurden noch einmal verschärft.

Zugleich sorgten Schul- und Kitaschließungen zwischenzeitlich dafür, dass sich auch Bildungsungleichheiten verstärkten. Auch hier waren Gruppen, die bereits zuvor schon benachteiligt waren, diejenigen, die unter den neuen Bedingungen am meisten zu leiden hatten.

Schließlich wurden Kontakte im privaten Bereich weitestgehend eingeschränkt. Auch dies hatte gravierende Folgen für benachteiligte Gruppen. Besonders Kinder und Jugendliche litten unter den Einschränkungen. Auf der anderen Seite waren es im Erwerbsleben vor allem Menschen mit geringerer Bildung und / oder niedrigerem Einkommen, die ein größeres Risiko trugen, sich mit dem Virus zu infizieren.

Bestimmte Probleme bestanden bereits vor der Pandemie, letztere hat diese lediglich verschärft. Der Beitrag hat gezeigt, dass diese Probleme häufig struktureller Natur sind. Sie können durchaus mittels politischer Entscheidungen abgemildert werden, sofern gewollt. Letztlich bleibt die Feststellung von Thomas Piketty: „Die Krise illustriert noch einmal ganz deutlich, wie ungleich die Gesellschaft strukturiert ist. Und sie zeigt noch einmal, dass es notwendig ist, das System zu ändern“ (Piketty, 2020, S. 64).

Anmerkungen

* Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle der Studentin Y. S., die ihre persönlichen Erfahrungen während des ersten Lockdowns zur Verfügung gestellt hat!

Literatur

Blom, A. G., Möhring, K. (2021). Soziale Ungleichheit in der Beschäftigungssituation während der frühen Phase der Coronakrise. In Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.), *Datenreport 2021. Ein Sozialbe-*

- richt für die Bundesrepublik Deutschland (S. 476-483). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bonzin, H., Eichhorst, W., Krause-Pilatus, A., Rinne, U. (2020). *Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf private Haushalte*. Kurzexpertise. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-575-wirtschaftliche-auswirkungen-der-pandemie-auf-private-haushalte.pdf>.
- Butterwegge, C. (2021). Wachsende Ungleichheit im Corona-Zeitalter. Die sozioökonomischen Konsequenzen der Pandemie. In Lutz, R., Steinhaufen, J., Kniffki, J. (Hrsg.). *Corona, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Neue Perspektiven und Pfade* (S. 78-88). Beltz Juventa.
- Butterwegge, C. (2020). *Ungleichheit in der Klassengesellschaft*, Köln: PapyRossa.
- Dohmen, D., Hurrelmann, K. (2021). Kinder und Jugendliche in Zeiten der Corona-Pandemie. In Dies. (Hrsg.), *Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden* (S. 10-17). Beltz Juventa.
- Dohmen, D., Hurrelmann, K. (2021). Kinder und Jugendliche in Zeiten der Corona-Pandemie. In Dies. (Hrsg.), *Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden* (S. 276-296). Beltz Juventa.
- El-Mafaalani, A. (2020). „Lasst die Lehrkräfte in Ruhe, aber nicht die Schulen!“ – Ein Gespräch. In *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) 70/35-37, 29-32.
- Fangerau, H., Labisch, A. (2020). *Pest und Corona. Pandemien in Geschichte, Gegenwart und Zukunft*. Freiburg, Basel, Wien: Herder.
- Frey, R. (2021). *Analysen von drei Maßnahmen-Paketen des Bundes zur Bewältigung der Coronakrise aus Gleichstellungsperspektive*. In Study 29, Hans-Böckler-Stiftung.
- Goebel, J., Krause, P. (2021). Auswirkungen der Coronapandemie nach Einkommens- und Bevölkerungsschichtung – eine Momentaufnahme. In Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.), *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 490-503). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Heine, H. (2020). *Ich rede von der Cholera. Ein Bericht aus Paris von 1832*, hrsg. und mit einem Vorwort von Tim Jung, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Horn, M. (2021). *Höheres Coronarisiko in Kitas mit armutsgefährdeten Kindern*. *DJI Impulse*, 2/21, 74-75.
- Kern, M. (2021). *Jugendliche fühlen sich durch Corona belastet*. *DJI Impulse*, 2/21, 72-73.
- Kohlrausch, B. (2021). *Gleichberechtigung während der Pandemie*, Wirtschaftsdienst 2021/10, 765-768. <https://doi.org/10.1007/s10273-021-3021-3>
- Kuger, S., Rauschenbach, T. (2020). *Im Griff der Pandemie*. In *DJI Impulse*, 2/20, 4-7.

- Langmeyer, A., Naab, T., Winklhofer, U. (2020). *Freundschaft in der Krise. DJI Impulse* 2/20, 36-40.
- Laß, I. (2021). Eltern zwischen Homeoffice und Homeschooling: Arbeit und Familie in Zeiten von Kita- und Schulschließungen. In Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.), *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 484-489). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lips, A., Rusack, T., Schröer, W., Severine, T. (2021). Kein Recht auf Jugend in Zeiten der Pandemie? In Lutz, R., Steinhaußen, J., Kniffki, J. (Hrsg.). *Corona, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Neue Perspektiven und Pfade* (S. 120-131). Beltz Juventa.
- Meier-Gräwe, U. (2021). Sorgearbeit als Fundament von Wirtschaft und Gesellschaft denken – Systemische Konsequenzen der Corona-Krise. In Lutz, R., Steinhaußen, J., Kniffki, J. (Hrsg.). *Corona, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Neue Perspektiven und Pfade* (S. 331-341) Beltz Juventa.
- Methfessel, B., Schlegel-Matthies, K. (2022). Die Bedeutung von Ressourcen für die Lebensgestaltung verstehen. In Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W., Methfessel, B., *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung* (S. 137-156). Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838557670>
- Piketty, Th. (2020). *Pandemie und Ungleichheit. Ein Gespräch über die Ideologie des Kapitals*. J.H.W. Dietz Nachf.
- Schlegel-Matthies, K. (2022). Die Bedeutung von Ressourcen für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 3-24. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.01>
- Schlegel-Matthies, K. (2009). Ressourcen – Voraussetzung für Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten. In *Haushalt & Bildung (H&B)*, 2, 3-4.
- Stegbauer, C. (2020). Netzwerkungleichheit, die Verbreitung des Virus und wer in Gefahr ist. In Stegbauer, C., Clemens, I. (Hrsg.), *Corona-Netzwerke – Gesellschaft im Zeichen des Virus*. (S. 15-26) Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31394-4_2.
- Walper, S. (2021). *Das Zusammenleben gestalten. DJI Impulse*, 2/21, S. 12-18.
- WDR (2021). *Tönnies: Corona-Ausbruch jährt sich zum ersten Mal*. <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/corona-ausbruch-bei-toennies-102.html>.
- Wößmann, L., Freundl, V., Grewenig, E., Lergetporer, P., Werner, K., Zierow, L. (2021). Wie haben die Schulkinder die Zeit der Schulschließungen verbracht? In Dohmen, D., Hurrelmann, K. (Hrsg.), *Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden* (S. 127-148). Beltz Juventa.

| Lebensführung unter Druck

Verfasser

Georg Raacke

Universität Paderborn
Warburger Straße 100
D-33098 Paderborn

E-Mail: georg.raacke@upb.de
Internet: upb.de/evb

Nina Klünder

Private Haushalte im Spannungsfeld zwischen prekärem Zeitwohlstand und Zeitarmut

Die individuelle Zeitautonomie und die damit einhergehenden Verwirklichungschancen sind abhängig vom Geschlecht, der Haushaltskonstellation, der Bildung, dem Beruf und dem Einkommen. Dabei verstärkt die Corona-Pandemie die soziale Ungleichheit weiter, womit Auswirkungen im gesamten Lebensverlauf einhergehen können.

Schlüsselwörter: Zeitarmut, Zeitwohlstand, Zeitpolitik, Zeitverwendung, soziale Ungleichheit

Private households in the area of tension between precarious time prosperity and time poverty

Individual time autonomy and the associated opportunities for realisation depend on gender, household constellation, education, occupation, and income. In this context, the Corona pandemic further increases social inequality with effects throughout the life span.

Keywords: time poverty, time prosperity, time policy, time use, social inequality

1 Einleitung

Das Thema Zeit ist allgegenwärtig: Viele Menschen beklagen (Zeit-)stress, Zeitnot oder allgemein eine zeitliche Belastung im Alltag. Abhilfe sollen diverse Ratgeber oder Seminare zum Zeitmanagement schaffen und damit zur (Selbst-)Optimierung beitragen. Diese Ideen verkennen bisweilen die strukturelle Zeitproblematik, die generell für Menschen in der modernen Gesellschaft besteht und etwa in Zeitkonflikten zwischen verschiedenen Alltagselementen wie Erwerbsarbeit, Zeiten der Sorgearbeit oder institutionellen Zeitstrukturen zu Tage treten. Darüber hinaus verdeckt der Ratgeberdiskurs, der die Verantwortung für ein erfolgreiches Zeitmanagement dem Einzelnen aufbürdet, dass ungleiche Zeitverteilung in verschiedenen Personengruppen und über den Lebensverlauf verteilt ist, d. h. die Untersuchung von Zeitressourcen ist unmittelbar geknüpft an die Analyse von Klasse, Geschlecht und Alter.

Ganz aktuell hat die Corona-Pandemie, verbunden mit den verschiedenen Lockdowns, einen erheblichen Einfluss auf die Zeitstrukturen in den privaten Haushalten. Eine Veränderung, die den Alltag sowie die Lebensführung vieler Menschen ausgesprochen stark beeinflusst hat. Insbesondere die Schließung von Kitas und Schulen stellt Personen mit Kind(ern) vor enorme Herausforderungen bei der Vereinbarkeit

von Familie und Beruf und geht mit einer deutlichen Erhöhung der unbezahlten Care-Arbeit einher. Darüber hinaus werden persönliche Kontakte reduziert, Urlaube storniert und so auch das Mobilitäts- und Freizeitverhalten verändert. Somit beeinflusst die Corona-Pandemie alle Zeitbereiche von Personen in privaten Haushalten: Erwerbsarbeit, unbezahlte Care-Arbeit, Eigen- und Freizeit.

Vor dem Hintergrund jener gegenwärtigen Verwerfungen geht dieser Artikel den Fragen nach, in welchen Lebenslagen private Haushalte zeitlich wie belastet sind und welche zeitpolitischen Ideen daraus resultieren. Dafür wird zunächst ein Überblick über die Analysekategorien Zeitwohlstand und Zeitarmut gegeben, um die Zeitverwendung der privaten Haushalte zu verstehen. Im Anschluss daran werden die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse zur Zeitnutzung während der Corona-Pandemie mit Hilfe der theoretischen Analysekategorien interpretiert. Daraus ergeben sich weitere Forschungsfragen, deren Operationalisierung mit der kommenden Zeitverwendungserhebung 2022 aufgezeigt werden. Anschließend wird Zeitarmut im Kontext von Zeitpolitik skizziert und ein Resümee gezogen.

2 Definition von Zeitwohlstand und Zeitarmut

Eine zentrale Ressource in privaten Haushalten stellt – neben dem Einkommen – die Zeit dar. Sie wird für alle haushälterischen Handlungen und somit auch für die Gestaltung des Alltags benötigt. So kann beispielsweise ein nachhaltiger Lebensstil vorrangig gelebt werden, wenn frei verfügbare Zeit vorhanden ist (z. B., um umweltfreundliche Mobilität zu nutzen, informierte Kaufentscheidungen zu treffen, Reparaturarbeiten vorzunehmen oder eine höhere Selbstversorgung zu realisieren). Im Gegensatz dazu kann freie Zeit aber auch zu einem ressourcenintensiveren Konsum und somit negativen Umwelteffekten führen (Jorck et al., 2019).

Zeitstrukturen in modernen Gesellschaften verändern sich, wie insbesondere Rosa in seiner Theorie zur Beschleunigung der Gesellschaft beschreibt. Dabei konstatiert er drei Arten von Beschleunigung: (1) die technische Beschleunigung, mit der es zur Steigerung der Geschwindigkeit kommt, z. B. bei Transport-, Kommunikations- und Produktionsprozessen. (2) Die Beschleunigung des sozialen Wandels, wodurch sich „Einstellungen, Werte, Moden und Lebensstile, soziale Beziehungen und Verpflichtungen [...] in immer kürzer werdenden Raten“ (Rosa, 2013, S. 22) verändern. (3) Die Beschleunigung des Lebenstempos, sodass mehr Handlungen in weniger Zeit ausgeführt werden und es so zu einer Verdichtung von Zeit kommt (Rosa, 2013, S. 27).

Die Beschleunigung der Gesellschaft kann dazu führen, dass weniger Zeitwohlstand vorhanden ist. Für diesen Begriff existiert bisher keine einheitliche Definition. Im Folgenden wird die Definition nach Rinderspacher (2012) verwendet, da sich diese auch zur Operationalisierung in der Zeitverwendungserhebung eignet (siehe Kapitel 5). Demnach kennzeichnet sich Zeitwohlstand dadurch, dass (1)

quantitativ *genügend Zeit* zur Verfügung steht, (2) bei Bedarf ausreichend *gemeinsame Zeit* miteinander verbracht werden kann, (3) *selbstbestimmte Zeit* realisierbar ist und (4) *möglichst entdichtete Zeit* vorherrscht (Rinderspacher, 2012, S. 7). Da es nach der Theorie von Rosa (2013) zu der Ausübung von immer mehr Handlungsepisoden pro Zeiteinheit und somit zu einer Verdichtung von Zeit kommt, ist ein zentrales Merkmal des Zeitwohlstands betroffen. Des Weiteren bringt Garhammer (2002) die Aspekte der Planbarkeit und Sicherheit ein, wie z. B. geregelte Arbeitszeiten, verlässliche Betreuungsinfrastruktur.

Ein zentraler Indikator von Zeitwohlstand ist die Selbstbestimmung über die Zeit. Wenn über eine längere Periode kein Zeitwohlstand generiert werden kann, dann wirkt dies gesellschaftlich ausgrenzend und führt zur strukturellen Benachteiligung von Personengruppen (Mückenberger, 2002). Darüber hinaus trägt Zeitwohlstand zum subjektiven Wohlbefinden bei, wobei sich dieser nicht kontinuierlich über den gesamten Lebensverlauf einstellt, sondern eher episodisch in der eigenen Biografie.

Im Gegensatz zum Zeitwohlstand steht die Zeitarmut, deren Definition auf die Einkommensarmut zurückgeht. Zur Bestimmung von (Einkommens-)Armut wird u. a. der Ressourcenansatz gewählt, da das Einkommen als zentral messbare Größe relativ leicht zu operationalisieren ist: Wer weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet (Statistisches Bundesamt, 2021b). In Anlehnung daran steht die Definition Zeitarmut. Demnach werden „Personen [...] als zeitarm bezeichnet, wenn ihre persönliche Freizeit unterhalb von 60 % des Medians der persönlichen Freizeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter liegt“ (Rathjen, 2017, S. 97). Allerdings greift die Definition von Zeitarmut mit der ausschließlichen Betrachtung von Freizeit zu kurz. Deshalb wird hier vorgeschlagen, Zeitarmut im Kontrast zu Zeitwohlstand zu begreifen. Entsprechend wird von Zeitarmut gesprochen, wenn (1) quantitativ nicht genügend Zeit zur Verfügung für verschiedene Bereiche (z. B. Care-Arbeit, Freizeit und Regeneration) zur Verfügung steht, (2) wenig gemeinsame Zeit verbracht werden kann (<60 % des Medians), (3) die Zeit nicht selbstbestimmt gestaltbar ist und (4) die Zeit verdichtet, also mit mehreren parallelen Tätigkeiten verbracht wird. Somit kann von Zeitdeprivation gesprochen werden, wenn weder objektiv genügend Zeit zur Verfügung steht, noch hohes subjektives Wohlbefinden vorliegt (Jorck et al., 2019).

Zeit und Geld können in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen, da die Zeitverfügbarkeit auch von ökonomischen Ressourcen wie dem Einkommen abhängig ist: Verfügt ein Haushalt beispielsweise über viele Einnahmen aus anderen Quellen als Erwerbsarbeit, ist erstens der Druck nicht so hoch, viel Zeit für Lohnarbeit aufzuwenden. Zweitens ist das Geld einsetzbar, um sich zeitliche Freiheiten zu kaufen.

3 Zeitarmut in Deutschland

Die letzte repräsentative Zeitverwendungserhebung 2012/13 wurde bisher nicht hinsichtlich der Analysekategorie Zeitarmut ausgewertet, sodass keine quantifizierbaren aktuellen Daten diesbezüglich vorliegen und auf die Ergebnisse der Zeitbudgetstudie 1991/92 und 2001/02 zurückgegriffen werden muss. Da jedoch die meisten gesellschaftlichen Gegebenheiten nach wie vor existieren oder sich sogar verschärft haben, ist davon auszugehen, dass diese älteren Ergebnisse noch immer aussagekräftig sind. Sie werden deshalb im Folgenden skizziert und anhand dieser Ergebnisse dann Annahmen für die Analyse zur Zeitarmut und Zeitwohlstand mit der kommenden Zeitverwendungserhebung 2022 abgeleitet. Die methodischen Chancen und Herausforderungen der Operationalisierung von Zeitarmut werden in Kapitel 5 beschrieben.

Nach der im vorherigen Kapitel gegebenen Definition von Zeitarmut gelten 1991/92 28,8 % der Bevölkerung als zeitarm, 2001/02 sind es bereits 32,2 % (Rathjen, 2017, S. 170). Vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Beschleunigungstendenzen (Rosa, 2014) sowie der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf private Haushalte mit Kind(ern) ist vor allem in dieser Bevölkerungsgruppe von einer Zunahme der Zeitarmut auszugehen.

Bei der Betrachtung verschiedener Strukturmerkmale zeigt sich, dass 2001/02 mehr Frauen (34,9 %) von Zeitarmut betroffen sind als Männer (30,6 %), was auf deren deutlich höheren Anteil an Care-Arbeit zurückzuführen ist. So zeigt beispielsweise der Gender Care Gap, dass Frauen täglich 52,4 % bzw. 87 Minuten mehr Care-Arbeit verrichten als Männer (Klunder, 2017).

Ein Drittel (33,8 %) der 25- bis 44-Jährigen gelten 2001/02 als zeitarm (Rathjen, 2017). In dieser Altersspanne befinden sich viele Personen in der sogenannten Rushhour von Lebensentscheidungen und/oder der Rushhour im Familienzyklus (Phase mit kleinen Kindern) (Bujard & Panova, 2016). Daher verwundert es nicht, dass Haushalte mit Kind(ern), insbesondere mit Kind(ern) unter sieben Jahre (40,0 %), mit drei oder mehr Kindern (40,1 %) sowie Alleinerziehende mit zwei oder mehr Kindern (31,3 %) von Zeitarmut betroffen sind (Rathjen, 2017). Das Familien häufiger zeitarm sind, deckt sich ebenfalls mit subjektiven Aussagen zum Wohlbefinden, wie aus der Zeitverwendungserhebung 2012/13 deutlich wird: So geben 68 % der vollzeiterwerbstätigen Mütter und 60 % der vollzeiterwerbstätigen Väter an, sich häufig unter Zeitdruck zu fühlen. Dieser Aussage stimmen ebenso mehr als zwei Drittel (68 %) der teilzeiterwerbstätigen Mütter voll und ganz zu sowie fast die Hälfte (49 %) der nicht erwerbstätigen Mütter (Klunder & Meier-Gräwe, 2017).

Es lässt sich konstatieren, dass Geschlecht, Alter, Haushaltsstruktur, Bildung, Beruf und Region (in ostdeutschen Bundesländern häufiger als in westdeutschen Bundesländern) einen Einfluss auf die Zeitarmut und somit auf die soziale Un-

gleichheit haben (Rathjen, 2017). Daraus folgt: Steht weniger als 60 % der durchschnittlichen Zeit für Freizeit zur Verfügung, wird in der Konsequenz deutlich mehr Zeit für andere Bereiche wie Erwerbsarbeit oder unbezahlte Care-Arbeit aufgewendet, sodass parallel dazu weniger Zeit für gesellschaftliche Teilhabe zur Verfügung steht. Damit sind auch die individuellen Verwirklichungschancen eingeschränkt. Ein Teil dieser Merkmale deckt sich mit den Risiken für Einkommensarmut: Frauen sind häufiger als Männer einkommensarm. Ebenfalls haben Alleinerziehende und Haushalte mit drei und mehr Kindern ein höheres Risiko für ein geringes Einkommen (Statistisches Bundesamt, 2021b), sodass komplexe Armutslagen vorliegen. Die alleinige Betrachtung von Zeit- und Einkommensarmut ist allerdings nicht ausreichend, um die tatsächliche Versorgungslage in privaten Haushalten realitätsnah abzubilden. Dafür eignen sich multidimensionale Ansätze, wie der Lebenslagenansatz, welcher um die Dimension Zeit erweitert werden kann.

4 Zeitliche Belastung und soziale Ungleichheit durch Covid-19

Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Schließung von Geschäften, Restaurants sowie Kitas und Schulen werden die Rahmenbedingungen privater Haushalte innerhalb kürzester Zeit gravierend verändert, sodass die Zeitverwendung für einzelne Zeitbereiche angepasst wird. Dies trifft verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß, weshalb eine differenzierte Betrachtungsweise nötig ist.

Mit der Corona-Pandemie steigt die Möglichkeit bzw. der Zwang, die Erwerbsarbeit im Home-Office auszuüben. Dadurch fallen weniger Wege- und Pendelzeiten an, gleichzeitig führt es zu einer Entgrenzung zwischen Erwerbsarbeit und Privatsphäre. Allerdings arbeiten überwiegend Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung im Home-Office (Schröder et al., 2020). Wenn sie Kinder haben, übernehmen sie zeitgleich noch deren Betreuung, sodass sie häufiger zu anderen Zeiten arbeiten und ihre Arbeit, verglichen mit Personen ohne Betreuungsaufgaben, als weniger effizient ansehen (Frodermann et al., 2020). Das führt bereits zu enormen zeitlichen Belastungen.

Insbesondere Frauen sind stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen: Sie arbeiten häufiger in systemrelevanten Berufen wie Pflege, Erziehung oder Einzelhandel, die schlechter bezahlt werden und in denen gleichzeitig der Zeit- und Leistungsdruck nochmals gestiegen ist (Bonin et al., 2021, S. 11). Ein weiterer Teil der Frauen arbeitet im Gast- oder Beherbergungsgewerbe, welches enorm von den Kontaktbeschränkungen betroffen ist. Damit einher geht eine etwas höhere Arbeitslosenquote von Frauen im Vergleich zu Männern mit langfristigen Auswirkungen im Lebensverlauf (Bonin et al., 2021, S. 12). Des Weiteren arbeiten viele Frauen – aufgrund politischer Fehlanreize – als geringfügig Beschäftigte, was in

| Zeitwohlstand und Zeitarmut in privaten Haushalten

der Arbeitslosenstatistik nicht abgebildet wird (Bonin et al., 2021). Hinzu kommt, dass Mütter, aufgrund von Kita- und Schulschließungen, ihre Erwerbsarbeit eher reduziert haben. Somit kann es besonders für Frauen zu Einkommenseinbußen kommen, wenn eine Arbeitszeiterhöhung nach dem Öffnen der Betreuungseinrichtungen nicht wieder möglich ist (Kohlrausch & Zucco, 2020).

Bujard et al. (2020) zeigen, dass Mütter mit Kind(ern) unter 16 Jahren ihre Erwerbsarbeit von zuvor 6,7 Std. pro Tag im Jahr 2018 auf 5,8 Std. im Jahr 2020 reduziert haben (-0,8 Std.). Väter reduzieren im selben Zeitraum ihre Erwerbsarbeit von 9,7 Std. auf 7,3 Std. (-2,4 Std.). Für Frauen stellt die Familien- und Hausarbeit mit 7,9 Std. nun einen Vollzeitjob dar (+1,3 Std.). Väter leisten ebenfalls täglich 2,3 Std. mehr Haus- und Familienarbeit (insgesamt 5,6 Std./Tag). Dabei übernehmen vor allem Väter in Kurzarbeit oder in Freistellung einen großen Anteil der Familienarbeit (Bujard et al., 2020).

Mehr als zwei Drittel der Frauen (69 %) geben bei der repräsentativen Befragung für die deutschsprachige Bevölkerung zwischen 16–75 Jahren im Mai 2020 an, dass sie den überwiegenden Anteil der Hausarbeit verrichten, bei Männern beträgt der Anteil 11 %. Interessant ist, dass fast ein Viertel der Frauen (24 %) sagt, dass die Hausarbeit generell gleich aufgeteilt ist. Hingegen ist fast die Hälfte der Männer (48 %) dieser Ansicht, sodass hier eine deutliche Diskrepanz besteht. Ebenso liegt die Verantwortung für andere Arbeitsbereiche im Haushalt bei den Frauen: 62 % der Frauen geben an, überwiegend für die Zubereitung der Mahlzeiten zuständig zu sein (Männer 14 %), und in über der Hälfte der Fälle (51 %) sind sie die Hauptansprechpartnerinnen, wenn es um die Betreuung, Übernahme und Unterstützung des Schulunterrichts geht (Männer 15 %). Darüber hinaus zählt die Koordination der Termine der Kinder zu dem Aufgabengebiet der Frauen (66 % der Frauen, 18 % Männer) (Würzen, 2020), sodass sie einen erheblichen Teil des Mental Load übernehmen.

Es zeigt sich, dass Väter seit März 2020 mehr Zeit für Care-Arbeit aufwenden und die Geschlechterunterschiede somit geringer geworden sind. Dennoch sind die Rollenmuster bisher wenig aufgebrochen und die Care-Arbeit ist auch während der Corona-Pandemie vorrangige Aufgabe der Mutter. Dies kann mit dem in Deutschland vorherrschenden und tiefeingeschriebenen klassischen Ideal von Mutterschaft erklärt werden, welches vor allem durch Fürsorge geprägt ist. Vor dem Hintergrund, dass bisher keine Enttraditionalisierung stattgefunden hat, kann auch nicht von einer Re-Traditionalisierung gesprochen werden (Bujard et al., 2020).

Die Veränderung der Zeitstrukturen aufgrund der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die private Lebensführung wird exemplarisch anhand der folgenden beiden Interviewpassagen zweier Mütter greifbar: „Meine Familie profitiert vom Wegfall des Freizeitstress und der ewigen Hin- und Herfahrierei. Man steht heutzutage mit der ewigen Förderei und dem Hobbymuss so unter Stress. Das kann nur schädlich sein. Für unsere Familie und die Stärkung der Geschwisterbeziehung werde ich Corona ewig dankbar sein. Mal aus dem Hamsterrad auszusteigen ist

eine wahnsinnige Chance“ (Andresen et al., 2020, S. 5). Im Gegensatz dazu beschreibt eine andere Mutter ihren Alltag und ihre prekäre Situation wie folgt: „Ich arbeite in einer Tiefkühlspedition in Teilzeit, fahre zur Arbeit 45 min hin und 45 zurück, arbeite 5 Std. ohne Pause damit ich früher zu Hause bin. Die Notbetreuung reicht nicht aus. Kinder bekommen dort kein Mittagessen. Ich bin völlig alleine und mit den Nerven am Ende. Kindern geht es auch nicht gut so isoliert zu sein, seine Freunde nicht treffen zu dürfen, Schwimmen, kein Sport, kein Kino, keine Oma. Nur gestresste erschöpfte Mutter, die alleine um die Existenz kämpft, weil ihr Kündigung droht, falls Kinderbetreuung nicht gesichert wird. Vater gibt es nicht. Oma ist alt und darf nicht besucht werden“ (Andresen et al., 2020, 12f.). Weder fallen in dieser Familie Wegezeiten durch eine Home-Office-Option weg, noch kann die Mutter auf die Unterstützung der Kita, inklusive Mittagessen oder das Netzwerk der Großmutter zählen. Während in Paarhaushalten mit Kind(ern) noch die Möglichkeit der Arbeitsteilung besteht, weisen Alleinerziehende kumulierte Lebenslagen- und Armutsfaktoren auf. Ein Teil der Gesellschaft profitiert somit vom prekären Zeitwohlstand („aus dem Hamsterrad auszusteigen“), während bei einem anderen Teil die Zeitarmut und die soziale Ungleichheit noch verstärkt werden.

Es zeigt sich, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zeitverwendung in den privaten Haushalten von diversen Faktoren abhängig ist: (1) der Haushaltskonstellation (Haushalte mit oder ohne Kind[er]), (2) dem Geschlecht, (3) dem Beruf (z. B. Beschäftigte in systemrelevanten Berufen), (4) dem Bildungsstand (z. B. sind Personen mit niedriger Bildung häufiger in Kurzarbeit [Schröder et al., 2020]) sowie (5) dem Einkommen (Personen mit höherem Einkommen sind häufiger im Home-Office). Somit verstärkt die Corona-Pandemie die soziale Ungleichheit weiter. Die ungleiche Zeitverwendung verschiedener Bevölkerungsgruppen wirkt sich auch im Lebensverlauf aus: Wenn viel Zeit für unbezahlte Care-Arbeit und gleichzeitig wenig(er) Zeit für Erwerbsarbeit aufgewandt wird, dann führt ein niedrigeres Gehalt auch zu langfristigen Auswirkungen im Alter. Dadurch trägt die Corona-Pandemie zu einem Rückschritt im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter bei.

5 Operationalisierung von Zeitarmut in der Zeitverwendungserhebung

Seit dem 01.07.2021 ist das Zeitverwendungserhebungsgesetz in Kraft, welches die regelmäßige, freiwillige Erfassung der Zeitverwendung von 10.000 Haushalten (bisher ca. 5.000 Haushalte) vorsieht. Die nächste Erhebung ist von Januar bis Dezember 2022 geplant und soll im Zehnjahresturnus fortgeschrieben werden. Für die nächste Legislaturperiode der Bundesregierung ist darüber hinaus beabsichtigt, die Periodizität auf fünf Jahre zu verkürzen. Zum ersten Mal ist die Teilnahme

| Zeitwohlstand und Zeitarmut in privaten Haushalten

nicht nur als Papierfragebogen, sondern direkt per App möglich (Statistisches Bundesamt, 2021a).

Mit der Zeitverwendungserhebung sind nicht nur sehr exakte Aussagen zur Arbeitsbelastung in Familien und dem Volumen der unbezahlten Arbeit möglich (z. B. kann der Gender Care Gap fortgeschrieben werden), sondern es bietet sich an, mit den repräsentativen Daten Zeitwohlstand und Zeitarmut der deutschen Bevölkerung regelmäßig sichtbar zu machen und Veränderungen mittels Zeitreihenvergleichen aufzuzeigen. Dafür kann auf die eingangs dargelegte Definition von Zeitwohlstand zurückgegriffen werden: (1) quantitativ genügend Zeit, (2) gemeinsame Zeit, (3) selbstbestimmte Zeit, (4) möglichst entdichtete Zeit zur Verfügung zu haben.

Um zu messen, ob quantitativ genügend Zeit vorhanden ist, kann in einem ersten Schritt analysiert werden, wie viel Zeit für die einzelnen Tätigkeiten (Erwerbsarbeit, Care-Arbeit, Freizeit und Regeneration) aufgewendet wird. Im zweiten Schritt können die Ergebnisse um die Angaben zum subjektiven Zeitempfinden ergänzt werden. Dazu zählt die Auswertung der Fragen/Aussagen: „Ich fühle mich häufig unter Zeitdruck“ sowie „Hat Ihre Zeit in den letzten vier Wochen für folgende Personen/Bereiche ausgereicht? a) Kinder, b) (Ehe-)Partner/in, c) Sonstige Familienangehörige, d) Freunde/Bekannte, e) Hausarbeit, f) Erwerbsarbeit, g) Zeit für mich selbst/Ausruhen, h) Persönliche Interessen (z. B. Sport, Kultur).

Zur Analyse der gemeinsamen Zeit ist es mit der Zeitverwendungserhebung möglich, auszuwerten, mit wem die Aktivität genutzt wurde. Dies gilt es anschließend wieder mit den Ergebnissen zum subjektiven Zeitempfinden zu untermauern: „Ich wünsche mir mehr Zeit für a) mich selbst, b) meine Familie, c) Freunde/Bekannte“. Daraus kann abgeleitet werden, wie viel Zeit tatsächlich durchschnittlich für z. B. Familie, Freunde/Bekannte und für einen selbst aufgewendet wird und wie zufrieden die Personen damit sind.

Die Operationalisierung der selbstbestimmten Zeit gestaltet sich schwieriger. Als erklärende Variable kann die Eigenzeit sowie jene Zeit für Regeneration und Freizeit herangezogen werden, in welchen keine weiteren Nebenaktivitäten wie Kinderbetreuung ausgeübt wird. Denn wenn z. B. im getakteten Alltag eine Stunde für Sport zur Verfügung steht und dabei gleichzeitig das weinende Kind getröstet werden muss, ist die Zeit nicht unmittelbar selbstbestimmt.

Die Hypothese zur Verdichtung von Zeit (Rosa, 2013) kann mittels der in der Zeitverwendungserhebung erfassten Haupt- und Nebenaktivitäten abgebildet werden. Damit kann berücksichtigt werden, ob es zu einer Fragmentierung der Zeit kommt.

Im Gegensatz zu Zeitwohlstand gelten die Personen als zeitarm, die in den jeweiligen Bereichen weniger als 60 % der durchschnittlichen Zeit zur Verfügung haben. Es wird vorgeschlagen, dies nicht nur auf die Freizeit zu beschränken, sondern um die Eigenzeit sowie um Zeit für Regeneration zu erweitern.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Ergebnisse zur Zeitarmut besteht zum einen die Möglichkeit, auf die Merkmale Geschlecht, Alter, Haushaltsstruktur, Bildung, Beruf und Region zu kontrollieren. Da sich Zeitwohlstand jedoch nicht kontinuierlich, sondern episodisch über die Biografie einstellt, kann mit den Merkmalen ein synthetischer Lebenslauf abgebildet werden. Darin enthalten sind folgende Phasen im Lebenszyklus: Kindheit, junge Erwachsene (ohne Kinder), Familiengründungsphase mit dem ersten Kind zwischen 0–2 Jahre, Familienphase (Alter des jüngsten Kindes im Haushalt mit zwei Kindern unter 27 Jahren), Empty-nest-Phase sowie Phase mit pflegenden Angehörigen. Letztere kann eintreten, während die Kinder noch im Haushalt leben oder bereits ausgezogen sind. Damit sind differenzierte Aussagen zu Zeitwohlstand und Zeitarmut über den Lebensverlauf hinweg möglich.

6 Zeitarmut im Kontext von Zeitpolitik

Einen Beitrag zu mehr Zeitwohlstand kann Zeitpolitik leisten, wobei im Folgenden verschiedene Aspekte skizziert werden. Hierbei geht es nicht darum, bestimmte Maßnahmen in einer Form von Politikberatung zu empfehlen, sondern dafür zu sensibilisieren, dass Zeitarmut ein Problem darstellt, welches Teil von politischen Steuerungsbemühungen und Gerechtigkeitsüberlegungen werden muss.

Verschiedene Personengruppen sind in unterschiedlichem Ausmaß in ihrer Zeitsouveränität eingeschränkt: Familien, Selbstständige, Personen mit pflegenden Angehörigen oder Personen mit mehreren Arbeitsstellen können unter Zeitarmut leiden. Besonders eklatant ist beispielsweise die unterschiedliche durchschnittliche Lebenserwartung nach Berufsgruppen und Bildungsstand: So lebt ein männlicher Beamter im Durchschnitt fünf Jahre länger als ein männlicher Arbeiter (Haan & Schaller, 2021). Verschärft wird dieser Unterschied dadurch, dass es ein standardisiertes Renteneintrittsalter gibt, das diese Aspekte nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus sind besonders Familien in ihrer Zeitsouveränität eingeschränkt. Um die innerfamiliären Zeitprobleme zu lösen, arbeiten Frauen oftmals in Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung. Dabei wünschen sich Frauen, ihre wöchentliche Arbeitszeit zu erhöhen; gleichzeitig möchten Väter ihre Arbeitszeit reduzieren und sich stärker in der Familienarbeit engagieren (Bujard & Schwebel, 2015, S. 211; Statistisches Bundesamt, 2015, S. 11). Des Weiteren wünschen sich 60 % der Eltern mit Kindern zwischen einem und drei Jahren eine partnerschaftliche Arbeitsteilung (Müller et al., 2013, S. 3). Somit existiert eine Diskrepanz zwischen den Zeitwünschen und der Realität. Eine Idee, um dieser Problematik zu begegnen, zeigt der Zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung mit dem Erwerb-und-Sorge-Modell auf. Dieses sieht eine gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbs- und Sorgearbeit, unabhängig vom Geschlecht, vor. Ziel ist es, Individuen Gestaltungsmöglichkeiten für ihre private Lebensführung zu bieten, die in die jeweilige Lebenslage passen. Dabei soll die Care-Arbeit nicht im Privaten individual-

| Zeitwohlstand und Zeitarmut in privaten Haushalten

lisiert, sondern Teile extern ausgelagert werden, um Entlastung zu ermöglichen. Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen nötig, wie eine gute Betreuungsinfrastruktur oder die Subventionierung von haushaltsnahen Dienstleistungen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ], 2017).

Allmendinger (2021) leitet aus den Zeitwünschen, in Kombination mit der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit, die 32-Stunden-Woche im Durchschnitt über das Berufsleben verteilt ab. Um das Modell u. a. auch für Geringverdienende attraktiv zu machen, ist auch staatliche Unterstützung in Form eines Familiengeldes nötig.

Eine ähnliche Möglichkeit, Zeitsouveränität zu gewährleisten, bietet das Optionszeitenmodell. Dieses wird bereits im Siebten Familienbericht der Bundesregierung beschrieben (BMFSFJ, 2006) und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt (Jurczyk et al., 2020). Männliche Lebensverläufe weisen bisher eine relativ starre Berufs- und Familienphase auf, hingegen sind weibliche Lebensverläufe durch Unterbrechung und Teilzeit gekennzeichnet. Die Idee ist es, mit dem Optionszeitenmodell „atmende“ Lebensläufe zu ermöglichen, indem Männer und Frauen Zeit für Sorgearbeit (ca. 6 Jahre), Weiterbildung (ca. 2 Jahre) und Selbstsorge (ca. 1 Jahr) haben und ihre Erwerbsbiografien für solche Zeiten unterbrechen können (Ziehungsrechte). Dabei sollen Care-Unterbrechungen und Arbeitszeitverkürzungen auch für Männer zur neuen Normalität werden und nicht mehr überwiegend von Frauen getragen werden. Somit wird auch der konservativ-familienbasierte Wohlfahrtsstaat in Frage gestellt (Jurczyk et al., 2020, S. 207).

Heute existieren bereits diverse zeitpolitische Maßnahmen, die das Optionszeitenmodell aufgreift, wie der Bildungsurlaub, die Eltern- oder Pflegezeit. Diese sollen im Optionszeitenmodell zusammengeführt, weiterentwickelt sowie um den Bereich der Selbstsorge erweitert werden, um so alles in einem gemeinsamen Konzept zu vereinen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die „portablen“ Rechte, damit Unterbrechungszeiten z. B. bei einem Arbeitsplatzwechsel mitgenommen werden können. Die Finanzierung des Modells soll aus drei Bausteinen bestehen: (1) Wird die Tätigkeit zugunsten der Gesellschaft (z. B. Kinder- und Altenpflege, Gemeinwohl) ausgeführt, soll ein Lohnersatz durch Steuermittel erfolgen. (2) Wird die Berufsbiografie zugunsten des Unternehmens z. B. in Form von Weiterbildung unterbrochen, soll das Unternehmen das Entgelt fortzahlen. (3) Sind Unterbrechungen im Bereich der Selbstsorge geplant (z. B. Sabbaticals), ist die Finanzierung durch eigene Mittel sicherzustellen. Darüber hinaus plädieren die Autor*innen für ein situatives Grundeinkommen, um das Optionszeitenmodell auch weniger verdienenden Bevölkerungsteilen zu ermöglichen (Jurczyk et al., 2020, S. 207).

Ziel von Zeitpolitik sollte es somit sein, passgenaue Angebote zu liefern, die sich an die jeweilige Lebenslage und die individuellen Lebensläufe anpassen. Dabei kann sie nie isoliert betrachtet werden und wirken, sondern steht immer im Zusammenhang mit Geldpolitik und einer angemessenen Infrastruktur.

7 Fazit

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf die Lebensführung in privaten Haushalten haben können und dass diese die Zeitverwendung massiv beeinflussen. Dabei hat die Pandemie zunächst die schnelllebige Gesellschaft in gewisser Weise zum Stillstand gebracht. Dennoch stellt sich kein (weit verbreiteter) Zeitwohlstand ein, da die Zeit zum einen nicht (mehr) selbstbestimmt verbracht werden kann und zum anderen mit der Aufforderung zur Reduktion von Kontakten ebenfalls die gemeinsame Zeit eingeschränkt wird. Diese Veränderungen in privaten Haushalten detailliert abzubilden, ist eine Chance der repräsentativen Zeitverwendungserhebung 2022.

Insgesamt ist die Zeitsouveränität von Familien, insbesondere die der (erwerbstätigen) Mütter wesentlich beeinträchtigt. Hinzu kommt, dass Alleinerziehende in doppelter Hinsicht depriviert sind: finanziell und zeitlich. Deshalb gilt es, Rahmenbedingungen schaffen, um die Arbeit des Alltags mit dem Erwerbsleben zu vereinbaren und so einen nachhaltigen Beitrag zum Zeitwohlstand zu leisten sowie damit Verwirklichungschancen zu ermöglichen. Dazu zählt auch das Aufbrechen tradierter Geschlechterrollen, um soziale Ungleichheiten zu verringern.

Literatur

- Allmendinger, J. (2021). *Es geht nur gemeinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen*. Ullstein.
- Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Rusack, T., Schröder, W., Thomas, S. & Wilmes, J. (2020). *Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie: Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo*.
<https://doi.org/10.18442/121>
- Bonin, Holger, Eichhorst, W., Krause-Pilatus, A. & Rinne, U. (2021). *Auswirkungen der Corona-Krise auf das Familien- und Erwerbsleben: Kurzexpertise*. Forschungsbericht 574. Berlin.
- Bujard, M., Laß, I., Diabaté, S., Sulak, Harun & Schneider, N. F. (2020). *Eltern während der Corona-Krise: Zur Improvisation gezwungen*. Wiesbaden.
<https://doi.org/10.12765/bro-2020-01>
- Bujard, M. & Panova, R. (2016). Zwei Varianten der Rushhour des Lebens: Lebensentscheidungen bei Akademiker/innen und Zeitbelastung bei Familien mit kleinen Kindern. *Bevölkerungsforschung Aktuell*(1), 11–20.
- Bujard, M. & Schwebel, L. (2015). Väter zwischen Wunsch und Realität: Neue Vereinbarkeitsprobleme von Familie und Beruf bei Männern. *GWP (Gesellschaft. Wirtschaft. Politik)*, 64(2), 211-224.
<https://doi.org/10.3224/gwp.v64i2.19456>

| Zeitwohlstand und Zeitarmut in privaten Haushalten

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2006). *Familie zwischen Flexibilität: Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Siebter Familienbericht. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/76276/40b5b103e693dacd4c014648d906aa99/7-familienbericht-data.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2017). *Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- Frodermann, C., Grunau, P., Haepf, T., Mackeben, J., Ruf, K., Steffes, S. & Wanger, S. (2020). *Wie Corona den Arbeitsalltag verändert hat* (IAB-Kurzbericht 13/2020). Nürnberg.
- Garhammer, M. (2002). Zeitwohlstand und Lebensqualität – ein interkultureller Vergleich. In J. P. Rinderspacher (Hrsg.), *Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung: Bd. 39. Zeitwohlstand: Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation* (S. 165–205). Ed. Sigma.
- Haan, P. & Schaller, M. (2021). *Heterogene Lebenserwartung: Forschungsprojekt im Auftrag des Sozialverbands VdK Deutschland*. DIW Berlin: Bd. 171. DIW Berlin Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Jorck, G. von, Gerold, S., Geiger, S. & Schrader, U. (2019). *Zeitwohlstand: Arbeitspapier zur Definition von Zeitwohlstand im Forschungsprojekt ReZeitKon*. Berlin. https://www.rezeitkon.de/wordpress/wp-content/uploads/2020/11/Jorck_etal_2019_ReZeitKon_Zeitwohlstand_Arbeitspapier.pdf
- Jurczyk, K., Mückenberger, U. & Lien, S. (2020). *Selbstbestimmte Optionszeiten im Erwerbsverlauf: Forschungsprojekt im Rahmen des „Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS)*. Abschlussbericht.
- Klünder, N. (2017). *Differenzierte Ermittlung des Gender Care Gap auf Basis der repräsentativen Zeitverwendungsdaten 2012/13: Expertise im Rahmen des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung*. <http://www.gleichstellungsbericht.de/de/article/51.expertisen.html>
- Klünder, N. & Meier-Gräwe, U. (2017). Essalltag und Arbeitsteilung von Eltern in Paarbeziehungen: Eine Analyse auf Basis der repräsentativen Zeitverwendungsdaten 2012/13 und 2001/02. *Zeitschrift für Familienforschung*, 29(2), 179–201. <https://doi.org/10.3224/zff.v29i2.03>
- Kohlrausch, B. & Zucco, A. (2020). *Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt: Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit* (Policy Brief WSI Nr. 40). Düsseldorf.
- Mückenberger, U. (2002). Zeitwohlstand und Zeitpolitik. Überlegungen zur Zeitabstraktion. In J. P. Rinderspacher (Hrsg.), *Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung: Bd. 39. Zeitwohlstand: Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation* (S. 117–142). Ed. Sigma.

- Müller, K.-U., Neumann, M. & Wrohlich, K. (2013). Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine neue Lohnersatzleistung bei Familienarbeitszeit. *DIW Wochenbericht*(46), 1–11.
- Rathjen, T. (2017). *Zeit- und Einkommensarmut in Deutschland*. Nomos Verlagsgesellschaft. <https://doi.org/10.5771/9783845282817>
- Rinderspacher, J. P. (2012). Zeitwohlstand – Kriterien für einen anderen Maßstab von Lebensqualität, 1–10.
- Rosa, H. (2013). *Beschleunigung und Entfremdung: Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit*. Suhrkamp.
- Rosa, H. (2014). *Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne* (10. Aufl.). Suhrkamp.
- Schröder, C., Entringer, T., Goebel, J., Grabka, M., Graeber, D., Kroh, M., Kröger, H., Kühne, S., Liebig, S., Schupp, J., Seebauer, Johannes & Zinn, S. (2020). *Erwerbstätige sind vor dem Covid-19-Virus nicht alle gleich* (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research). Berlin.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.). (2015). *Wie die Zeit vergeht: Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. (2021a). *Neues Gesetz: Regelmäßige Daten zur Zeitverwendung ab 2022: Pressemitteilung Nr. 313 vom 01.07.2021*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.). (2021b). *Wirtschaftsrechnungen: Leben in Europa (EU-SILC)*. Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union 2019. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Publikationen/Downloads-Lebensbedingungen/einkommen-lebensbedingungen-2150300197004.pdf>
- Würzen, B. v. (2020). *Traditionelle Rollenverteilung in Corona-Krise belastet die Frauen*. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/rollen-und-aufgabenverteilung-bei-frauen-und-maennern-in-corona-zeiten>

Verfasserin

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Nina Klünder

Universität Paderborn
Fakultät für Naturwissenschaften
Institut für Ernährung, Gesundheit und Konsum
Warburger Str. 100
D-33098 Paderborn

Angela Häußler

Care-Arbeit als Ressource für die Lebensführung

Care-Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität und gesellschaftlichen Wohlstand. Als strukturell unterbewertete Arbeit sind die Bedingungen für Care-Arbeit krisenhaft. Eine care-sensible schulische Bildung für Lebensführung kann zur Stärkung der Ressource Care-Arbeit beitragen.

Schlüsselwörter: Care-Arbeit, Care-Ökonomie, Bildung für Lebensführung, Geschlechterreflexive Fachdidaktik

Care work as a resource for the conduct of life

Care work is an essential prerequisite for quality of life and social prosperity. As structurally undervalued work, the conditions for care work are crisis-ridden. Care-sensitive school education for the conduct of life contributes to strengthening the resource of care work.

Keywords: care work, care economy, education for the conduct of life, gender-reflexive subject didactics

1 Einleitung

Die täglich wiederkehrende Haushaltsarbeit wird aus individueller Perspektive nicht selten als belastend und stressig wahrgenommen; als das, was eben getan werden muss, um den Alltag und das Leben am Laufen zu halten. Es sind viele kleine Tätigkeiten, die oft nebenbei erledigt werden. Da die meisten Menschen in vielen Phasen des Lebens mit anderen in einem Haushalt zusammenleben, ist die Organisation des Alltags eng mit der Lebensführung und der Versorgung anderer Haushaltsmitglieder verzahnt, z. B. durch gemeinsame Mahlzeiten. Besonders wenn Fürsorge und Versorgung für Kinder, Kranke oder Ältere geleistet und die Bedürfnisse mehrerer Personen harmonisiert werden müssen, ist Care-Arbeit durchaus anspruchsvoll, von beträchtlichem Umfang und wird – nach wie vor - weit überwiegend von Frauen erbracht.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet ist es unstrittig und im Alltag direkt erfahrbar, dass Haushalts- oder auch Care-Arbeit eine zentrale Grundbedingung für Lebensqualität und Gesundheit ist. Der vorliegende Beitrag stellt die Bedeutung von Care-Arbeit als Ressource für die Lebensführung sowohl aus der Perspektive der privaten Haushalte als auch aus der Perspektive der Gesellschaft dar. Da Care-Arbeit nicht nur eine relevante Ressource darstellt, sondern wiederum auf andere Ressour-

cen angewiesen ist, werden Schlussfolgerungen für die Bildung für Lebensführung als Ansatz zur Stärkung und Erhalt der Ressource Care-Arbeit entwickelt.

2 Care-Arbeit als Lebens-Grundlage

2.1 Haushaltsarbeit als Care-Arbeit – Annäherung an den Begriff

Sowohl in der Alltagssprache als auch in der wissenschaftlichen Literatur werden viele unterschiedliche Begriffe verwendet, um die täglichen Arbeiten zur Daseinsvorsorge zu benennen, wie Haus-, Haushalts-, Reproduktions- oder Familienarbeit (siehe auch Häußler, 2019). Im vorliegenden Beitrag wird in Anlehnung an aktuelle wissenschaftliche Diskurse der Begriff Care-Arbeit auf Grundlage der Definition von Klünder verwendet:

Unbezahlte Care-Arbeit beinhaltet alle unbezahlten Tätigkeiten, die für einen Haushalt und seine Mitglieder zur Verfügung gestellt werden und essentiell für die Gesundheit, das Wohlbefinden, die Pflege und den Schutz für jemanden oder etwas sind. Dazu zählt die Pflege- und Sorgearbeit für Personen, Hausarbeit und Ehrenamt. (Klünder, 2016, S. 5)

Im Vergleich zum Begriff der Haus- oder Haushaltsarbeit ist mit dem Care-Begriff sowohl der Fürsorge- als auch der Beziehungsaspekt deutlich benannt, den Haushaltsarbeit immer auch hat (Madörin, 2010; Häußler, 2019). Er umfasst nach der Definition von Klünder sowohl die Sorge für sich selbst, die Sorge für andere als auch die dafür notwendigen Haushaltsarbeiten (Klünder, 2016). Der Begriff der Care-Arbeit wird auch für berufliche Pflege- und Sorgearbeiten verwendet, z. B. in hauswirtschaftlichen Berufen oder in der Pflege, in diesem Text steht jedoch die unbezahlte Care-Arbeit in privaten Haushalten im Mittelpunkt.

2.2 Das bisschen Haushalt? Messung und Bewertung von Care-Arbeit

Selbst die Expert:innen waren nach der Auswertung der ersten Zeitbudgeterhebungen überrascht (Madörin 2014): Nach Erhebungen des statistischen Bundesamtes im Jahr 1991/1992 wurde in Deutschland deutlich mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit geleistet. In der damals ersten bundesweiten Erhebung wurden 102 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit gegenüber 69 Mrd. Stunden bezahlter Arbeit gezählt. In den Folgerhebungen 2001 und 2013 bestätigte sich diese Differenz, auch wenn der Umfang der unbezahlten Arbeit über die Dekaden etwas abgenommen hat.

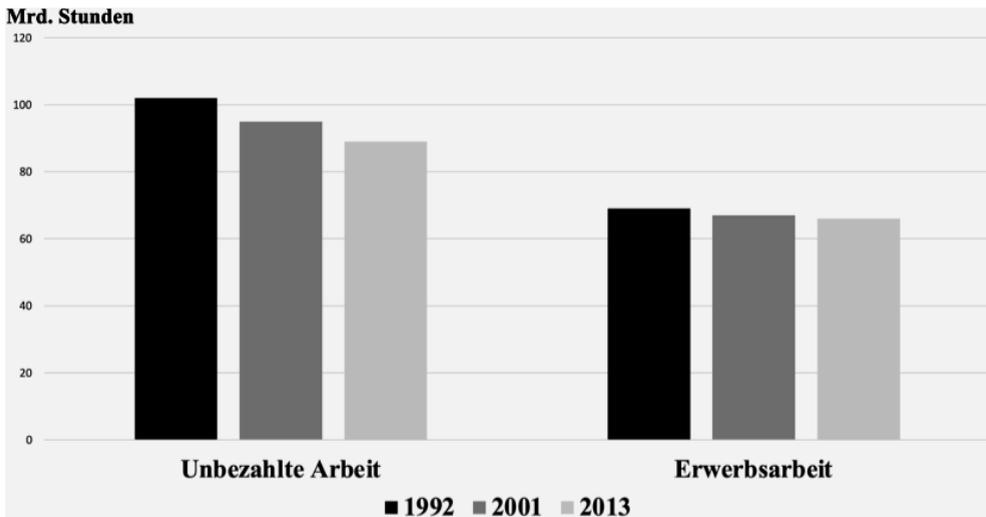


Abb. 1: Jahresvolumen bezahlter und unbezahlter Arbeit in Mrd. Stunden. Bevölkerung ab 12 Jahren einschließlich Wegezeiten (Schwarz & Schwahn, 2016: 39)

Seit den 1970er Jahren haben sich vor allem Haushaltswissenschaftlerinnen und Frauenforscherinnen dafür eingesetzt, die Leistungen der privaten Haushalte zu erfassen, um mit validen Daten Umfang und Wert der weitgehend unsichtbaren, überwiegend von Frauen geleisteten, aber gesellschaftlich und ökonomisch wichtigen Arbeit abbilden zu können. Nach einigen Debatten und Überlegungen, wie die vielfältige und weit überwiegend im Privaten geleistete Arbeit erfasst, gemessen und bewertet werden kann, fand in Deutschland mit der Zeitbudgeterhebung 1991/92 erstmals eine Bewertung auf Grundlage der aufgewendeten Zeit statt (Küster, 1994). In den etwa alle zehn Jahre durchgeführten repräsentativen Zeitverwendungserhebungen erfasst das Statistische Bundesamt seitdem mit Unterstützung der statistischen Landesämter regelmäßig die Aktivitäten der Bevölkerung. Der unbezahlten Arbeit gilt dabei nach wie vor besonderes Interesse. Pro Erhebungswelle umfasst die Stichprobe etwa 5000 Haushalte. Die Haushaltsmitglieder ab 10 Jahren (ab 12 Jahren in der Erhebung 1991/91) führen dazu an drei vorgegebenen Tagen ein ausführliches Tagebuch zu all ihren Aktivitäten im Tagesablauf, differenziert nach Haupt- und Nebenaktivitäten (Statistisches Bundesamt o. D.a).

Dritt-Personen-Kriterium zur Abgrenzung unbezahlter Arbeit

Um die unbezahlte Arbeit von persönlichen Tätigkeiten und Freizeitaktivitäten abgrenzen zu können, wird das „Dritt-Personen-Kriterium“ herangezogen. Als unbezahlte Arbeit gelten danach alle Aktivitäten, die (theoretisch) auch von einer anderen Person gegen Bezahlung übernommen werden könnten. Damit orientiert sich das Statistische Bundesamt an den europäischen Empfehlungen von Eurostats. Folgende

Aktivitäten werden für die Berechnung der unbezahlten Arbeit herangezogen (Schwarz & Schwahn, 2016, S. 37):

- Haus- und Gartenarbeit
 - Zubereitung von Mahlzeiten, andere Hausarbeit in der Küche
 - Haus- und Wohnungsreinigung
 - Herstellen/ Pflege von Textilien
 - Gartenarbeit, Pflanzen- und Tierpflege
 - Einkaufen, Behördengänge, Haushaltsorganisation
- Bauen und handwerkliche Tätigkeit
- Pflege und Betreuung
 - Kinderbetreuung
 - Unterstützung, Pflege, Betreuung erwachsener Haushaltsmitglieder
- Ehrenamt und informelle Hilfe

Die Kategorien zeigen, dass der überwiegende Anteil der unbezahlten Arbeit für Care-Tätigkeiten, also für Arbeiten, die für die Daseinsvorsorge notwendig sind, anfällt. Deutlicher noch wird es in der Auswertung der Daten:

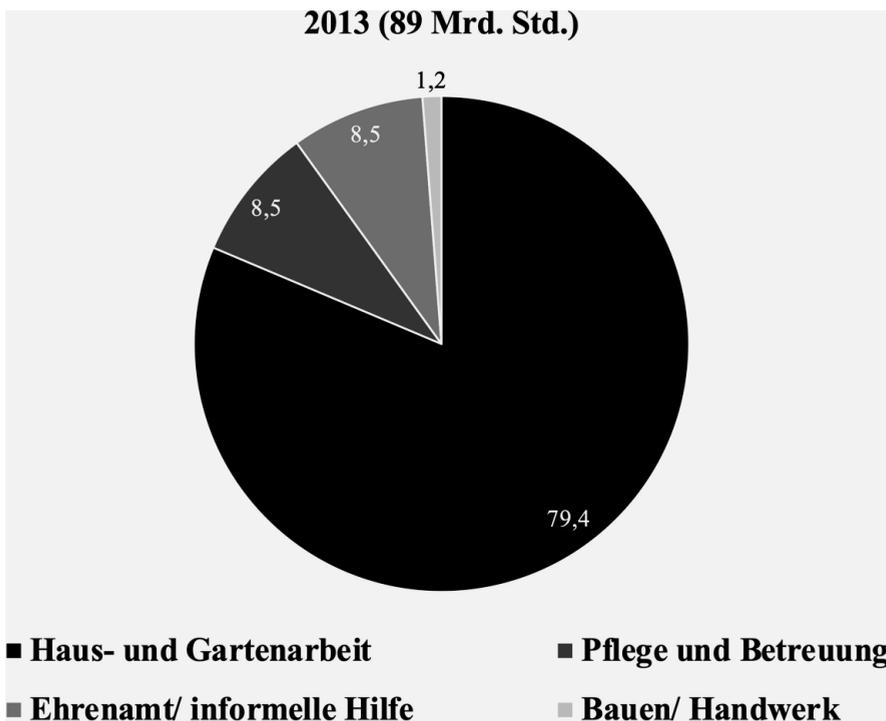


Abb. 2: Unbezahlte Arbeit in Deutschland 2013 nach Aktivitätsbereichen, in Prozent (Schwarz & Schwahn, 2016:8)

Ökonomische Bewertung: Satellitensystem Haushaltsproduktion

Um in einem nächsten Schritt einen Wert für die geleistete unbezahlte Arbeit ermitteln zu können, wird der Haushalt als Produktionseinheit betrachtet – als Erweiterung des in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) angelegten Verständnisses der privaten Haushalte als reine Konsumeinheiten und Anbieter von Arbeitskraft für die Unternehmen. Über das Konzept der Haushaltsproduktion wird es möglich, die ökonomisch abgebildete Wertschöpfungskette durch Leistungen der privaten Haushalte in Form von unbezahlter Arbeit zu erweitern. Es wird also sichtbar gemacht, dass der ökonomisch als Marktentnahme abgebildete Konsum, z. B. der Kauf von Lebensmitteln, in aller Regel nicht direkt der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dient, sondern dass hier in den privaten Haushalten durch unbezahlte Arbeit, z. B. für die Verarbeitung der Lebensmittel, Produktionsprozesse notwendig sind, bis das Essen tatsächlich auf dem Tisch steht und der eigentlichen Bedürfnisbefriedigung dienen kann – so wie es in ökonomischen Konzeptionen als Ziel allen Wirtschaftens formuliert ist (Häußler, 2020; Häußler, 2015; Meier-Gräwe & Ohrem, 2012; Funder, 2011). Mit dem Satellitensystem Haushaltsproduktion wird damit die letzte Stufe volkswirtschaftlichen Handelns erfassbar, die ansonsten als nicht-ökonomisch in den VGR außen vor bleibt (v. Schweitzer, 1991; Madörin, 2010). Der Wert der Haushaltsproduktion wird auf Grundlage des Zeitumfangs für unbezahlte Arbeit mit dem Generalistenansatz ermittelt. Dieser bildet ab, was die Arbeit im Haushalt kosten würde, wenn dafür eine Arbeitskraft angestellt werden würde. Zur Bewertung werden die ermittelten Stunden der geleisteten unbezahlten Arbeit mit dem durchschnittlichen Stundenlohn einer Hauswirtschafterin multipliziert, der Wert der Haushaltsproduktion ergibt sich also über die dafür investierte Zeit.

Mit den Daten der Zeitverwendungserhebung von 2013 mit 89 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit liegt die rechnerische Bruttowertschöpfung¹ der Haushaltsproduktion bei beträchtlichen 987 Mrd. Euro, im Vergleich zu 2537 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung aller im Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfassten Wirtschaftsleistungen und 769 Mrd. Euro des gesamten produzierenden Gewerbes (verarbeitendes Gewerbe, Energiewirtschaft, Baugewerbe und Bergbau) (Schwarz & Schwahn, 2016). Die Berechnungen des Satellitensystems Haushaltsproduktion gehen jedoch nicht direkt in die VGR ein, sondern dienen dazu, die Haushaltsproduktion mit gesamtwirtschaftlichen Größen zu vergleichen, ausgehend von dem Verständnis, dass diese zur gesellschaftlichen und ökonomischen Wohlfahrt beiträgt (Schwarz & Schwahn, 2016). Oder anders formuliert: *Die Gesamtheit der unbezahlt geleisteten Arbeit stellt eine wertvolle und unabdingbare Ressource für das Funktionieren des Wirtschaftssystems und der gesamten Gesellschaft dar.*

Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit

Mit dieser statistisch-ökonomischen Perspektive auf die über-individuelle Institution der privaten Haushalte als Orte der Lebensführung ist bis zu diesem Punkt noch nicht erfasst, wie und von wem die Care-Arbeit als essenzielle Fürsorge-Leistungen für das Wohlergehen der Menschen geleistet wird. Es entspricht einerseits weitgehend der Alltagserfahrung, dass die unbezahlte Care-Arbeit im privaten Haushalt nach wie vor ein überwiegend weiblicher Verantwortungsbereich ist. Andererseits haben Prozesse des gesellschaftlichen Wandels in den letzten Jahrzehnten auch in vielen Lebensbereichen zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse geführt. Das ehezentrierte und rechtlich abgesicherte Familienleitbild der jungen BRD der 1950er und 1960er Jahre mit einem männlichen Familienernährer und einer nicht erwerbstätigen Hausfrau scheint überholt und gestrig. In den Strukturen gesellschaftlicher Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sind die traditionellen Linien jedoch nach wie vor angelegt und deutlich erkennbar (Klünder, 2022, i. d. Heft), so wird beispielsweise in vielen Kontexten die Frage der Vereinbarkeit zwischen Familie und Erwerbsarbeit an Frauen/ Mütter adressiert. Auch die Daten der Zeitverwendungserhebungen bilden die traditionellen Arbeitsteilungsmuster zwischen den Geschlechtern in allen Erhebungswellen deutlich ab. Hier zeigt sich über die Jahrzehnte hinweg, dass Care-Arbeit auch trotz veränderter Geschlechterrollenvorstellungen weit überwiegend von Frauen geleistet wird. Im Erhebungszeitraum 2012/13 haben Frauen im Schnitt 29:29 Stunden in der Woche unbezahlt gearbeitet, für Männer wurde ein Wert von 19:21 Stunden ermittelt – bei vergleichbarer Gesamtarbeitszeit in der Woche (Männer: 44:34h; Frauen: 45:38h) (Peuckert, 2019, S. 423). Wie der Beitrag von Klünder in diesem Band am Beispiel der Arbeitsteilungsmuster während der Corona-Pandemie zeigt, sind es nach wie vor Frauen, die sich für die Care-Arbeit zuständig fühlen und diese verantwortlich übernehmen.

2.3 Ressourcen für Care-Arbeit – Care-Arbeit als Ressource

Haushalte sind Dreh- und Angelpunkte der Lebensführung – hier wird Alltag organisiert, gestaltet und alles für die Daseinsvorsorge Notwendige gesichert und erledigt. Ziel aller Aktivitäten auf Haushaltsebene ist zunächst die Lebenserhaltung und Bedürfnisbefriedigung, aber auch die Persönlichkeitsentwicklung aller Haushaltsmitglieder. Außerdem wird in den Haushalten die Kultur des Zusammenlebens gestaltet (v. Schweitzer, 1991; Schlegel-Matthies & Methfessel, 2003; Schlegel-Matthies, 2019). Damit diese Ziele erreicht werden können, die unbestritten eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlbefinden und die Lebensqualität aller Haushaltsmitglieder sind, muss einiges an Haushaltsarbeit geleistet werden. Neben den offensichtlichen und durchaus zeitaufwändigen Aufgaben, wie das Kümmern um die täglichen Mahlzeiten; darum, dass immer genug saubere Wäsche in den Schränken liegt oder die Wohnung geputzt ist, fallen viele komplexe Planungs-, Organisations- und In-

formationsarbeiten an, die (noch) weniger sichtbar sind und vermutlich auch in der Zeitverwendungserhebung kaum erfasst werden.

Diese Aspekte der Haushaltsarbeit hat Thiele-Wittig mit dem Begriff der „Neuen Hausarbeit“ gefasst (Schlegel-Matthies, 2003). In aktuellen Care-Debatten wird die Last der Verantwortung, für die Prozesse des Planens und Mitdenkens für die Versorgung der Haushaltsmitglieder mit dem Begriff „Mental Load“ umschrieben (Cammarata, 2020). Es gehört dabei zu den charakteristischen Eigenschaften von Haushalts- oder Care-Arbeit, dass sie meist erst sichtbar wird, wenn sie nicht oder nur unzureichend gemacht ist und es dadurch im Alltag an der ein oder anderen Stelle hakt und ruckelt. Mit „Mental Load“ ist die Belastung durch unzählige, meist unsichtbare Aufgaben und Verantwortlichkeiten rund um die Alltagsorganisation vor allem in Familien mit Kindern gemeint. Diese können in Mental-Load-Tests erfasst und abgebildet werden, z. B. mit Fragen nach der Verantwortung für die passenden Gummistiefel in der Kita, das Kümmern um Geschenke für Freunde oder Freundinnen der Kinder oder die Verwandtschaft oder auch um den rechtzeitigen Wechsel auf Winterreifen (Cammarata, 2020; Equal Care Day, 2021). Diese unzähligen Prozesse, Leistungen und Verantwortlichkeiten für die Versorgung und Alltagsorganisation stellen eine elementare Ressource für die Lebensführung aller Haushaltsmitglieder dar.

Aus haushaltswissenschaftlicher Perspektive sind Ressourcen zunächst nutzbare Mittel als Grundlage für das Haushaltshandeln. Mit dem Ziel der Alltagsbewältigung und Lebensführung sowie der Bedürfnisbefriedigung der Haushaltsmitglieder bedarf es verschiedener Ressourcen. Dies sind zum einen notwendige materielle Ressourcen wie finanzielle Mittel, Gebrauchsgüter oder Haushaltsausstattung, zum anderen personale Ressourcen, die sich fest an eine Person gebunden im Handlungspotenzial eines Menschen abbilden, wie Kompetenzen, Zeit und Gesundheit; oder soziale Ressourcen, beispielsweise in Form von sozialen Netzwerken. Es gehört dabei zu den zentralen Aufgaben des Haushaltes, die verschiedenen Ressourcen zu erschließen, bereitzustellen und zu nutzen (v. Schweitzer, 1991; Schlegel-Matthies & Methfessel 2009; Methfessel & Schlegel-Matthies, 2022). Teilweise lassen sich verschiedene Ressourcenarten untereinander ersetzen. So kann für den Wohnungsputz entweder Zeit für das Selbsterledigen oder Geld für haushaltsnahe Dienstleistungen investiert werden – vorausgesetzt, dass entsprechende Dienstleistungen passend verfügbar sind, ansonsten bleibt die Wahloption theoretisch.

Auch Haushaltsführungskompetenzen für zeitökonomisch-strukturiertes Haushaltshandeln können teilweise andere Ressourcen kompensieren. Das bedeutet, dass Care-Arbeit und vor allem diejenigen, die Care-Arbeit leisten, wiederum auf Ressourcen angewiesen ist. Haushalts- und Lebensführungskompetenzen als personale Ressource sind dabei eine wesentliche Voraussetzung. In Anlehnung an die Definition von Weinert beinhalten diese sowohl umfassende Fähigkeiten und Fertigkeiten auf verschiedenen Ebenen, als auch Volition und Motivation, womit die

Bereitschaft gefasst werden kann, die Care-Aufgaben zu übernehmen und sich dafür verantwortlich zu fühlen (Weinert, 2001). Somit kann auch Fürsorglichkeit und Care-Verantwortung als ein Aspekt der Haushaltsführungs- und Care-Kompetenz und damit als Ressource für Care-Arbeit verstanden werden.

Care-Arbeit als ökonomische und gesellschaftliche Ressource

Mit allem was in Haushalten für die Versorgung und das Zusammenleben der Haushaltsmitglieder getan wird, werden auch die Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Gesellschaft geschaffen. Als Basisinstitutionen der Gesellschaft erfüllen Haushalte wichtige gesellschaftliche Funktionen und tragen wesentlich zur Lebensqualität bei. So bedarf es einiges an Versorgungs-, Erziehungs- und Sozialisationsleistungen bis Kinder selbst eine verantwortliche Rolle in der Gesellschaft einnehmen können. Und auch für Erwachsene ist der Haushalt Rückzugsort und Versorgungsinstanz, um gesund und leistungsfähig zu bleiben oder dies im Falle einer Krankheit wieder zu werden. Die Sozialisations- und Regenerationsfunktion sind dabei nur zwei von vielen gesellschaftlichen Funktionen, die private Haushalte übernehmen (Schlegel-Matthies, 2019; 2022a). Der fünfte Familienbericht der Bundesregierung 1995 hat für die Leistungen der Haushalte den Begriff des Humanvermögens geprägt:

Zur zusammenfassenden Kennzeichnung der Leistungen, welche Familien für andere Gesellschaftsbereiche erbringen bietet sich der Begriff des Humanvermögens an. Die Anforderungen, die die moderne Gesellschaft an [...] die Menschen stellt, sind in erster Linie Ansprüche an die Qualität der Bildung und Erhaltung des Humanvermögens. [...] Der Begriff des Humanvermögens bezeichnet zum einen die Gesamtheit der Kompetenzen aller Mitglieder einer Gesellschaft. Zum anderen soll mit diesem Begriff [...] das Handlungspotenzial des einzelnen umschrieben werden (BMFSFJ, 1994: 28)

Die Leistungen, die Haushalte und Familien mit unbezahlter Care-Arbeit erbringen, stellen also eine wichtige gesellschaftliche Ressource dar; eine Quelle dafür, Humanvermögen im Sinne gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zu schaffen und zu erhalten. Es ist durchaus bezeichnend, dass es ungewohnt erscheint, die notwendigen und mehr oder weniger als selbstverständlich verstandenen privaten Aufgaben für die Lebensführung zu benennen und als Leistung zu bewerten (BMFSFJ, 1994; Häußler, 2019). Aber auch auf der gesellschaftlichen Ebene gilt, dass Haushaltsarbeit oder Care-Arbeit erst dann sichtbar wird, wenn sie nicht mehr geleistet wird oder werden kann. Besonders deutlich wird dies derzeit in der Pflege. Aufgrund verschiedener Prozesse des gesellschaftlichen Wandels wie veränderter Familien- und Erwerbsstrukturen, Geschlechter- und Generationenverhältnisse sowie längerer Lebenszeiten kann die Versorgung von Pflegebedürftigen nur selten vollständig privat und innerfamiliär organisiert werden. Die prekäre gesellschaftliche Situation in der Pflege, die sich unter anderem in Form sozial kaum abgesicherter 24/7-Arbeitsverhältnisse von

meist nicht ausgebildeten Pflegemigrant:innen zeigt, deutet darauf hin, dass die Strukturen für notwendige Care-Arbeit gesellschaftlich neu ausgehandelt und organisiert werden müssen.

Es macht den besonderen Charakter von Care-Arbeit aus, dass sie stark durch Beziehungen geprägt ist. Sie wird in aller Regel für Familienmitglieder geleistet, die teilweise abhängig sind und sich nicht (vollständig) selbst versorgen können (Madörin, 2010). Wenn also die Bedingungen für die Care-Arbeit, z. B. durch Probleme der Vereinbarkeit durch wenig flexible Erwerbsarbeitszeiten oder Kinderbetreuungsangebote, schwierig sind, führt dies meist zu Überlastungssituationen bei denjenigen, die Care-Arbeit leisten, in aller Regel also bei Frauen. Care-Arbeit, die Versorgung und das Kümmern um Kinder oder Pflegebedürftige, kann nämlich nicht einfach liegen gelassen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die Verantwortlichen für die Care-Arbeit fangen an dieser Stelle vieles ab, was nicht selten zu Lasten ihrer eigenen Gesundheit geht (Schutzbach, 2021). Nicht erst in der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass Care-Arbeit teilweise unter prekären Bedingungen geleistet wird (Meier-Gräwe, 2021; Raacke, 2022, i. d. Heft).

Die Gesellschaft und ihre Institutionen greift also in Form von unbezahlt geleisteter Care-Arbeit von Frauen auf wichtige Ressourcen zurück, erkennt diese jedoch strukturell nicht als ökonomische Leistung an und kümmert sich daher nicht hinreichend um diejenigen, die diese Arbeit leisten, zum Beispiel in Form von unterstützenden Rahmenbedingungen (Prätorius, 2015; Eisler, 2020). Der fünfte Familienbericht hat dafür den Begriff der strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien geprägt. Als Ursachen dafür lässt sich anführen, dass Care-Arbeit im Kern als private Angelegenheit und Verantwortung der Familien verstanden wird und dass ökonomische Absicherung nach wie vor weit überwiegend über Erwerbsarbeit gesichert wird (vgl. Schlegel-Matthies, 2022b, i. d. Heft). Es ist mit deutlichen finanziellen Nachteilen verbunden, Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren, um Zeit für notwendige, unbezahlte Care-Arbeit zu haben. Dies führt beispielsweise dazu, dass der Gender-Pension-Gap, also die Unterschiede im Alterssicherungseinkommen zwischen Männern und Frauen ab 65 Jahren im Jahr 2019 bei 49 Prozent lag (BMFSFJ, 2021). Wie der Beitrag von Klünder in diesem Band zeigt, sind es auch in der Corona-Pandemie auf lange Sicht überwiegend die Mütter, die einspringen und sich für die Betreuung verantwortlich fühlen, wenn Kitas und Schulen schließen. Dabei sind es in der Regel keine bewusst und individuell getroffenen Entscheidungen, die dazu führen, dass die Arbeitsteilung zwischen Eltern in vielen Familien entlang traditioneller Geschlechterrollen organisiert wird. Es sind auf verschiedenen Ebenen wirkende komplexe Faktoren, wie gesellschaftlich verankerte Rollenvorstellungen, ungleiche Gehaltsstrukturen in typischen Männer- oder Frauenberufen oder mangelnde öffentliche Kinderbetreuungsangebote, die bei vielen Paaren nach der Geburt des ersten Kindes zu traditionellen Arbeitsteilungsmustern führen (Koppetsch & Speck 2015).

Ursachen für die Krise der Care-Arbeit als knappe Ressource

In Anbetracht der krisenhaften Bedingungen sowohl der unbezahlten, aber auch der bezahlten systemrelevanten Care-Arbeit, die spätestens mit der Corona-Pandemie für alle sichtbar wurde, ist es inzwischen weitgehend unstrittig, dass es einen gesellschaftlichen Diskurs dazu braucht, wie die gesellschaftlich notwendige Care-Arbeit organisiert werden kann (Madörin, 2010; Meier-Gräwe, 2020).

Um die gesellschaftlichen Weichenstellungen für die derzeitige Organisation der Care-Arbeit nachvollziehen zu können, führt der Weg zurück zu den Anfängen der Nationalökonomie im Übergang von der Agrar- zur kapitalistischen Industriegesellschaft ab etwa Mitte des 18. Jahrhunderts. Die bis zu diesem Zeitpunkt im Zentrum der Ökonomie stehenden haus- und bedarfswirtschaftlichen Care-Arbeiten als Grundlage des Lebensunterhaltes gerieten im Zuge der Industrialisierung aus dem Blick der Ökonomie. Als Grundlage gesellschaftlicher Wohlfahrtsproduktion zählt seitdem allein die monetär produktive, also Geldwerte schaffende Erwerbsarbeit. Die re-produktive, also Erwerbsarbeitskraft (wieder) herstellende Care-Arbeit in privaten Haushalten und Familien wurde im Zuge dieser Entwicklung trivialisiert, als nicht-produktive Arbeit markiert und nicht als ökonomische Leistung erfasst (Biesecker & Hofmeister, 2010; Becker-Schmidt, 2019; Häußler, 2019; Meier-Gräwe, 2020). „Zeitgleich erfolgte eine naturrechtliche Begründung der Zuständigkeit von Frauen für diese vielfältigen alltäglichen Aufgaben: Die Haus- und Sorgeverantwortung wurde ihnen fortan wesensmäßig zugeschrieben“ (Meier-Gräwe, 2020, S. 29). Fürsorglichkeit und Mütterlichkeit werden als natürlich gegebene weibliche Geschlechtseigenschaften verstanden, die unbezahlte Arbeit wird zu „Arbeit aus Liebe“ (Bock & Duden 1977), die keiner ökonomischen Bewertung bedarf (ausführlicher Häußler 2019). Der naturrechtliche Begründungszusammenhang kann auch als Ursache dafür gesehen werden, dass bezahlte Care-Arbeit deutlich schlechter bezahlt wird als die im ursprünglichen nationalökonomischen Sinn produktive Erwerbsarbeit, auch bei vergleichbarem Anforderungs- und Belastungsprofil (Lillemeier, 2016). Da Fürsorglichkeit, z. B. in Form von sozialen Kompetenzen als weibliche Eigenschaft und nicht als professionelle Kompetenz verstanden wird, wird dies nicht in angemessenem Umfang als Berechnungsgrundlage für die Entlohnung herangezogen.

3 Care-sensible Bildung für Lebensführung

Wie sich an den Ausführungen zeigt, wird die gesellschaftliche Care-Krise bisher vor allem in ihren ökonomischen und politischen Dimensionen gefasst und diskutiert. Da das Bildungssystem mit den ökonomischen und politischen Funktionssystemen in Wechselwirkung steht, ist auch ein bildungsbezogener Blick auf Care-Arbeit sinnvoll und notwendig. Die Schnittstelle zeigt sich beispielsweise über Kompetenzen für Care-Arbeit als Ziel von Bildung, womit auch direkt die Verbindung zur Bildung für

Lebensführung und zur Fachdidaktik der Ernährungs- und Verbraucherbildung gegeben ist. Eine umfassend konzeptionelle Analyse kann an dieser Stelle nicht erfolgen, es soll aber cursorisch die Bedeutung von Care-Sensibilität in Bildungskontexten thematisiert werden. Dabei wird von der Prämisse ausgegangen, dass die gesellschaftliche und ökonomische Unsichtbarkeit von Care-Arbeit auch zu einer Unsichtbarkeit im Bildungssystem führt. Der Begriff der Care-Sensibilität umfasst dabei die Wahrnehmung der Arbeitsprozesse im Kontext der Lebensführung und ihrer sozialen Bedingungen, vor allem auch der Geschlechterverhältnisse.

Orientiert an den REVIS-Bildungszielen ist Bildung für Lebensführung immer auch als haushaltsbezogene Bildung mit der Zielsetzung der „Befähigung zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Lebensführung in sozialer und kultureller Eingebundenheit und Verantwortung“ zu verstehen (evb-online, o. D.). Damit kann eine care-sensible schulische Bildung für Lebensführung einen Beitrag dazu leisten, die sowohl individuell als auch gesellschaftlich bedeutsame Ressource „Care-Arbeit“ zu stärken.

Basis einer care-sensiblen Fachdidaktik stellt zunächst die ressourcenorientierte Wahrnehmung und Anerkennung der in den Haushalten der Schülerinnen und Schülern geleisteten Care-Arbeit dar. Es ist keine triviale Aufgabe, mehrmals täglich für Mahlzeiten zu sorgen und neben den eigenen Alltagsaufgaben den Alltag und die Versorgung für eines oder mehrere Kinder sicher zu stellen. Die in der Ernährungs- und Verbraucherbildung angelegten Leitbilder Gesundheit und Nachhaltigkeit führen teilweise zu einem defizitorientierten Blick auf die Versorgungsleistungen der Familie. Dies verkennt jedoch die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen, Arbeitsprozesse und erforderlichen Kompetenzen für eine in diesem Sinne idealtypische Lebensführung und kann nicht zuletzt Geschlechterungleichheit noch weiter verstärken, da die Verantwortung implizit bei den Müttern gesehen wird (Häußler, 2018).

3.1 Care-Perspektiven von Kindern und Jugendlichen

Ein zentraler Aspekt jeder Fachdidaktik ist es, zunächst die subjektiven Perspektiven der Lernenden auf den jeweiligen Unterrichtsgegenstand als Voraussetzung für konstruktive Lernprozesse zu erfassen. Auch für eine care-sensible Bildung für Lebensführung ist es daher relevant, Care-Biografien und Care-Perspektiven von Schülerinnen und Schülern zu beleuchten und zu berücksichtigen.

Kinder sind darauf angewiesen, dass sich jemand um sie kümmert und sie versorgt werden. Trotz zunehmender Selbstständigkeit im Hinblick auf die eigene Lebensführung werden auch Jugendliche in ihren Familien weitgehend versorgt und erleben, dass sich andere, in der Regel die Eltern bzw. die Mütter, um ihre Bedürfnisse kümmern (Bartsch, 2008). Auch wenn sie über den Speiseplan mitentscheiden oder mit zunehmendem Alter bei Haushaltsaufgaben eingebunden werden, tragen sie meist keine Verantwortung für die Alltagsorganisation. Aus der Perspektive der

meisten Kinder und Jugendlichen ist, sicher auf sehr unterschiedliche Weise, für Mahlzeiten gesorgt und der Kühlschrank gefüllt und selbst, wenn sie die Prozesse dazu in ihren Familien täglich erleben, ist das intrinsische Interesse an Care-Arbeit und eigene Vorstellungen und Fragen dazu als Ausgangspunkt für mögliche Kompetenzentwicklung unterschiedlich ausgeprägt. Aus fachdidaktischer Perspektive ist daher zu berücksichtigen, dass ein alltagspraktischer Zugang zu den Handlungsfeldern der Lebensführung, Ernährung, Konsum und Gesundheit immer auch mit Care-Arbeiten verbunden ist.

Die Heterogenität ist auch bei der tatsächlichen Übernahme von Care-Arbeiten bei Kindern und Jugendlichen groß. Nach den Daten der Zeitverwendungserhebung von 2012/13 sind von den 10-17-jährigen Jungen nur 22,9 Prozent und von den Mädchen dieser Altersgruppe 33,3 Prozent überhaupt bei Haushaltsarbeiten z. B. rund um die Mahlzeiten eingebunden (Statistisches Bundesamt, 2015, S. 15). Die in der Familie bereits erworbenen haushaltsbezogenen Kompetenzen sind daher sehr unterschiedlich und manche Kinder oder Jugendlichen haben nahezu keine Vorerfahrungen mit haushaltsbezogenen Tätigkeiten.

Es gibt jedoch auch eine nennenswerte Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die deutlich mehr Verantwortung für Care-Aufgaben übernehmen als es altersangemessen ist und erwartet werden kann, meist dann wenn ein Elternteil oder Geschwisterkind erkrankt ist. Die Art der Arbeit reicht dabei von regelmäßiger Übernahme von Haushaltsarbeiten über Betreuung und Versorgung jüngerer Geschwister bis hin zur umfassend verantwortlichen körpernahen Pflege der Angehörigen. Eine Studie im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums ermittelte in Nordrhein-Westfalen einen Anteil von 6,1 Prozent bei den 10-19-Jährigen, die in ihren Familien Pflegeverantwortung tragen, 64 Prozent davon sind Mädchen (Metzing et al., 2018). Statistisch tragen also etwa ein bis zwei Schüler:innen in jeder Klasse Pflegeverantwortung. Dabei ist die von Jugendlichen geleistete Care-Arbeit in doppeltem Sinne unsichtbar – zum einen, da kaum jemand mit dieser nicht alterstüblichen Verantwortung rechnet und zum anderen, da die betroffenen Schüler:innen nicht über die Belastung sprechen, um ihre Familie und Privatsphäre zu schützen. Für eine care-sensible Fachdidaktik ist das Wissen um „Young Carers“ relevant um ihre Situation wahrnehmen und ggf. Unterstützungsbedarf erkennen zu können (Metzing et al., 2018; ZQP 2017).

3.2 Geschlechterreflektierende Fachdidaktik einer Bildung für Lebensführung

Geschlechterverhältnisse sind in allen Lebensbereichen eine prägende Facette gesellschaftlicher Strukturen, daher kann es in keinem Fach eine „geschlechtsneutrale“ Fachdidaktik geben und alle Fächer sind gefordert, geschlechterreflektierende Ansätze für geschlechtergerechten Unterricht zu entwickeln (Kiper, 2004). In einer so eindeutig durch Geschlechterrollen geprägten Fachdidaktik wie der Bildung für Le-

Lebensführung ist Geschlecht jedoch immer der „Elefant im Raum“. Die historischen Linien der strukturell als Frauenarbeit angelegten Care-Arbeit sind bis heute in Bildungskontexten deutlich erkennbar. Da wie weiter oben beschrieben die eindeutige Zuweisung der unbezahlten Care- oder Reproduktionsarbeit an Frauen eine wesentliche Ursache für die Krise der Care-Arbeit ist, ist eine care-sensible Fachdidaktik immer auch eine geschlechterreflektierende Fachdidaktik, die sich beispielsweise mit den Ursachen der gesellschaftlichen Arbeitsteilungsmuster und deren sozialen Auswirkungen auf individuelle Lebensentscheidungen beschäftigt. Dies soll und kann an dieser Stelle nicht umfassend strukturiert und konkretisiert werden (zur Vertiefung siehe Bartsch & Methfessel, 2012; Schlegel-Matthies, 2016), aber exemplarisch anhand des Problems der Geschlechterrepräsentanz skizziert werden.

In einigen Bundesländern sind die Fächer der haushaltsbezogenen Bildung als Wahl- oder Wahlpflichtfach angelegt, was dazu führt, dass das geschlechtstypische Wahlverhalten der Schüler:innen in der Zusammensetzung der Lerngruppe die gesellschaftlichen Geschlechterrollenvorstellungen meist deutlich abbildet. Vor allem Mädchen wählen die haushaltsbezogenen Fächer, die überwiegend von Lehrerinnen unterrichtet werden. Auch wenn Schulen mit Informationskampagnen oder Aktionstagen aktiv gegensteuern, bleibt das meist ohne sichtbaren Erfolg. Es sind subtile und auf verschiedenen Ebenen wirkende Einflüsse, die dazu führen. Nicht unwesentlich ist dabei die Entwicklung der Geschlechtsidentität im Jugendalter, die bei beiden Geschlechtern geschlechtertypisches Wahlverhalten verstärkt. So ist es für Jungen nicht einfach, sich auch bei Interesse an den Inhalten gegenüber der Peergroup für ein von der Umgebung als „Mädchenfach“ gelabeltes Fach zu entscheiden. Gerade im Imagevergleich mit den eher von Jungen gewählten technischen Fächern ist die Geschlechterhierarchie zwischen Care-Arbeit und technischer, produktiver Arbeit in der Wahrnehmung der Schulfächer weiterhin angelegt. Aus Geschlechterperspektive und zur Stärkung von Kompetenzen für Care-Arbeit wäre daher eine feste strukturelle Verankerung des Faches für alle Schüler:innen wünschenswert.

4 Fazit

Eine umfassend verankerte care-sensible Bildung für Lebensführung kann dazu beitragen, die individuellen und gesellschaftlichen Leistungen durch Care-Arbeit sichtbar zu machen. Die Befähigung der Schüler:innen zu selbstständiger Lebensführung – so wie es auch in den Schulgesetzen als eine wesentliche Aufgabe schulischer Bildung festgeschrieben ist – kann aus einer alltagspraktischen Perspektive nicht ohne care-sensible Bildung für Lebensführung gedacht werden. Dabei ist die übergeordnete Zielsetzung im Sinne eines umfassenden Bildungsverständnisses die Erweiterung von Handlungsspielräumen und Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. Mit einem care-sensiblen Zugang kann die legitimierende Begründung für schulische Verankerung von Haushalts- und Lebensführungskompetenzen jedoch nicht in der Erwartung liegen, dass Haushaltsführungskompetenzen die prekären Bedingungen

der Care-Arbeit durch noch zeit- und/ oder geldeffizienteres Haushaltshandeln individuell abfedern könnten. Es geht bei einer care-sensiblen Bildung für Lebensführung auch darum, die gesellschaftlichen Strukturen zu verstehen und zu hinterfragen, unter denen Care-Arbeit geleistet wird. Darüber hinaus besteht die Chance, dass eine curricular fest verankerte schulische Bildung für Lebensführung zur beruflichen Orientierung für die vom Fachkräftemangel stark betroffenen Care-Berufe beitragen sowie grundlegende Kompetenzen für das Berufsfeld anbahnen kann.

Anmerkungen

- 1 Die Bruttowertschöpfung beziffert den im gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert und wird aus Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen ermittelt (Statistisches Bundesamt o. D. b).

Literatur

- Biesecker, A. & Hofmeister, S. (2010). Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In C. Bauhardt & G. Çağlar (Hrsg.), *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie* (S. 51-80). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92347-5_3
- Bartsch, S. & Methfessel, B. (2012). Haushaltslehre – Vom Emanzipations- zum Kompetenzdiskurs. In B. Kampshoff & C. Wiepcke (Hrsg.), *Handbuch Geschlechterforschung und Fachdidaktik* (S. 199-212). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18984-0_15
- Bartsch, S. (2008). *Jugendesskultur. Bedeutungen des Essens für Jugendliche im Kontext Familie und Peergroup*. In Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) (Hrsg.), Reihe Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung. Köln
- Bock, G.; Duden, B. (1977). Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, In Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.) *Frauen und Wissenschaft*. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen (S. 118-199), Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (BMFSFJ) (2021). *Unterschiede in den eigenen Alterssicherungseinkommen von Frauen und Männern ab 65 Jahre (Gender Pension Gap)*. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/online-rechner/gleichstellungsatlas?indikator=Gender-Pension-Gap>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (BMFSFJ) (1994). *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens*. Bonn
- Cammarata, P. (2020). *Raus aus der Mental Load-Falle: Wie gerechte Arbeitsteilung in der Familie gelingt*. Beltz

- Equal Care Day (2021). *Mental Load – Do you Equal Care?*
<https://equalcareday.de/mental-load/>
- Eisler, R. (2020). *Die verkannten Grundlagen der Ökonomie. Wege zu einer Caring Economy*. BÜCHNER
- Hartmann, A. (2020). *Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus*. Westfälisches Dampfboot
- Häußler, A. (2020). Perspektiven einer haushaltswissenschaftlichen Betrachtung des Bedürfnisbegriffs. *Haushalt in Bildung & Forschung*, 9(1), 56-68.
<https://doi.org/10.3224/hibifo.v9i1.04>
- Häußler, A. (2019). Who cares? Sorgearbeit als individuelle Aufgabe und gesellschaftliche Herausforderung. *Haushalt in Bildung & Forschung*, 8(2), 41-53.
<https://doi.org/10.3224/hibifo.v8i2.04>
- Häußler, Angela (2018): Essalltag in Familien – eine Lebenslaufperspektive. In Dr. Rainer Wild-Stiftung (Hrsg.), *Essbiografie. Annäherungen an die individuellen Ernährungsgewohnheiten* (S. 32-41). Verlag Dr. Rainer Wild-Stiftung
- Häußler, A. (2015). Fokus Haushalt. Überlegungen zu einer sozioökonomischen Fundierung der Verbraucherbildung. *Haushalt in Bildung & Forschung*, 4(3), 19-30. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v4i3.20690>
- Kiper, H. (2004). Gender in den Fachdidaktiken. In E. Glaser, D. Klika & A. Prengel (Hrsg.), *Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft* (S. 410-424). Klinkhardt
- Klunder, N. (2016). *Differenzierte Ermittlung des Gender Care Gap auf Basis der repräsentativen Zeitverwendungsdaten 2012/2013*. Expertise zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Berlin
- Klunder, N. (2022). Private Haushalte im Spannungsfeld zwischen prekärem Zeitwohlstand und Zeitarmut. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 55-67. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.04>
- Klunder, N. & Meier-Gräwe, U. (2017). Essalltag und Arbeitsteilung von Eltern in Paarbeziehungen: Eine Analyse auf Basis der repräsentativen Zeitverwendungsdaten 2012/13 und 2001/02. *Zeitschrift für Familienforschung*, 29(2), 179–201. <https://doi.org/10.3224/zff.v29i2.03>
- Kontos, S. & Walser, K.(1979)...weil nur zählt, was Geld einbringt. *Probleme der Hausfrauenarbeit*. Laetare Verlag.
- Koppetsch, C. & Speck, S. (2015). *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten*. Berlin
- Küster, C. (1994). *Leistungen von privaten Haushalten und ihre Erfassung in der Zeitbudgeterhebung*. Schneider Verlag
- Lillemeier, S. (2016). *Der „Comparable Worth“-Index als Instrument zur Analyse des Gender Pay Gap. Arbeitsanforderungen und Belastungen in Frauen- und Männerberufen* (Working Paper Nr. 205). Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler Stiftung.
https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_wp_205.pdf

- Madörin, M. (2010). Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In C. Bauhardt & G. Çağlar (Hrsg.), *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie* (S. 81-104) VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92347-5_4
- Meier-Gräwe, U. (2020). Wirtschaft neu ausrichten. Wege in eine care-zentrierte Ökonomie. *Aus Politik und Zeitgeschichte APUZ 45*, 28-34
- Methfessel, B. & Schlegel-Matthies, K. (2022). Die Bedeutung von Ressourcen für die Lebensgestaltung verstehen. In Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W. & Methfessel, B. (2022), *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung* (S. 137-156). Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838557670>
- Metzing, S. et al. (2018). *Die Situation von Kindern und Jugendlichen als pflegende Angehörige*. Abschlussbericht, Bundesministerium für Gesundheit. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_KinderundJugendlichepflegAngeh.pdf
- Ohrem, S.; Meier-Gräwe U. (2012). Jenseits der Nationalökonomie. Welche Wirtschaftskonzepte brauchen Haushalt und Familie im 21. Jahrhundert? *Haushalt in Bildung & Forschung 1 (2)*, S. 22-32
- Ohrem, S.; Häußler, A. & Meier-Gräwe, U. (2013). Von der Nationalökonomie zur Care-Ökonomie. Geschlechtergerechte Arbeitsteilung und ihre Bedeutung für nachhaltige Wirtschaftskonzepte. *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 54(1)*, 227-248
- Peuckert, R. (2019). *Familienformen im sozialen Wandel* (9. Aufl.). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25077-5>
- Prätorius, I. (2015). *Wirtschaft ist Care oder die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen* (Reihe Public Series on Economic and Social Issues, Bd. 16). Heinrich Böll Stiftung.
- Raacke, G. (2022). Plötzlich war alles anders – Private Haushalte in der Corona-Krise. *Haushalt in Bildung und Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 42-54. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.03>
- Schutzbach, F. (2021). *Die Erschöpfung der Frauen. Wider die weibliche Verfügbarkeit*. Drömer
- Schlegel-Matthies, K. (2022a). Die Organisation der Daseinsvorsorge für die private Lebensführung reflektieren. In Schlegel-Matthies, K., Bartsch, S., Brandl, W. & Methfessel, B. (2022), *Konsum – Ernährung – Gesundheit. Didaktische Grundlagen der Ernährungs- und Verbraucherbildung* (S. 113-136). Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838557670>
- Schlegel-Matthies, K. (2022b). Die Bedeutung von Ressourcen für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe. *Haushalt in Bildung & Forschung (HiBiFo)*, 11(1), 3-24. <https://doi.org/10.3224/hibifo.v11i1.01>

- Schwarz, N. & Schwahn, F. (2016). Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalt. Bewertung und Vergleich mit gesamtwirtschaftlichen Größen. *Wirtschaft und Statistik* 2016 (2), 35-52
- Statistisches Bundesamt (destatis) (o. D.a). *Zeitverwendungserhebung (ZVE)*.
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/Methoden/zeitverwendung.html>
- Statistisches Bundesamt (destatis) (o. D.b). *Bruttowertschöpfung*.
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Glossar/bruttowertschoepfung.html>
- Statistisches Bundesamt (destatis) (2015). *Zeitverwendungserhebung. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen*. Wiesbaden
- von Schweitzer, R. v. (1991). *Einführung in die Wirtschaftslehre des privaten Haushalts*. Ulmer UTB
- Weinert, F. E. (2001). *Leistungsmessungen in Schulen*. Beltz
- Zentrum für Qualität in der Pflege (2017). *Junge Pflgende. ZQP-Report*.
https://www.zqp.de/wp-content/uploads/ZQP_2017_Report_JungePflgende.pdf

Verfasserin

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Angela Häußler
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Im Neuenheimer Feld 561
D-69120 Heidelberg
E-Mail: a.haeussler@ph-heidelberg.de

Kirsten Schlegel-Matthies

Zur Erinnerung: Warum Bildung für Lebensführung immer eine politische Dimension hat. Das Beispiel Nationalsozialismus*

Eine moderne Bildung für Lebensführung berührt immer auch den Bereich des Politischen. Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang, wenn auf die Geschichte haushaltsbezogener Bildung, Forschung und Tätigkeiten geblickt wird. Am Beispiel des Nationalsozialismus wird diskutiert, warum es wichtig ist, den Gegenstand des Faches nicht als privat und unpolitisch anzusehen.

Schlüsselwörter: Geschichte haushaltsbezogener Bildung, politische Dimension, Nationalsozialismus, Selbstverständnis der Disziplin

As a reminder: Why education for the conduct of life always has a political dimension. The example of National Socialism*

Modern education for the conduct of life always touches on the political sphere. This relationship emerges particularly clear when looking at the history of household-related education, research, and activities. Using the example of National Socialism, it is discussed why it is important not to regard the subject matter as private and apolitical.

Keywords: history of household-related education, political dimension, National Socialism, self-perception of the subject discipline

Der Raum des Gesellschaftlichen entstand,
als das Innere des Haushalts mit den ihm
zugehörigen Tätigkeiten, Sorgen und Organisationsformen
aus dem Dunkel des Hauses in das volle Licht
des öffentlich-politischen Bereichs trat.
(Hannah Arendt, 2002, S. 47 f.)

1 Einleitung

Die Beiträge dieses Heftes haben deutlich gemacht, dass Lebensführung niemals nur privat oder individuell ist, sondern immer in Wechselbeziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft steht und von historischen Entwicklungen mitbestimmt wird. Im öffentlichen Diskurs werden diese Zusammenhänge allerdings selten thematisiert. Auch im haushaltsbezogenen Unterricht und den entsprechenden Bildungsplänen der Länder finden sich keine

Hinweise darauf, dass das Unterrichtsfach und die zugrundeliegenden Wissenschaftsdisziplinen jeweils eine eigene Geschichte haben, die Selbstverständnis, Gegenstand und Paradigma prägt. Bildung für Lebensführung als haushaltsbezogene Bildung ist – so die These – in besonderer Weise durch die Tatsache geprägt, dass ihr Gegenstand, also der Haushalt und die alltägliche Lebensgestaltung, im Nationalsozialismus und in der Zeit danach als vermeintlich „privat“ und „unpolitisch“ verklärt wurde.

Dieser Beitrag diskutiert exemplarisch einige politische Aspekte haushaltsbezogener Bildung, Forschung und Tätigkeit im Dritten Reich und setzt sich dazu auch mit der Rolle der Frauen im Nationalsozialismus und mit dem Selbstverständnis der Haushaltswissenschaft auseinander.

2 Entprivatisierung von Haus- und Familienarbeit im Nationalsozialismus**

In den folgenden Ausführungen wird versucht, drei Dimensionen politischen Handelns zu berücksichtigen. Generell ist zu fragen nach der Bedeutung, nach den Aufgaben und der Rolle der Hauswirtschaft im nationalsozialistischen Staat überhaupt. Dann ist zu fragen, ob und in welcher Weise hauswirtschaftliche Organisationen, Verbände und Institutionen (gesellschafts-) politisch tätig waren. Und drittens ist die Frage nach den Handlungsspielräumen im alltäglichen Aufgabenfeld zu stellen, d. h. die Frage danach, wie die Akteurinnen ihre gegebenen Handlungsspielräume definiert, genutzt und gestaltet haben.

Bereits im 1. Weltkrieg war die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hausfrauenarbeit besonders hervorgehoben worden, so sollte durch geschickte Propaganda den Hausfrauen eine „kriegsgemäße“ Haushaltsführung nahegebracht werden. Frauenrechtlerinnen, wie Helene Lange (1848-1930) und Gertrud Bäumer (1873-1954), wandten sich z. B. gegen die „gute Hausfrau der Leibgerichte“, wie sie als Rollenbild in der Vorkriegszeit zu finden war, denn diese Hausfrau war keine gute Hausfrau im Sinne der Volkswirtschaft. Gerade dies wurde aber nun gefordert: ein *volkswirtschaftliches* Verständnis der Haushaltsführung.

In den 1920er Jahren unterstrichen auch Vertreterinnen der Rationalisierungsbewegung, beispielsweise Erna Meyer (1890-1975), die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hausarbeit; und sie werteten sie zugleich auf, indem sie versuchten, Hausarbeit nach den Kriterien industrieller Arbeitsnormen zu gestalten. Die Nationalsozialisten griffen diese Überlegungen auf und legten nach ihrer Machtübernahme den Fokus nun vor allem auf den „verpflichtende[n] Mittelpunkt Volksgemeinschaft“ (Scholtz-Klink, 1936, S. 1).

Hauswirtschaftliche Bildung, Forschung und Tätigkeiten waren dem nationalsozialistischen Frauenbild entsprechend Frauensache. 1933 deklamierte Josef Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, der

völkische Staat zeichne sich gerade dadurch aus, die ‚natürliche‘ Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wieder ins Recht zu setzen, Männer- und Frauenräume klar voneinander zu trennen und die öffentliche Geringschätzung der weiblichen ‚Mission‘ ein für alle Mal zu beenden. (zit. nach Frevert, 1986, S. 201)

Die Nationalsozialisten konnten dabei an Vorstellungen von getrennten Zuständigkeitsbereichen für Männer und Frauen anknüpfen, die schon in der Weimarer Republik zunehmend auch von konservativen bürgerlichen Frauenverbänden vertreten wurden (Reagin, 2008). Aber sie taten darüber hinaus noch mehr. Indem sie die gesamte Gesellschaft bzw. „Volksgemeinschaft“ – nicht nur deren männliche Hälfte – politisch zu integrierten und in loyalitätsstiftende Organisationen, schufen sie auch für Frauen eine Vielzahl von Organisationen, in denen sie einerseits staatlicher Kontrolle und Indoktrination unterworfen waren und andererseits in kleinen Teilen an staatlicher Macht partizipieren konnten (Frevert, 1986, S. 233). Der staatliche Machtanspruch drang nun auch bis in die Familien und Haushalte hinein: Frauen wurden auf ihren „weiblichen“ Bereich, nämlich auf Familie, Kinder und Haushalt verpflichtet, dort aber reglementiert.

Millionen Frauen wurden Mitglieder in den NS-Massenorganisationen, wie der NS-Frauenschaft (NSF), dem Deutschen Frauenwerk (DF), dem Bund Deutscher Mädel (BDM), der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Davon ausgenommen waren allerdings alle Frauen, die nicht den völkischen und rassistischen Vorstellungen der NS-Ideologie entsprachen, also z. B. Jüdinnen sowie Sinti und Roma.

Zahlreiche Frauen, die z. T. zuvor in Vereinen und Verbänden der bürgerlichen Frauenbewegung aktiv waren, übernahmen nun bezahlte oder ehrenamtliche Führungspositionen in diesen Organisationen und damit die Aufgabe, die Frauen „nach den Wünschen der Partei zu beraten, zu erziehen, zu kontrollieren und zu formieren, zu bestimmten Arbeiten an- und von anderen fernzuhalten“ (Frevert, 1986, S. 233). Während einerseits den Frauen das passive Wahlrecht und die Zulassung zur Habilitation an Universitäten sowie zu verschiedenen Berufen genommen wurde, bedeutete andererseits die Übernahme von Positionen in den nationalsozialistischen Frauenorganisationen für die Frauen selbst Teilnahme, Öffentlichkeit und Anerkennung in weit größerem Ausmaß als jemals zuvor. So zeigten sich z. B. ausländische Beobachter immer wieder erstaunt über „den hohen Grad an politischer Mobilisierung der angeblich nur privatisierenden deutschen Frauen“ (Frevert, 1986, S. 232).

Nirgendwo auf der Welt gebe es eine derart gewichtige Vertretung von Fraueninteressen in der großen Politik, rühmte die Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink die nationalsozialistische Frauenpolitik und, sofern sie dabei nur an Hausfraueninteressen dachte, hatte sie damit sehr recht. In puncto Haushalt und Familie entsprach nationalsozialistische Politik wohl millionenfach weiblichen Wünschen.

Alle nicht aufgelösten deutschen Frauenverbände, wie der Deutsche Evangelische Frauenbund oder die Haus- und Landfrauenverbände, waren innerhalb kurzer

Zeit unter dem Dachverband „Deutsches Frauenwerk“ mehr oder weniger freiwillig zusammengeschlossen. Der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) löste sich auf und viele seiner Mitglieder traten den neuen Frauenorganisationen bei.

Ob freiwillig oder erzwungen – die durch Gleichschaltung erreichte Vereinheitlichung der Frauenorganisationen musste den Frauen überwältigend erscheinen. Zahllose Vereine hatten der Reichsfrauenführung schnellstens die Zusammenarbeit angeboten, missliebige wurden aufgelöst. Dass kirchliche Organisationen, wie das evangelische Frauenwerk, sich in den nationalsozialistischen Dachverband Deutsches Frauenwerk integrieren ließen, konnte vielen Frauen vollends als Beweis der neuen Qualität der nationalsozialistischen Frauenpolitik erscheinen.

Richtungweisend für Frauenfragen war die „Nationalsozialistische Frauenschaft“ (NSF), sie erhob den Anspruch auf die kulturelle, geistige und politische Führung der gesamten Frauenarbeit. Die NS-Frauenschaft – eine Gliederung der NSDAP wie auch die SS oder die HJ – verstand sich als Eliteorganisation, in der nicht alle Frauen von vornherein Mitglied werden konnten. Hier waren 1939 223024 Block-, 59802 Zellen-, 22593 Orts-, 725 Kreis- und 32 Gaufrauenschaftsleiterinnen organisiert. Das Deutsche Frauenwerk war, als eingetragener Verein, ein Sammelbecken für alle Frauen, die entweder über Vereinsmitgliedschaften oder direkt Mitglieder werden konnten. Etwa 3,3 Millionen Frauen gehörten 1939 entweder der DFW oder dem NSF an, davon waren über eine Million Funktionsträgerinnen (Dammer, 1981, S. 224). Nach Schätzungen war bis 1941 jede fünfte Frau unter dem Dach des Deutschen Frauenwerkes und damit der NS-Frauenschaft organisiert. Alle Organisationen waren streng hierarchisch organisiert, sodass die Führerinnen der NS-Frauenschaft allerdings automatisch auch Führerinnen des Deutschen Frauenwerkes waren.

Als Aufgabe der NSF und des DFW wurde gesehen, die „Lehre und das Gedankengut des Nationalsozialismus“ in die „Köpfe und Herzen aller deutschen Frauen zu versenken“; alle deutschen Frauen sollten demnach so geschult werden, „daß sie in ihrer weltanschaulichen Einstellung wie in ihrem täglichen Handeln sich bewußt werden, ihrem Volke verantwortlich zu sein“ (Reichsorganisationsleitung der NSDAP, 1940, S. 267 f.). Oder – wie es einmal Scholtz-Klink formulierte – „wir wollen den Nationalsozialismus in jeden Kochtopf tragen“. Harter-Meyer (1999) nutzt ähnlich das Zitat: „Der Kochlöffel ist unsere Waffe“.

Ziele hauswirtschaftlicher Bildung, Forschung und Tätigkeit im Dritten Reich sind u. a. die Vorbereitung auf die zukünftigen Aufgaben als Hausfrau und Mutter, auf den Dienst am Volke. Diese Vorbereitung sollte bereits im frühen Kindesalter beginnen, denn nur so könne das besonders hohe „Maß an Selbstlosigkeit und Selbstüberwindung“, können „Selbstzucht“, „Arbeitswille, Pflichtbewußtsein, Opferbereitschaft“ durch häufige Übung erlernt werden (Peter, 1933, S. 332 ff.; Apel & Klöcker, 2000). Hauswirtschaft als Fach des sog. „Frauenscaffens“ war also ganz wesentlicher Bestandteil nationalsozialistischer Frauen- und Mädchenbildung.

Erziehung zu einer dem Lohn angemessenen Lebensführung und sittliche Arbeitserziehung, die schon in der Weimarer Zeit eine Rolle spielte (Schlegel-Matthies, 2016), wurden im Nationalsozialismus nun besonders ausgebaut. Wissensvermittlung wurde dabei nun auf das Notwendigste beschränkt. Die nationalsozialistische Frauenbildung sollte vom „Wesen der Frau“ ausgehen, d. h., nicht theoretische Unterrichtung sollte im Vordergrund stehen, vielmehr sollten durch praktische Anschauung Inhalte vermittelt werden. Der gesamte Frauenbildungsbe-
 reich war von einer intensiven praktischen Unterrichtung gekennzeichnet. In Näh-, Säuglingspflege und Kochkursen wurden bis 1938 bereits 1,8 Millionen Frauen „geschult“. Sie lernten in Hauswirtschaftskursen des DFW, wie sie ihre Kleidung am schonendsten pflegen, einheimisches Obst und Gemüse am besten konservieren und ihrer Familie mit begrenzten Ressourcen, aber größtem Arbeitsaufwand möglichst nährwerthaltiges Essen kochen konnten (Dammer, 1981). Mutterschaft und Hausarbeit wurden auf diese Weise in bisher einmaliger Weise „professionalisiert“ und in ihrer Bedeutung für die „Volksgemeinschaft“ sozial aufgewertet. Damit wurden u. a. die Forderungen bürgerlicher Hausfrauenverbände aus der Weimarer Republik weitgehend erfüllt.

3 Rolle der hauswirtschaftlichen Verbände im Nationalsozialismus

Der Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine (RDH) hatte bereits am 8. Mai 1933 die Gleichschaltung des Vorstandes unter der Vorsitzenden Maria Jecker an das Reichsinnenministerium gemeldet und bemühte sich um eine enge Zusammenarbeit mit der NSF. Die Gleichschaltung der einzelnen Ortsvereine lief – wie den Berichten zu entnehmen ist – bereits im Frühjahr 1933 ohne besondere Vorkommnisse ab. Jüdische Vorstandsmitglieder zogen sich in den meisten Fällen „taktvoll aus Vorstandspositionen zurück“, wie es in einem Protokoll 1933 hieß. Um den Fortbestand ihrer Organisation zu sichern, wurde den Jüdinnen nahegelegt, Verständnis für die gegenwärtigen „Schwierigkeiten“ zu zeigen und „freiwillig“ auszutreten.¹

Nach dem von der NSF erzwungenen Zusammenschluß verschiedener konkurrierender Hausfrauenverbände zur Reichsgemeinschaft Deutscher Hausfrauen im Jahre 1934 arbeiteten im September 1935 bereits in 20 von 30 Gauen 20 Gauverbandsvorsitzende des RDH als Abteilungsleiterinnen und 7 als Sachbearbeiterinnen in der Abteilung Volkswirtschaft/Hauswirtschaft des Deutschen Frauenwerkes. Auch die überwiegende Zahl der Vorsitzenden von Ortsgruppen arbeiteten als Abteilungsleiterinnen oder Sachbearbeiterinnen in den Kreisabteilungen Volkswirtschaft/Hauswirtschaft. Die Frauen des Reichsverbandes hatten sich damit innerhalb der nationalsozialistischen Frauenorganisationen an wichtigen Schaltstellen etabliert.

4 Die Abteilung Volkswirtschaft/Hauswirtschaft des Deutschen Frauenwerkes

Direkt 1933 begann die ideologische und praktische Schulung der Frauen im Hinblick auf den Krieg und wurde nach 1936 innerhalb der Vierjahresplanwirtschaft zu einer wichtigen und vieldiskutierten Zielsetzung politischer Bildung. Insbesondere die Bedeutung der Frauen als Konsumentinnen, deren Konsumverhalten es zu steuern galt, wurde betont. Eine Kernaufgabe der im Oktober 1934 gegründeten Abteilung Volkswirtschaft/Hauswirtschaft des Deutschen Frauenwerkes war deshalb, über entsprechende Schulungsangebote Einfluss auf Hausfrauen als Verantwortliche für den alltäglichen Einkauf auszuüben und ihr Verbrauchsverhalten zu lenken.

Leiterin der Abteilung war die Volkswirtin Else Vorwerck, die begeistert von ihrer Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen Privathaushalt und Volkswirtschaft darauf hinarbeitete, daß die Reichsfrauenführung die „ureigenen Frauenaufgaben“, Verbrauchervertretung, Leistungssteigerung im Haushalt, Verbesserung der Ausrüstung und die Heranbildung hauswirtschaftlichen Nachwuchses, im Interesse des nationalsozialistischen Staates in Angriff nahm (Vorwerck, 1948; Schlegel-Matthies, 2016, S. 28). Frauen nutzten die Einrichtung der Abteilung Volkswirtschaft/Hauswirtschaft innerhalb des Deutschen Frauenwerkes zur Lenkung der Frauen mit dem Ziel „Bewußtmachung der hausfraulichen Selbstverantwortung“ für das nationalsozialistische System.

Volkswirtschaft/Hauswirtschaft wurde zu einer der Hauptabteilungen der Behörde der Reichsfrauenführung. Frauen selbst instrumentalisierten die Bereiche Haushaltsführung mit Kochkursen, Nähkursen, Säuglingspflegekursen, Gesundheitserziehung, Erziehungsfragen und Heimgestaltung zur politischen Beeinflussung von Frauen (z. B. wurde das Wirtschaften mit Lebensmittelkarten gelehrt) in Lehrküchen und Beratungsstellen, die schon in der Weimarer Republik von Hausfrauenverbänden eingerichtet worden waren.

Die in diesen Veranstaltungen gelehrteten Inhalte stellten ein Standardwissen dar, das Frauen vielfältig einander weitergaben, Inhalte, die nur auf den ersten Blick rein sachlich und rein praktisch waren. Tatsächlich waren sie immer eng gekoppelt mit den auf Erbwert, Rassenhygiene und Eroberungskrieg ausgerichteten Zielen des Nationalsozialismus: die im Zuge der Autarkiebestrebungen ganz auf die Landeserzeugnisse und auf die Markenbewirtschaftung abgestellten Kochrezepte, das sparsame Wirtschaften, die gesunde Ernährung und die auf Sauberkeit, Ordnung und widerspruchslosen Gehorsam abgestellte Erziehung der Kinder usw. (Schlegel-Matthies, 2016, S. 28).

Die Arbeitserziehung als solche war nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch von Bedeutung. Sie wurde eingesetzt, um z. B. Frauen mit geringerem Bildungsstand zu erreichen und ihnen die nationalsozialistische Idee zu vermitteln.

Zusätzlich wurde auch für die schulische hauswirtschaftliche Bildung gesorgt: Mit dem Erlass vom 15. Dezember 1939 wurde der „Hauswerkunterricht“ für alle Volksschülerinnen Pflichtunterricht im letzten Schuljahr. Hier sollten nur noch „grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten gelehrt und geübt werden“, denn sie hatten nach Ansicht Rosa Peters „große Bedeutung für eine erfolgreiche Erziehung zu Sorgsamkeit, Gewissenhaftigkeit, peinlichster Sauberkeit und damit völkischem Verantwortungsbewußtsein“ (Peter, 1940, S. 358).

Praktisches Handeln erwies sich als das effektivste Prinzip zur Einbindung vieler Frauen in den NS-Staat, es funktionierte zur Ausrichtung von Millionen von Frauen auf die Ziele des NS-Staates in der Erziehung und zur Vorbereitung auf den Krieg. Und gerade, weil die praktische Arbeit so stark in den Vordergrund gehoben wurde, konnte die weibliche Beteiligung daran damals – und kann sie auch heute – je nach Wahrnehmung in zweierlei Weise gewertet werden:

Zum einen als politisch harmlose Arbeit, die unabhängig von Politik einfach sachlich zu erledigen war; und zum anderen konnte die praktische Arbeit als der beste Beweis des Engagements einer Frau für den nationalsozialistischen Staat bzw. für die Volksgemeinschaft, die er zu sein vorgab, gewertet werden.

5 Der Rückzug ins Private nach 1945

Nach 1945 stilisierten die meisten Frauen die „praktische“ weibliche Arbeit nur noch zu „reiner“ Arbeit und blendeten die einst so wichtige weltanschauliche Einbindung weiblicher Kräfte in der Erinnerung schlicht aus. Ein Beispiel ist Else Vorwercks Publikation „Hauswirtschaft in Selbstverwaltung. Ein erster großer Versuch 1934 – 1945“ (Vorwerck, 1948).

So ist es auch zu erklären, daß beim Wiederaufbau des hauswirtschaftlichen Bildungssystems, nahtlos an Inhalte, Personen und Organisationsstrukturen aus der Zeit des Nationalsozialismus angeknüpft werden konnte. Angesichts der existentiell bedrohten Lage vieler Haushalte in der unmittelbaren Nachkriegszeit schien es ein Gebot der Stunde, Hauswirtschaft als Anpassung an gegebene Möglichkeiten als Erziehung zur Mangelverwaltung zu betreiben.

Auch schien es sinnvoll zu sein, „erfahrene“ Personen in diesem Bereich wieder einzusetzen, nur so ist zu erklären, dass z. B. zahlreiche Mitarbeiterinnen der Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft in Bonn-Bad Godesberg zuvor als Abteilungsleiterinnen oder Sachbearbeiterinnen in der Abteilung Volkswirtschaft/Hauswirtschaft der Reichsfrauenführung beschäftigt waren (Harter-Meyer, 1999). Der Verweis auf die „rein praktische“ Arbeit, die geleistet worden war, ermöglichte nun den Rückzug ins Private, ins vermeintlich Unpolitische. Wie gut dies nach 1945 den Betroffenen gelang, verdeutlicht die Urteilsbegründung im dritten Prozeß gegen die Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink, wenn es dort heißt, daß die „Zuständigkeit für hauswirtschaftliche, soziale und karitative Aufga-

| Politische Dimension einer Bildung für Lebensführung

ben“ strafmildernd wirkte (vgl. den Text der Urteilsbegründung ihres dritten Prozesses, abgedruckt in Scholtz-Klink, 1978, S. 482).

Diejenigen Frauen, die in Wissenschaft, Verbänden, als freiberufliche Autorinnen usw. in der Zeit vor 1933 haushaltsbezogene Fragen und Bildung vorangetrieben haben, aus ihren Ämtern und zur Emigration getrieben wurden, die sich nicht für nationalsozialistische Propaganda vereinnahmen ließen, sind vielfach vergessen. Einige Namen sollen hier zumindest stellvertretend genannt werden: Hildegard Grünbaum-Sachs (1888 – 1974), Erna Meyer (1890 – 1975) und Maria Silberkuhl-Schulte (1896 – 1985).

Für die Haushaltswissenschaft gilt es heute umso mehr, hauswirtschaftliche Bildung, Forschung und Tätigkeit als politisch zu begreifen! Das Wissen um und die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ermöglicht erst eine reflektierte Teilhabe an Gesellschaft und eine Mitwirkung an ihrer Veränderung. Dazu kann die Auseinandersetzung mit einer Bildung für Lebensführung beitragen. Die Geschichte haushaltsbezogener Wissenschaft, Forschung, Bildung und Tätigkeiten bedarf jedoch noch weiterer Aufarbeitung.

Anmerkungen

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um ein nur leicht überarbeitete Fassung eines Vortrag vom 15.11.1996 im Rahmen des Symposiums „Politische Dimensionen der Oecotrophologie“ an der FH Münster, der auch den Kenntnisstand von 1996 wiedergibt.

** Der Terminus ist dem Artikel von Kramer (2014) entnommen.

l In den überlieferten Quellen deutet nichts darauf hin, dass auch nur eine der Vorstandsfrauen sich mit der moralischen Seite des Problems auseinandersetzte. Die Hausfrauen behandelten die – wie sie es nannten – „Judenfrage“ als bürokratisches Problem und ließen Dutzende von Rundschreiben zirkulieren, die sich allein mit den Kriterien befassten, wer als Jüdin zu bestimmen sei und wer nicht.

Literatur

Apel, H. J. & Klöcker, M. (Hrsg.). (2000). *Die Volksschule im NS-Staat* (Nachdruck des Handbuches „Die deutsche Volksschule im Großdeutschen Reich. Handbuch der Gesetze, Verordnungen und Richtlinien für Erziehung und Unterricht in Volksschulen nebst einschlägigen Bestimmungen über Hitler-Jugend und Nationalpolitische Erziehungsanstalten“ von A. Kluger, Breslau, 1940), darin auch: *Lehrpläne für alle Jahrgänge der Volksschulen*. (nach den Richtlinien „Erziehung und Unterricht in der Volksschule“ vom 15. Dezember 1939).

Arendt, H. (2002) [1960]: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*. Piper (The Human Condition, 1958).

- Dammer, S. (1981). Kinder, Küche, Kriegsarbeit – Die Schulung der Frauen durch die NS-Frauenschaft. In Frauengruppe Faschismusforschung (Hrsg.), *Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus* (S. 215-245). Fischer Taschenbuch.
- Frevort, U. (1986). *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*. Suhrkamp.
- Harter-Meyer, R. (1999). *Der Kochlöffel ist unsere Waffe. Hausfrauen und hauswirtschaftliche Bildung im Nationalsozialismus*. Schneider Verlag.
- Kramer, N. (2014). Haushalt, Betrieb, Ehrenamt. Zu den verschiedenen Dimensionen der Frauenarbeit im Dritten Reich. In M. Buggeln & M. Wildt (Hrsg.), *Arbeit im Nationalsozialismus* (S. 33-51). De Gruyter.
- Peter, R. (1940). Der Hauswerkunterricht in der Volksschule. *Die deutsche Volksschule*, 2, 357-361.
- Peter, R. (1933). Der Haushaltungsunterricht im neuen Staate. *Die Arbeitsschule*, 47, 329-33
- Protokoll über die außerordentliche Mitgliederversammlung der Reichsgemeinschaft Deutscher Hausfrauen e. V. am 3. und 4. September 1935 in Leipzig, Bundesarchiv Potsdam R 8083 – 26.
- Reagin, N. (2008). *Sweeping the German Nation. Domesticity and National Identity in Germany, 1870–1945*. Cambridge University Press.
- Reichsorganisationsleitung der NSDAP (Hrsg.) (1940). *Organisationsbuch der NSDAP*. Zentralverlag der NSDAP.
- Schlegel-Matthies, K. (2016). *Zwischen Wissenschaft und Lebenswelt. Entwicklung, Stand und Zukunftsperspektiven haushaltsbezogener Bildung* (Paderborner Schriften zur Ernährungs- und Verbraucherbildung 10) Universität Paderborn. http://www.evb-online.de/docs/10_2016_Zwischen_Wissenschaft_und_Lebenswelt.pdf
- Schmidt, M. & Dietz, G. (Hrsg.) (1985). *Frauen unterm Hakenkreuz*. dtv.
- Scholtz-Klink, G. (1978). *Die Frau im Dritten Reich*. Grabert.
- Scholtz-Klink, G. (1936). *Verpflichtung und Aufgabe der Frau im nationalsozialistischen Staat. Eine Rede der Reichsfrauenführerin, gehalten auf der Frauenkundgebung anlässlich des Kreisparteitages der NSDAP in München*.
- Vorwerck, E. (1948). *Hauswirtschaft in Selbstverwaltung. Ein erster großer Versuch 1934–1945*. Rotenburg.
- Wiggershaus, R. (1984). *Frauen unterm Nationalsozialismus*. Peter Hammer.

Verfasserin

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kirsten Schlegel-Matthies

Institut für Ernährung, Konsum und Gesundheit

Department Sport & Gesundheit

Fakultät für Naturwissenschaften der Universität Paderborn

Warburger Str. 100

D-33098 Paderborn

E-Mail: kirsten.schlegel-matthies@upb.de

Internet: <http://sug.uni-paderborn.de/ekg/fd/>



Dirk Hohnsträter (2021).

Qualität! Von der Kunst, gut gemachte Dinge zu entdecken, klug zu wählen und genussvoll zu leben

Brandstätter Verlag Wien
 ISBN: 978-3-7106-0509-3
 eISBN: 978-3-7106-0558-1
 232 Seiten
 Print € 25,00; EPUB € 17,99

Aber woran erkennen wir, was wirklich gut ist? Am Preis? An der Herkunft, am Handwerk, an der Tradition, an der Bewertung der Stiftung Warentest, am Biosiegel, oder vielleicht an etwas ganz anderem? (aus: Verlagsankündigung)

Und wie lautet die Antwort?

Es geht um Zeit – bei der Herstellung ebenso wie bei der Suche. Es geht um Material und Verarbeitung, um Funktion und Form, um das Verhältnis von Wert und Preis und nicht zuletzt: um die Kunst des Sich-Erfreuens. Da draußen gibt es eine Welt voller großartiger Sachen. (aus: Verlagsankündigung)

Soweit klingt das nicht umwerfend neu. Der Diskurs darüber, woran, wie und insbesondere *wie lange* sich Menschen an den *großartigen Sachen erfreuen*, findet vielfach und permanent statt: Über SHEIN, einen internationalen B2C Fastfashion Onlinehändler mit Sitz in China, befindet etwa Jochen Strähle, der internationales Mode-Management an der Universität Reutlingen lehrt, dass die *Ultra-Fast-Fashion* eine *widersprüchliche Kiste* sei: Sie trage zwar zur Demokratisierung der Mode bei, dies habe aber auch seinen Preis, den es nun mal zu zahlen gilt: „Denn es geht um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Selbstentfaltung und den Ausdruck von individueller Freiheit. Das möchte man nicht aufgeben“.¹

¹ Christoph Giesen & Michael Kläsgen: *Das dreckige Geschäft hinter der Billigmode von Shein* (SZ vom 12. November 2021). <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/shein-mode-fast-fashion-wegwerfmode-1.5463161>

Max Scharnigg konstatiert eine Woche später demgegenüber in Bezug auf die Luxusuhrenmarke schlechthin, dass es bei Erwerb, Besitz und Gebrauch wohl „nur um den global verständlichen Rolex-Code [gehe]. Und der ist ein sehr anziehender Mix aus Tradition, Qualität, Distinktion, Stil, Schweiz und Geld“², und das – *Zeit ist Geld* – erfreue mit Sicherheit auch noch die *Generation* der Ur-Ur-Enkel!

Die fast identische Suche nach *Selbstentfaltung, individueller Freiheit, Stil und Distinktion* in zwei geradezu konträren ‚Milieus‘ ist da schon verblüffend, wenn auch interpretativ erheblich moralisch aufgeladen: Einerseits der massenhafte Konsum von Wegwerfwaren (insbesondere von Jugendlichen) und andererseits der vornehm elitäre Genuss gesellschaftlich Arrivierter.

Dirk Hohnsträter versucht dagegen einen Weg „jenseits von Werbeversprechen und fundamentaler Konsumkritik“ (S. 14): „Es sollte ein wissenschaftlich seriöses Sachbuch sein, aber auch praktische Vorgehensweisen für den Alltag an die Hand geben“ – so der Autor programmatisch in der Beschreibung seines Vorhabens auf seinem Blog <https://inventur-blog.de>. Es gehe ihm darum, „die materielle Kultur weder unangemessen zu überhöhen noch vorschnell als trivial abzutun“ (S. 18) – und startet seine „Entdeckungsreise in das unübersichtliche Terrain des Gelungenen und Gutgemachten“ mit *drei* als besonders ergiebig erachteten „Quellen“, nämlich der ‚Kulturgeschichte des Konsums‘, vielen ‚Gesprächen mit Praktikern aus der qualitätsorientierten Wirtschaft‘ und einer ‚intensiven Auseinandersetzung mit einzelnen Produkten‘ (S. 14). Denn:

- Könnerschaft und Kennerschaft – das sind die zwei Seiten einer Kultur der Qualität. (S. 9)
- Neben dem Wissen der Kenner und Könner gibt noch eine dritte Quelle für eine zeitgemäße Qualitätskunde: das, was ich das Wissen der Dinge nennen möchte. (S. 16)

In sieben Kapiteln spannt Dirk Hohnsträter tatsächlich einen zwar weiten, für 220 Seiten aber auch eher kompendiarischen Bogen:

Das **Kapitel 1: Die Vorherrschaft des Vielen** widmet sich „dem Siegeszug der Fülle und ihren problematischen Folgen“ eines „quantitativen Wohlstandsmodells“ (S. 23) und daraus resultierender Formen der *Wachstumskritik*: Zum einen die bekannt *ökologische* mit dem Verweis auf die *Grenzen des Wachstums*, andererseits eine auf *psychologischer Glücksforschung* und *Verhaltensökonomik* beruhenden und eine weitere als „Kritik an der Ausweitung quantitativer Maßstäbe auf

² Max Scharnigg: *Zeit ist Geld. Der große Rolex-Rausch – die Nachfrage nach der Schweizer Traditionsmarke nimmt mittlerweile manische Züge an* (SZ vom 19. November 2021). <https://www.sueddeutsche.de/stil/rolex-luxusartikel-elite-submariner-chrono24-rolex-krise-1.5467207>

Lebensbereiche, in denen zuvor mit guten Gründen vor allem qualitative Aspekte maßgebend waren“ (S.32).

Das einleuchtende Argument gegen eine ausschließlich auf Askese gerichtete wachstumskritische Sicht besteht nach Hohnsträter darin, „dass sie der Logik des Quantitativen nicht entkommt. An die Stelle des Vielen das Wenige zu setzen, dreht lediglich das Vorzeichen um, ohne eine *qualitative* Alternative zu entwickeln“ (S. 35). Es gehe dabei immer noch „um die Menge, nicht um Eigenschaften und Güte“ und der Diskurs bleibe „in einem ermüdenden Hin und Her zwischen zwei Polen stecken: Üppigkeit hier, Verzicht dort“ (S. 35).



„Wer verstehen will, was es mit Qualität auf sich hat,
muss sich (...) mit ihrer Gegenspielerin befassen – der Quantität“
(S. 23 im besprochenen Band; Abbildung: Dzmity Dzemidovich/123RF)

Unter dem Motto „Weniger, aber besser“ schlägt Hohnsträter eine andere Sichtweise vor: „Es geht nicht darum, ‚gegen‘ Quantität und ‚für‘ Qualität zu sein“ (S.35) sondern eher darum, „das Viele als Voraussetzung für das Hervortreten des Gelungenen zu verstehen“ (S. 35).

Und weil Hohnsträter in diesem Zusammenhang aus Adornos *Minima Moralia*³ die Anmerkung zitiert, dass nämlich „die Utopie des Qualitativen: was vermöge seiner Differenz und Einzigkeit nicht eingeht ins herrschende Tauschverhältnis“ (MM 77), sei auch dessen 1945 im amerikanischen Exil gezogene – quasi dialektische – Folgerung nicht unerwähnt: „Darum wird das Qualitative selber ein Spezialfall der Quantifizierung, das Nichtfungible fungibel, der Luxus zum Komfort und am Ende zum sinnlosen Gadget“ (MM 77). Hat Adorno damit nicht auch 77 Jahre später nach wie vor recht?

Kapitel 2: Was ist Qualität? Über das gewisse Etwas ist mit 70 Seiten das umfangreichste des Bandes – und damit wohl auch das zentrale. Deshalb sei auch hier auf dieses der Fokus gelegt werden.

Hohnsträter „sichtet und sortiert Positionen zu der ebenso grundlegenden wie notorisch schwer zu beantworteten Frage, was Qualität denn nun eigentlich sei“ und „räumt es erst einmal mit fünf Missverständnissen auf“, genauer betrachtet

³ Adorno. T. W. (1951). *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Suhrkamp.

schiebt er diese beiseite, da „sie einer zeitgemäßen Auffassung im Weg stehen“ (S. 18): *Verklärung der Vergangenheit, nationalistische Überheblichkeit, soziale Distinktion, Geschmackserziehung und Verengung auf das Beste vom Besten.*

Diese ‚Vorurteile‘ „interessieren sich weniger für die Dinge selbst, als für deren äußere Begleiterscheinungen, nämlich wann und wo ein Objekt entstanden ist, welchen sozialen Status es (...) verleiht, wie exklusiv es ist oder ob es bestimmten stilistischen Vorlieben entspricht“ (S. 44).

Drei Stationen der Designgeschichte dienen dann als Nachweis für die „Suche nach einem zeitgemäßen Qualitätsverständnis“ (S. 57): die allgemein bekannte und anerkannte ‚Designschmiede‘ *Werkbund* (D 1907; A 1912; CH 1913) und der ‚Designpreis‘ *Die Gute Form* (seit 1949) sowie die – zumindest Käufer*innen von ‚Designobjekten‘ von Alessi, Vitra, FSB – bekannte Gestaltungsphilosophie und ‚Designwelt‘ des *Super Normal*⁴ (seit 2006).



Super Normal. Sensations of the Ordinary (<https://jaspermorrison.com>)

Den Anschluss bildet ein kleiner Katalog der klassischen Qualitätsmerkmale: *Material, Verarbeitung, Funktion, Formgebung*, allerdings mit Hinweis auf ein notwendig ‚erweitertes Qualitätsverständnis‘, das u.a. ethische Aspekte, ökologische Folgen, Produktionsbedingungen, auch das „Wohlbefinden und die Freiheit ihrer Hersteller“ (S. 78) einbezieht. Plädiert wird diesbezüglich dafür,

eine Erweiterung des Qualitätsverständnisses nur dann vorzunehmen, wenn dies an die Qualitäten eines Dinges rückgebunden wird. Nur das, was auf die Eigenschaften eines Objektes zurückgeführt werden kann, nur das, was gleichsam in es eingelassen ist, sollte als Qualitätsmerkmal erachtet zu werden. (S. 78)

⁴ Fukasawa, N. & Morrison, J. (2007). *Super Normal. Sensations of the Ordinary*. Lars Müller Publisher.

An drei Bereichen *Essen und Trinken, Kleidung und Wohnung* wird das „Einverleiben, umhüllen, umgeben“ (S. 81) von und mit ‚materiellen Kulturgütern‘ entfaltet und wahrnehmungspsychologisch ‚begründet‘:

Wer aufmerksam fühlt und mit geschlossenen Augen riecht, wer konzentriert schmeckt, feine Geräusche bemerkt und genau hinschaut, lernt Unterschiede wahrzunehmen und Welten zu entdecken. (S. 79)

Zwei praktisch zu verstehende Tipps folgen umgehend: „Tipp 1: Notizen machen“ (S. 79) und „Tipp 2: Vergleiche ziehen, am besten zwischen nah beieinander liegenden Dingen“ (S. 80). Dies erfordert und verlangt geradezu ‚detektivischen Spürsinn‘,

kommt man Qualität am besten auf die Spur, indem man sich nicht so sehr darum kümmert, wann und wo ein Objekt entstanden ist, welchen sozialen es seinem Besitzer zuweist, wie exklusiv es ist oder ob es bestimmten stilistischen Vorstellungen entspricht. Qualität zeigt sich vielmehr am einzelnen Produkt und innerhalb konkreter Lebensumstände. Um sich über Qualität verständigen zu können, muss man über Qualitäten sprechen. Dazu ist der bewusste Einsatz aller Sinne gefragt. Hilfreiche Anhaltspunkte bilden Material, Verarbeitung, Funktion und Form. (S. 107)

Die restlichen Kapitel:

- **Kapitel 3** *Könnerschaft. Erkundungen der neuen Qualitätswirtschaft* wirft einen Blick auf deren zunehmende Bedeutung und Fortschritte;
- **Kapitel 4** widmet sich der Entwicklung von *Kennerschaft. Die Kunst des Unterscheidens*;
- **Kapitel 5 und 6** befassen sich dann mit zwei nicht unbedeutenden *Komponenten der Qualität*, nämlich *Geld* und *Preis*;
- **Kapitel 7** warnt schließlich vor *Perfektionismus. Des Guten zu viel*, wenn nämlich *Qualität* dann auch noch in *Quantität* umschlägt und die Konsument*innen schlicht überfordert sind: „Denn wer nur das Beste vom Besten finden will, wird nur immer mehr Informationen einholen, immer mehr Zeit und Geld aufwenden, um das Optimum zu erreichen“ (S. 213).
- Das **Resümee** unter dem Titel *Besser leben* ist dann auch eines, das mit viel Pathos aufgeladen ist: „Denn letztlich geht es bei der Suche nach Qualität darum, ob etwas der Welt zuträglich ist und das Leben besser macht“ (S. 219). Das ‚Finale‘ ist damit schon angelegt: „Sich an Qualität auszurichten, findet seinen letzten Grund in der Kürze des Lebens“ (S. 221)!

Das *Sachbuch* zeugt selbst von *Kenner- und Könnerschaft*: Der *Sachverhalt*, dass die *Dinge* einem *kulturwissenschaftlichen* Verständnis nach als materielle *Konsumkultur* nur in ihrem *Verhältnis* zu und mit dem *Verhalten* der ‚Konsumenten‘ zu denken ist, kann sich auf eine umfangreiche und eingehende *Kenntnisnahme* der Funktion und Rolle dessen stützen, die Produkte, deren Produzenten und Distribu-

enten und letztendlich Konsumenten einnehmen und ausmachen. Die zahlreichen Facetten der Qualitätsfrage *können* mit der Exploration des Triplets „Wissen, was, wo und wie“ (S. 144ff) ebenso eloquent dargestellt wie enzyklopädisch ‚herbei‘zitiert werden: Dies reicht von A wie Lawrence Abbots *Beitrag zur Wirtschaftstheorie über Qualität und Wettbewerb* bis Z wie Stefan Zweigs *Erinnerungen eines Europäers an die Welt von Gestern*.

Und auch als *Ding* an sich kann das Buch als hochwertiges Objekt den Autor überzeugen. Es erscheint nämlich als

Hardcover mit einem Einband aus Ganzleinen. Gedruckt wird auf PEFC®-zertifiziertem Naturpapier, in einer europäischen Druckerei, die auf ressourcenschonende und schadstofffreie Produktionsweisen achtet. Besonders erfreut hat mich, dass der Verlag bei einer Wiener Letterpress Karten im Buchdesign anfertigen lässt: gedruckt auf einer Heidelberger Presse von 1964. (Blog des Autors)⁵

Insofern verwundert es dann auch nicht, wenn dieses bei *Manufactum* – im ‚Warenhaus der guten Dinge‘ – prominent dar- und angeboten wird – und im Bücherregal zu Hause sicher auch einen markanten Platz findet, der etwas ‚hermacht‘!

Summa summarum gestattet das ‚Werk‘ eine zumindest narrativ nicht unsympathische Tour d’Horizon durch eine kulturwissenschaftlich aufbereitete konsumkulturelle Lebens- und Denkwelt, und erinnert an und erscheint dem Rezensenten auch als eine Fortschreibung und Aktualisierung der 1899 erstmals erschienenen ‚Theorie der feinen Leute‘ von Thorstein Veblen, in der dieser u. a. darstellte, wie die *Distinktion* via *demonstrativen Konsum*, nämlich „reichlich und vom Besten, was Essen, Trinken, Rauschmittel, Unterkunft, Dienstleistungen, Schmuck, Kleidung, Waffen und Ausrüstungsgegenstände, Vergnügungen, Amulette und Götzen oder Gottheiten“ (Chapter Four *Conspicuous Consumption/Demonstrativer Konsum*; S. 73)⁶ die Konsumgewohnheiten der ‚vornehmen Klasse‘ und damit auch die ‚feinen Unterschiede‘ (Bourdieu) bestimmt. Hohnsträter als ‚Experte für Konsumkultur‘ konstatiert dies auch durchaus als das ‚Konsumbürgerliche‘ und stellt sich „die Frage, ob die Kultivierung des Qualitätssinns nicht tatsächlich Privilegierten vorbehalten ist. Setzt der Erwerb hochwertiger Dinge, wie Thorstein Veblen und nach ihm viele andere es bemerkt haben, nicht doch Zeit, Geld und ein gewisses Maß an Bildung voraus?“ (S. 51)! In der Tat dürfte dies wohl aber nicht nur eine rein rhetorische Fragestellung sein!

Werner Brandl

⁵ Nebenbei bemerkt: Quasi als audiophiles ‚Supplement‘ zum visuell-haptischen ‚Gesamtkunstwerk‘ gibt’s auch eine Spotify-Playlist des Autors:

<https://open.spotify.com/playlist/2EGXvrRnBEEw3QLK3SEB0w>

⁶ Veblen, T. (1912). *The Theory of the Leisure Class. An Economic Study of Institutions*. Macmillan. <https://archive.org/details/theoryleisurecl01veblgoog>



Kirsten Schlegel-Matthies
Silke Bartsch | Werner Brandl
Barbara Methfessel

Konsum – Ernährung – Gesundheit

Didaktische Grundlagen der
Ernährungs- und Verbraucherbildung

utb L • 2022 • 406 Seiten • Kart. • 29,90 € (D) • 30,80 € (A)

ISBN 978-3-8252-5767-5 • eISBN 978-3-8385-5767-0

Die Autor*innen legen ein Konzept für eine wissenschaftlich fundierte, zeitgemäße Ernährungs- und Verbraucherbildung vor. Das Buch orientiert sich dabei an aktuellen und künftigen Herausforderungen für Individuen und Gesellschaft. Zehn Bildungsziele bieten didaktische Hinweise für Lehre und Unterricht an, die zu einer selbstbestimmten Gestaltung der privaten Lebensführung anregen. Die Bildungsziele umfassen u.a. die Bedeutung von Ressourcen, die Bedeutung von Konsumententscheidungen und ein Verständnis der Zusammenhänge von Gesundheit und Ernährung sowie von Körper, Essverhalten und Identität.

www.utb.de

Unsere Fachzeitschriften auf www.budrich-journals.de



**HiBiFo – Haushalt in
Bildung & Forschung**
hibifo.budrich-journals.de

- **Print + Online**
- **verschiedene Abonnements**
- **Einzelbeiträge im Download**
- **mit Open Access-Bereichen**



**ZISU – Zeitschrift für interpretative
Schul- und Unterrichtsforschung**
zisu.budrich-journals.de

 **Verlag Barbara Budrich GmbH**
Stauffenbergstr. 7
51379 Leverkusen-Opladen

Tel.: (+49) (0)2171 79491 50
Fax: (+49) (0)2171 79491 69
info@budrich-journals.de

